1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

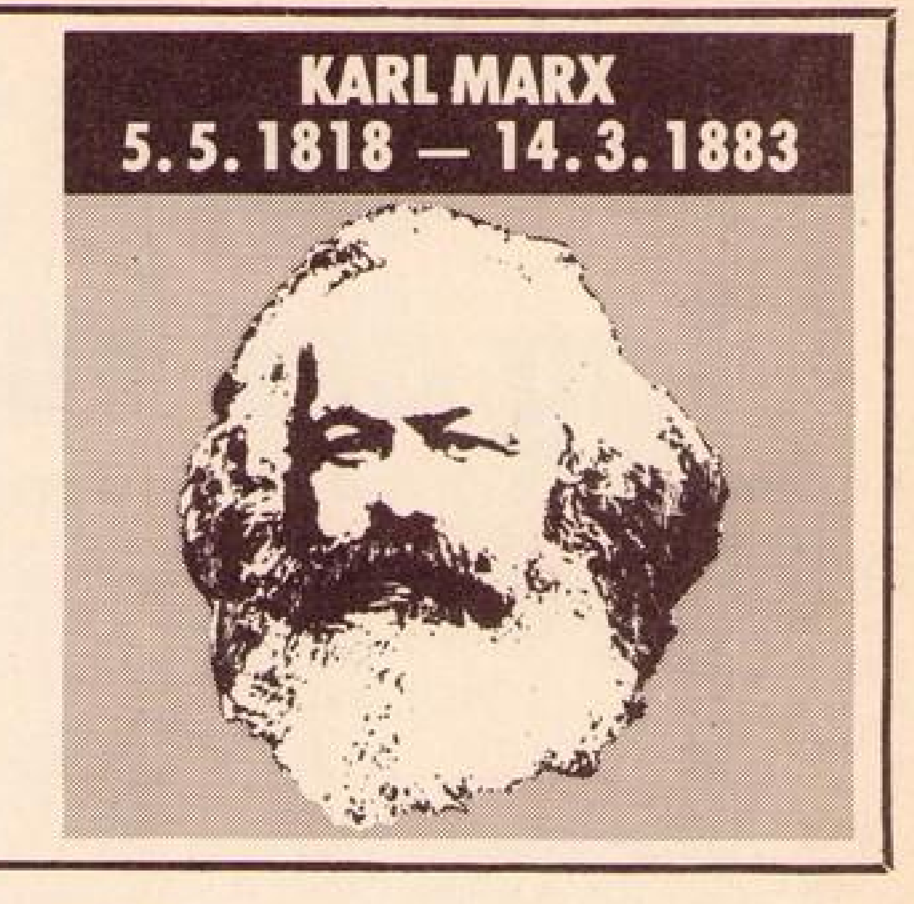
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 20 vom 20. Mai 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Karl Marx:

Die Methode der politischen Ökonomie

Seite 8 und 9



Freiheit für Sakir Bilgin

Sakir Bilgin, seit Jahren Lehrer an einer Kölner Hauptschule und im Januar in Istanbul verhaftet, ist nach Folterungen im 1. Istanbuler Polizeirevier jetzt in das berüchtigte Militärgefängnis Metris verlegt worden. Sein Anwalt, dem jegliche Besuche in Metris verboten sind, sagte: „Er ist jetzt von jedem Kontakt abgeschnitten".

Sakir Bilgin, über dessen Fall der „Rote Morgen" schon berichtete, braucht unsere Solidarität. Als einer der Mitbegründer des Türkischen Lehrervereins in Köln und aktivem Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wird ihm in der Türkei von den Machthabern vorgeworfen, gegen § 140 des türkischen Strafgesetzbuches verstoßen zu haben. Bis zu fünf Jahre Zuchthaus kann derjenige bekommen, der „im Ausland über die innere Situation des Staates unwahre, übertriebene oder auf besonderem Zweck beruhende Gerüchte oder Nachrichten veröffentlicht".

Damit wird deutlich, was die türkischen Generäle wollen: durch die Verhaftung und Aburteilung des fortschrittlichen Lehrers zeigen sie, daß ihr faschistisches Recht auch türkische Landsleute, die hier in der Bundesrepublik leben, und hier gültige Rechte in Anspruch nehmen, ausgedehnt werden kann. Die Menschen aus der Türkei sollen sich auch hier in der Bundesrepublik dem Willen der Evren-Junta beugen.

Und nicht zuletzt spekuliert man in Ankara auf den Abschreckungswert dieser Aktion. Niemand, der hier lebt und nochmal in seine Heimat reisen will, soll sich trauen, sich irgendwie oppositionell zu betätigen.

Die Verhaftung Sakir Bilgins ist ein Skandal mit internationalen Dimensionen. Wir können den Hauptvorstand der GEW, der jetzt vom Außenministerium, von der westdeutschen Botschaft in Ankara und dem türkischen Botschafter in Bonn Aufklärung gefordert hat, nur nachdrücklich unterstützen. Und weitere Solidaritätsaktionen müssen angepackt werden.

Freiheit für Sakir Bilgin!

Haushaltsberatungen '83, das Sparprogramm von Kohl & Co.

Angriffe auf die Ärmsten

Aber Steuergeschenke an Unternehmer

BONN. — Die ersten Informationen über die Sparpläne der Bonner Regierung, die jetzt in die Haushaltsberatungen einsteigt, zeigen mit seltener Offenheit die Maxime der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf: Den Armen nehmen — den Reichen geben. Und beginnen will die Regierung ihr Sparprogramm bei den am schlechtesten gestellten, bei Rentnern, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern.

Sechs bis sieben Milliarden Mark will Finanzminister Stoltenberg „einsparen" — oder genauer ausgedrückt — vor allem bei Sozialleistungen streichen.

Zwei Milliarden soll das Kürzungsprogramm von den Arbeitslosen bringen. Alleinstehenden Arbeitslosen ohne Kinder soll in Zukunft nur noch 63 statt 68 Prozent des letzten Nettoeinkommens gezahlt werden. Wer Arbeitslosenhilfe beantragt, wird dann mit nur noch 56 Prozent des letzten Nettoeinkommens abgespeist.

Hunderte Millionen Mark soll die Kürzung des Mutterschaftsgeldes für den Staat erbringen. Uneins sind sich die Minister nur noch, ob der Betrag (jetzt maximal 750 Mark) oder die Bezugsfrist um die Hälfte gekürzt wird.

Weiter diskutiert man in der Regierung über ein Neufassung des Begriffs des „Behinderten", um vielen Menschen die Anspruchsgrundlage für Leistungen zu nehmen.

Und trotz aller gegenteiligen Beteuerungen aus dem Wahlkampf steht die sowieso schon geringe Rentenanpassung auch für das kommende Jahr wieder zur Diskussion.

Ferner plant man in Bonn eine nachträgliche Einbeziehung aller Sonderzahlungen, wie Überstunden-, Weihnachts-, Urlaubsgeld in die Beitragspflicht für die Sozialversicherung. Rückwirkend für das ganze Jahr 1983 soll das geschehen, während wichtige Bereiche, wie die Tuberkulosenaufwendungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung rausfallen.

Während in Bonn auch ganz laut über einen Lohnstopp für die Beamten nachgedacht wird, bekommt die andere Seite, bekommen die Unternehmer von der neuen Regierung Milliarden nachgeworfen.

So sollen bei der Vermögenssteuer die Bewertungsansätze für Betriebsvermögen verringert werden — Millionen für die Kapitalisten! Abschreibungsfristen für Kapitalgüter sollen verkürzt werden, Ausgaben für Forschung und Entwicklung „steuerlich günstiger behandelt werden", oder offen gesagt: die Rationalisierungsprogramme der Unternehmer können von der Steuer abgesetzt werden.

Diese Politik, die in diesen Tagen in Bonn beraten und beschlossen wird, muß auf den entschiedenen Widerstand aller Betroffenen stoßen. Die Gewerkschaften sind gefordert, um mit allen Mitteln diesen rigorosen Sozialabbau zu verhindern. Unsere Partei wird den Widerstand gegen die Wunschregierung des Großkapitals unterstützen mit der Losung: Die Reichen sollen die Krise bezahlen.



3. RGO-Kongreß:

Gute Diskussion, gute Ergebnisse

Knapp 150 Delegierte, Gastdelegierte und Gäste — unter ihnen auch Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik und der MLPD — diskutierten am 14. und 15. Mai in Frankfurt am Main auf dem 3. RGO-Kongreß engagiert und lebhaft die Erfahrungen der bisherigen RGO-Arbeit und stellten wichtige Weichen für das weitere Vorgehen der RGO.

Weitestgehende Einigkeit gab es darüber, daß es angesichts der politischen Wende in Bonn und angesichts der massiven Unternehmeroffensive heute notwendiger denn je ist, organisiert für die Durchsetzung eines klassenkämpferischen Kurses innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen, der Arbeiterklasse eine klare Kampfperspektive aufzuzeigen, und die Arbeiterschaft und die Werktätigen im Kampf gegen die täglichen Angriffe in den Betrieben und in der Gesellschaft zusammenzuschließen.

Die konkrete Diskussion offenbarte eine große Bandbreite der möglichen und angewendeten Methoden zur Erreichung dieser Ziele. Besonders betont wurde auch die Notwendigkeit, daß die RGO alles in ihrer Macht stehende tun muß, um die Zusammenarbeit der gesamten oppositionellen Bewegung zu fördern und ihre Vereinigung in einer gemeinsamen Organisation anzustreben, um der Opposition innerhalb der Gewerkschaften die nötige Durchschlagskraft zu ermöglichen.

Darüberhinaus diskutierten und beschlossen die anwesenden Kolleginnen und Kollegen geeignete Maßnahmen, um die Mitgliedschaft und die Mitarbeit in der RGO zu erleichtern und vor allem die Arbeit der Betriebs- und Branchengruppen besser als bisher zu unterstützen, sowie den Erfahrungsaustausch und den Kontakt der Gruppen untereinander zu fördern. Vorhandene Organisationsstrukturen wurden den gegebenen Bedingungen angepaßt und flexibler gestaltet.

Trotz der kurzen Zeit gelang es dem Kongreß außerdem noch — unter anderem auch in den insgesamt neun Arbeitsgruppen — größere Klarheit in die vor uns liegenden Aufgaben des Klassenkampfes zu bringen.

Insgesamt, meinen wir, war das ein gelungener RGO-Kongreß, auf dem eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung nicht nur der RGO sondern für die gesamte oppositionelle Bewegung gelegt wurde. Wir werden demnächst ausführlicher über die Ergebnisse und Diskussionen dieses 3. RGO-Kongresses berichten.

Rege Debatte um Lafontaine-Äußerungen

IG DruPa / Hessen für Streik gegen neue Raketen

Während der DGB-Bundesvorstand am Wochenende durch verschiedene Sprecher lautstark jeden Verdacht auf Streik gegen den „NATO-Doppelbeschluß" weit von sich wies, war die Reaktion innerhalb der Gewerkschaften teilweise ziemlich anders. So beschlossen 122 Delegierte des hessischen Landesbezirks der IG Druck und Papier einstimmig, mit „Betriebsversammlungen, Kundgebungen während der Arbeitszeit und notfalls auch Streiks bis hin zum Generalstreik" gegen neue Raketen vorzugehen.

Im Gegensatz zu dem Beschluß der hessischen Druckgewerkschafter stehen die Äußerungen der Bundesvorstandsmitglieder des DGB Fehrenbach und Brusis, die sich gegen einen Generalstreik, gegen solche Art von Kampfmaßnahmen überhaupt aussprachen.

Ohne Zweifel sind diese Debatten durch die Stellungnahme Lafontaines verstärkt worden. Die Tatsache, daß darüber verstärkt diskutiert wird,ist sehr begrüßenswert, gerade auch im Hinblick auf die Aktionswochen im Oktober.

In die Diskussion haben sich auch führende Sozialdemokraten eingeschaltet — gegen die Position Lafontaines, versteht sich. Die Gefahr, die sie wittern, ist die „Illegalität" eines solchen Vorgehens. Anders als viele Mitglieder und Anhänger der SPD schlagen sie die Taktik ein, daß sie sich zwar zunehmend mehr gegen die „Nachrüstung" aussprechen, aber der Widerstand soll beschränkt werden auf das Parlament und unterstützende Aktionen. Dann kann man anschließend sagen, man sei ja auch dagegen gewesen und hätte „alles getan, was in unserer Macht stand" oder ähnliches.

Der Beschluß der hessischen IG DruPa, der erste solche Beschluß in einer Industriegewerkschaft auf Landesbezirksebene jedenfalls, ist ein wichtiger Ausgangspunkt für eine weitere Verstärkung dieser Bewegung.

AfA-Küstenkonferenz: Die SPD billigt Kahlschlag

Nur ja die Unternehmer nicht antasten

Die „Küstenkonferenz" der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen" der SPD tagte am vergangenen Sonnabend in Bremen. Dabei gab es zahlreiche Redner und viele einzelne Forderungen. Allein die Tatsache jedoch, daß als Hauptredner der Bremer Bürgermeister Koschnick und der Hamburger Wirtschaftssenator Lange auftraten, die beide die Ergebnisse der kürzlich abgehaltenen Werftenkonferenz der Küstenländer mitzuverantworten haben, zeigt deutlich die Richtung, in der die AfA arbeitet.

Alle möglichen Subventionen wurden da gefordert, ohne daß ein einziges Mal auch nur ein Wort darüber verlautete, daß man sich mit der Unternehmermacht in der Werftindustrie zu befassen habe. Im Gegenteil, Koschnick unterstrich klipp und klar, daß es eben — leider, leider, versteht sich — ohne den Abbau von Arbeitsplätzen nicht gehe. Womit Lange voll und ganz einverstanden war.

Ein Gegenkonzept ohne Kapazitätsabbau kündigte dagegen der Hamburger Bezirksleiter der IG Metall vom Steeg an. Wie dies aussehen soll, wurde allerdings bisher nicht öffentlich bekannt, obwohl niemand behaupten will, daß die Lage völlig neu oder unerwartet sei. Das bisherige praktische Vorgehen der Hamburger IGM-Führung jedenfalls läßt die Hoffnung auf großen Widerstand, auf eine klare Konzeption im Interesse der Belegschaften recht gering erscheinen.

Abgesehen von solch klingenden Worten, wie jetzt erneut auf der AfA-Konferenz, bestand bisher der Beitrag vom Steegs zur Verteidigung der Werftarbeiterschaft gegen die Kahlschlagpläne der privaten und staatlichen Unternehmer in der Regel in der Behinderung von echten Kampfmaßnahmen. Und sein Konzept, wenn es keine Kehrtwendung bringt, kann nach bisheriger Erfahrung auch nur der Versuch sein, einen Zwischenweg zwischen den Plänen der Unternehmer und der Forderung nach einer echten Verstaatlichung der Werftindustrie sein, die die IGM-Führung auch hier, wie beim Stahl ablehnt.

Offener Brief der KPD

Der 17. Juni — Tag der kalten Krieger

An alle im Kampf für den Frieden engagierten Parteien, Organisationen und Personen

Liebe Freunde,
was hat der 17. Juni mit dem Engagement für die Sicherung des Friedens zu tun?

Wir meinen sehr viel. Deswegen wenden wir uns an euch, weil wir meinen, daß es lohnt und auch nötig ist, sich ein paar Gedanken dazu zu machen.

1. Wir meinen, daß sich mit dem Antritt der neuen Bonner Regierung durchaus etwas an der Sachlage zwischen beiden deutschen Staaten und im Verhältnis zu Polen geändert hat.

Und zwar aus folgenden Gründen:

— Die sogenannten „Vertriebenenverbände", über lange Jahre hin in Opposition zur damaligen Bonner Politik, sind jetzt nicht nur in der Lage, die gegenwärtige Regierungspolitik zu begrüßen; sie sind auch in erster Linie durch die Person Windelens direkt selbst in der Regierung vertreten;

— Die verschiedenen Minister der neuen Regierung, neben Windelen insbesondere diejenigen der CSU, haben schon ganz eindeutige Töne angeschlagen, die sich von jenen unter einem Kanzler Willy Brandt, aber auch Helmut Schmidt, deutlich unterscheiden. So hat, noch vor der Neuwahl des Bundestages, Innenminister Zimmermann betont, es „gibt auch noch eine offene Grenzfrage mit Polen". Solche Töne aus den Reihen der Regierung selbst gab es zum letzten Mal 1965.

— Die Gegenreform im Bildungswesen wird jetzt zentral von Bonn aus gesteuert. Hier wurde mit Nachdruck die Propaganda für ein Deutschland in den Grenzen von 1937 in den bundesdeutschen Schulbüchern gefordert, eingeführt bzw. beibehalten (je nach Bundesland).

2. Wir meinen, daß sich dies auch schon ganz praktisch auswirkt.

Dies betrifft zum einen den Streit um die deutsch-polnische Schulbuchkommission. Dies betrifft aber in erster Linie die deutsch-deutschen Beziehungen. Die Absage des Honecker-Besuchs in der BRD ist dafür ein deutliches Zeichen. Was man auch immer über die DDR-Regierung meinen mag: Die Absage ist Ergebnis einer in der jüngeren europäischen Geschichte beispiellosen Hetzkampagne, die die CSU entfaltet hatte.

Denn, daß eine Regierungspartei die Regierung eines benachbarten Staates öffentlich und vorsätzlich lügend als „Mörder" bezeichnet, das gab es schon lange nicht mehr. Daß mit der CDU/CSU politisch engstens verbundene Pressekonzerne daraus eine regelrechte Haßkampagne machten, rundet das Bild nur noch ab.

3. Wir meinen, daß man sich in diesem Zusammenhang, ohne übertreiben zu wollen, daran erinnern muß, daß auf diese Weise, in diesem Stil, von jeher Kriege konkret vorbereitet wurden. Bei einer verschärften Situation jedenfalls wäre es nicht undenkbar gewesen, daß aus dieser Haßkampagne eine Haltung erzeugt worden wäre, „beim nächsten Toten wird zurückgeschossen". Das war der Stil, in dem die Nazis den zweiten Weltkrieg vorbereiteten, in dem die USA danach zahlreiche Kriege vom Zaun brachen (der sogenannte Tonking-Zwischenfall als Rechtfertigung für das offene Eingreifen US-amerikanischer Truppen in Indochina sei hier als Muster angeführt), oder auch der Stil, in dem die Regierung Großbritanniens ihre koloniale Strafaktion wegen der Malwinen-Inseln startete.

4. Aus all diesen Gründen meinen wir, daß es falsch wäre, die Bedeutung dieser Vorgänge für eine politische und psychologische Vorbereitung auf einen Krieg zu unterschätzen und die ganze Entwicklung herabzuspielen. Außerdem kann man eben feststellen, daß trotz aller Gemeinsamkeiten eben doch eine deutliche Änderung der Regierungspolitik vorliegt.

Dabei sollte man den grundsätzlichen Gesichtspunkt nicht außer Acht lassen, daß die BRD-Regierung die einzige in ganz Europa ist, die bestehende Grenzen nicht anerkennen will. Was seither herabgespielt wurde, wird jetzt hochgespielt: Man will die DDR nicht als Staat anerkennen, keine Staatsbürgerschaft der DDR usw.

Gerade den diesjährigen 17. Juni wollen nicht nur, wie in der Vergangenheit, etwa die NPD oder die „Vertriebenenverbände" nutzen, sondern auch die Bundesregierung und speziell die Junge Union. Hier soll ein Signal gesetzt werden für eine reaktionäre Wende auch in diesem Bereich.

Wir meinen, daß all dies nichts damit zu tun hat, wie man zum Gesellschaftssystem der DDR steht. Und auch nicht damit, was man konkret zu den Vorgängen am 17. Juni 1953 meint. Unsere Partei hat zu beidem eine klare Haltung. Weder halten wir die DDR für einen sozialistischen Staat, dem es gelten würde nachzueifern, noch halten wir den 17. Juni 1953 für ein Werk ausschließlich von Agenten westlicher Geheimdienste. Aber die Frage in diesem Zusammenhang ist eine ganz andere: Soll man hinnehmen, daß sich diese Bonner Regierung, wie kaum zuvor, offen dem Großkapital verpflichtet, sich zum Schiedsrichter über Zustände und Ereignisse in einem Nachbarstaat aufschwingt? Um so vielleicht einen Ausgangspunkt dafür zu bekommen, später einmal im Namen der „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung" oder wessen auch immer, die DDR von der Landkarte auszuradieren und polnisches Gebiet zu rauben? Wir meinen, daß man sich dagegen mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen muß, gerade wenn die Wahrung des Friedens ein Anliegen ist.

Um diesem konkreten politischen Vorgehen Widerstand entgegenzusetzen, muß man, im Interesse des Friedens, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR fordern, muß man die Anerkennung aller bestehenden europäischen Staatsgrenzen fordern. Um die Höhepunkte revanchistischer Propaganda zu unterbinden, wäre es außerdem sinnvoll, die Abschaffung des 17. Juni als Feiertag der kalten Krieger zu fordern.

Wir meinen, daß es nötig wäre, daß sich die Friedensbewegung in diesem Sinne zum 17. Juni äußert und den örtlichen revanchistischen Aufmärschen öffentlich entgegentritt.

Jugendkonferenz der IGM

Eine ganze Reihe wichtiger Beschlüsse faßte die IGM-Jugend auf ihrer Bundeskonferenz in Böblingen, die von der Ausbildungssituation bis zum Friedenskampf reichen.

Ein zentrales Problem ist die Jugendarbeitslosigkeit. Deshalb forderten die Delegierten auch von der Gewerkschaft, ihre Reihen für arbeits- und ausbildungslose Jugendliche zu öffnen. Sie forderten auch die Verpflichtung der Unternehmen, alle Ausgebildeten zu übernehmen. Die 35-Stunden-Woche, die die IGM zum Inhalt einer Kampagne gemacht hat, wird von der IGM-Jugend unterstützt. Die Konferenz forderte die Durchsetzung dieser Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Naturgemäß befaßten sich die Delegierten auch mit der Lage in der Stahlindustrie und auf den Werften, wo mit einem gigantischen Kahlschlagprogramm nicht allein aktuell Arbeitsplätze vernichtet werden, sondern die berufliche Zukunft der Jugend ganzer Regionen zu Grabe getragen werden soll. Die IGM-Jugend fordert die Verstaatlichung der Werften und der Stahlindustrie.

Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften werden immer dringender, um den Angriffen auf den sozialen Besitzstand und auf unsere Zukunftsaussichten zu begegnen. Die Delegierten forderten den IGM-Vorstand auf, er solle die Möglichkeit eines politischen Streiks „in Betracht ziehen", wenn die Bonner Regierung ihr Programm der Kürzungen im Sozialbereich durchziehen will. Damit forderte die Jugend also auch, sich nicht in den Rahmen des „Erlaubten" einbinden zu lassen, sondern Arbeiterrechte mit Arbeitermacht durchzusetzen, das Recht auf politische Streiks nicht nur zu fordern, sondern es sich zu nehmen.

Entschieden wandten sich die Kongreßteilnehmer auch gegen die Absicht, neue amerikanische Atomraketen in der Bundesrepublik zu stationieren. All die guten Anregungen und Beschlüsse der Jugendkonferenz müssen in der IGM aufgegriffen werden, der Vorstand muß sich dafür einsetzen. Ob er das so ohne weiteres tut, darf bezweifelt werden. Hans Mayr, 2. Vorsitzender, erklärte auf dem Kongreß zum Beispiel, „die Jugend hat das Recht, sich zu allen Problemen zu Wort zu melden. Sie hat den Anspruch, Gehör zu finden und Positionen einzubringen." Er ermahnte sie aber auch, Pflichten und die „Verantwortung für das Ganze" nicht zu vergessen...

Nun, die Jugend darf sich nicht damit abfinden, nur ihre Meinung sagen zu dürfen. Das sollte in einer Gewerkschaft doch wohl selbstverständlich und außerhalb jeder Diskussion sein, das ist kein Zugeständnis, für das sie dankbar zu sein hat. Sie hat ein Recht darauf, daß sich ihre Gewerkschaft energisch für ihre Interessen einsetzt, und auf die Solidarität jedes älteren Kollegen, denn es geht um die Durchsetzung der Interessen aller Arbeiter.

„Der gewandelte Zeitgeist" triumphiert nun auch beim „Stern". So jedenfalls sieht es Springers „Welt am Sonntag". „Mit dieser Personalentscheidung hat sich Reinhard Mohn, der Aufsichtsratsvorsitzende der Bertelsmann AG, voll durchgesetzt." Gemeint ist die Bestellung der rechten Publizisten Gross und Scholl-Latour zu Chefredakteuren des Hamburger Magazins, die gleichzeitig Vorstandsmitglieder bei Gruner + Jahr werden sollen. Damit wäre die Vertretung von Redaktionsinteressen gegenüber dem Verlag von vornherein unterbunden.

Der „Stern" und der Zeitgeist

Daß der „gewandelte Zeitgeist" sich in den Chefetagen des Medienriesen Bertelsmann wohlfühlt, das ist mal sicher. Und vieles spricht dafür, daß hier keine Notlösung gefunden, sondern ein sorgfältig vorbereitetes Konzept umgesetzt wurde. So sollen zum Beispiel vor der für den 26. Mai geplanten Einführung eines neuen Redaktionsstatutes Fakten geschaffen werden.

Ein doppelter Tiefschlag für alle „Stern"-Angestellten, die nichts von Faschismus und viel von freiem Journalismus halten: Erst bringt man ohne ihr Wissen eine Story in die Zeitung, über die sich alle Nazis noch mehr gefreut hätten, wenn sie nicht selbst bezüglich ihrer Echtheit äußerst skeptisch gewesen wären (wo man z. B. in der „Nationalzeitung" nachlesen kann). Dann, statt etwas dafür zu tun, den guten Ruf der Zeitschrift wiederherzustellen und durchgreifende politische und personelle Konsequenzen zu ziehen, bleiben nicht nur die Verantwortlichen auf ihren Plätzen, sondern man setzt der Redaktion auch noch zwei Personen vor die Nase, die einen Rechtsschwenk des Magazins sozusagen garantieren.

Angesichts dieser Vorgänge werden die offenen Fragen über eventuelle Komplizen des Stuttgarter Nazi-Händlers Kujau, über den Verbleib der strittigen 7 Millionen Mark usw. zu skandalösen Randerscheinungen.

Das schmähliche Ende der Tagebuch-Story erleichterte den Bertelsmännern ihren Coup. Das wirft Fragen auf, die durch die großzügige Abfindung für die geschaßten zwei Redakteure (durch die Presse gingen Zahlen in Höhe von 2 Millionen Mark) eher gefördert werden. Zum Beispiel diese: Hat man in den Vorständen von Gruner + Jahr und dem Mehrheitseigner Bertelsmann tatsächlich bis zum Schluß nie an der Echtheit gezweifelt? Die Vorstände, nicht die Redaktion des „Stern", haben Heidemann zum Durchhalten angestachelt und ihm unbegrenzte finanzielle Mittel an die Hand gegeben. Zur Überprüfung hatte man keine?

Zumindest der Verdacht muß erlaubt sein, daß man — zwar nicht von Anfang an, aber gegen Ende der jahrelangen Beschaffungsarbeiten — die Karre hat in den Dreck laufen lassen, um die eigenen Pläne, die man mit dem „Stern" hatte, um so leichter verwirklichen zu können. Daß hier Geheimpolitik getrieben wurde, steht ja inzwischen außer Zweifel.

Schulte-Hillen, Vorstandsvorsitzender bei G + J und eigentlich der erste, der seinen Hut hätte nehmen müssen, versuchte glaubhaft zu machen, das Blatt sei zur Beibehaltung eines liberalen Kurses schon „allein aus wirtschaftlichen Gründen" gezwungen. Die Leserschaft erwarte es. Das ist ein sehr vordergründiges Täuschungsmanöver. Unterschiede zu „Quick" und ähnlichem hat auch ein gut gemachter rechter „Stern" noch aufzuweisen, und er wird seinen Käuferkreis finden. Und bei „wirtschaftlichen Gründen" fallen einem auch die Anzeigenkunden ein. Wie sensibel der „Stern" in dieser Hinsicht bisher schon war, unterstrich deutlich der Hinauswurf Bissingers 1979 nach einem wirtschaftskritischen Artikel. Inzwischen ist die Zeit weitergegangen, und auch die Bundesregierung, zu der man sicherlich immer den Kontakt sucht, ist eine andere.

Die Redakteure des „Stern" protestieren energisch. Sie haben dabei unsere ausdrückliche Solidarität. Leider sieht es bei Redaktionsschluß dieses „Roten Morgen" nicht danach aus, daß es zu wirklichen Streikaktionen kommt. Wir würden es bedauern, wenn der „Stern" ganz nach rechts umkippt.

Mit guten Grund haben wir im letzten „Roten Morgen" davor gewarnt, sich zusammen mit der „Bild"-Zeitung in eine generelle Anti-„Stern"-Front zu stellen. Wir schließen uns in diesem Sinne „Stern"-Reporter Serke an, der in einem Brief an Mohn schrieb: „Dies ist nicht die Zeit taktischer Überlegungen, wie der Stern mit dem Kopf aus der braunen Jauche herauskommt. Die braune Jauche muß raus aus der Redaktion."

Dietrich Lohse

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



Erklärung des Politbüros der KPD:

„Hände weg von Nicaragua!"

Die Auftritte des US-Präsidenten Reagan bei den amerikanischen Parlamentsdebatten um Mittelamerika haben es nochmals deutlich gezeigt: Der allseitige Angriff auf das revolutionäre Nicaragua soll verstärkt werden.

Die jetzt beschlossene totale „Zuckerblockade" soll im Lande Hunger und Not schaffen, die als Basis für einen Umsturz dienen könnten.

Der Aufmarsch der honduranischen Armee, die in immer größerem Stil betriebene Anwerbung von Söldnern aus dem ganzen mittelamerikanischen Raum, die neuesten Taktiereien um eine sogenannte Friedenstruppe für die Nordgrenze von Costa Rica, die maßgebliche Kräfte aus der US-Army mitbilden wollen — alles dies sind wichtige Schritte zu dem von Reagan verschiedentlich geforderten Entscheidungsschlag. Da die Washingtoner Strategen offensichtlich selbst nicht mehr daran glauben, allein mit Somoza-Anhängern und Söldnern ihr Ziel des Sturzes der sandinistischen Regierung erreichen zu können, wird immer deutlicher Kurs genommen auf einen „normalen" Krieg. Einen Krieg für die USA, den mit hoher Wahrscheinlichkeit mindestens Honduras als Stellvertreter zu führen hätte.

Wie eh und je betrachten die amerikanischen Weltmachtpolitiker die Staaten Amerikas, Mittelamerikas vor allem, als ihren Hinterhof, als ihren Besitz. Wie eh und je wird den Völkern dieser Länder das Recht auf Nahrung, auf auch nur ein normales Leben, auf Frieden und Freiheit von Washington verwehrt. Hunderttausende, ja Millionen von Menschen in dieser Region, die nichts anderes tun, als für ihre völlig legitimen Rechte einzutreten, werden von der US—Regierung diffamiert, verfolgt und von ihren bezahlten Handlangern blutig unterdrückt.

So weinig es ein Zufall ist, daß die Befürworter der US-Politik im benachbarten El Salvador in ihrem Kern aus eben jenen 14 Familien stammen, die die Reichtümer des Landes an sich gerissen haben, so wenig ist es ein Zufall, daß die Hauptsprecher der „Opposition" gegen die Regierung von Nicaragua aus dem Kreis jenes knappen halben Dutzends reicher Sippen kommt, die sich zwar, teilweise, am Aufstand gegen den Diktator Somoza beteiligten, aber dies mit dem Ziel taten, selbst seine Rolle, in modifizierter Form, einzunehmen.

Ausgerechnet die Ermordung des deutschen Entwicklungshelfers Dr. Pflaum durch von den USA bezahlte konterrevolutionäre Banden will nun die Bonner Regierung zum Anlaß nehmen, auch in ihrer Mittelamerika-Politik offiziell die „Wende" einzuläuten. Streichung der, ohnehin sehr geringen, Wirtschaftshilfe aus Bonn bedeutet nichts anderes als die Bonner Beteiligung an der US-Blockade-Politik. Dafür sollen die Gelder an die Regierung von El Salvador gesteigert werden. Dort immerhin sitzen rechte Massenmörder in der Regierung. Und auch Honduras bekommt Geld. Dort soll der Aufmarsch gegen Nicaragua stattfinden.

Üble Erinnerungen werden dabei wach. Erinnerungen an jene Tage, da die Bundesrepublik Nachschubbasis für den amerikanischen Überfall auf Vietnam, auf ganz Indochina war. Als westdeutsches Geld diesen Überfall mitfinanzierte.

Deswegen ist die Forderung „Hände weg von Nicaragua" nicht allein an die Hauptverantwortlichen dieser Politik, an die amerikanische Regierung, an das amerikanische Großkapital zu richten, sondern auch an die Bonner Regierung. Und das heißt im konkreten, daß die Bonner Regierung damit aufhören muß, sich an der von den USA organisierten politischen Kampagne zu beteiligen, die einen Krieg gegen Nicaragua vorbereiten soll und daß die Bonner Regierung sich nicht an der Wirtschaftsblockade gegen Nicaragua beteiligen darf. Dafür tritt unsere Partei gemeinsam mit allen Kräften ein, denen es ebenfalls um die friedliche Entwicklung eines demokratischen souveränen Nicaragua geht, die den Kampf der Völker Mittelamerikas gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg unterstützen, die die antiimperialistische Revolution unterstützen.

Dortmund, im Mai 1983

Für die Einheit der revolutionären Sozialisten

Nachtrag zur 3. Ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK

Anfang April fand die 3. Ordentliche Delegiertenkonferenz des BWK statt. Der BWK hatte zu dieser Konferenz Vertreter anderer revolutionärer Organisationen eingeladen. Neben einem Vertreter unserer Partei nahmen an der Delegiertenkonferenz Vertreter der Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Hochschulpolitik, der Freien Arbeiter-Union (FAU), der GIM, des KB, der Marxistischen Gruppe und der MLPD teil.

Nicht nur durch die Einladung von Vertretern anderer revolutionärer Organisationen, sondern auch durch Thematik und Diskussion der Delegiertenkonferenz selbst wurde das Bemühen des BWK um Fortschritte in der Vereinigung der revolutionären Sozialisten deutlich.

In einem von der Delegiertenkonferenz gefaßten „Beschluß zur Politik des BWK" heißt es unter anderem:

„Letztendlich ist die Delegiertenkonferenz des BWK an der Ausarbeitung eines politischen Programms interessiert, das die Verbindung der bestehenden Organisationen in einer Partei ermöglicht."

Dieses Eintreten der Delegierten für die Einheit der revolutionären Sozialisten hat der Vertreter unserer Partei auf dem Kongreß begrüßt. Inzwischen hat ja eine gemeinsame Sitzung der Zentralkomitees von BWK und KPD stattgefunden, auf der weitere Schritte zur Verstärkung der Zusammenarbeit und theoretischen Diskussion beschlossen wurden mit der ausdrücklichen Einladung an andere revolutionäre Organisationen, sich daran zu beteiligen.

Von den auf der Delegiertenkonferenz des BWK anwesenden Organisationen konnte sich leider neben unserer Partei nur die FAU dazu durchringen, den Vorschlag des BWK, eine gemeinsame Zeitschrift revolutionärer Organisationen zur Erörterung theoretischer Fragen zu schaffen, zu unterstützen. Es ist zu hoffen, daß das nicht das letzte Wort der anderen anwesenden Organisationen war.

Vor allem die Vertreter der MLPD haben es sich nicht nehmen lassen, auf der Delegiertenkonferenz des BWK langatmige Grundsatzreferate zu halten, in denen im wesentlichen die Unmöglichkeit der Vereinigung der revolutionären Sozialisten behauptet wurde. Da war viel von kleinbürgerlicher Denkweise die Rede und davon, daß der BWK Marxismus-Leninismus und Revisionismus in einen Topf würfe und somit selbst auf dem Boden des Opportunismus stünde (vgl. „Rote Fahne" 8/83, S. 9). Das Ganze war im Ton unerträglich arrogant und in der Sache leider ziemlich ahnungslos.

Wie man einer Delegiertenkonferenz, die sich völlig eindeutig für die Beseitigung des kapitalistischen Systems und der bürgerlichen Klassenherrschaft durch die proletarische Revolution, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und für eine sozialistische Gesellschaft ausgesprochen hat, umstandslos vorwerfen kann, sie stünde auf dem Boden des Revisionismus, ist unverständlich.

Genau so unverständlich ist uns, wie man einer Delegiertenkonferenz, die in Auseinandersetzung mit den Grün-Alternativen darauf besteht, daß es nicht nur um Beseitigung der Ausbeutung per Privateigentum geht, sondern auch um Aufhebung der Trennung von Handarbeit und Kopfarbeit, inhaltlich die Vertretung von Interessen der kleinbürgerlichen Intellektuellen gegen die Arbeiterinteressen vorwerfen kann.

Beides geht in Wirklichkeit nur, wenn man sich aus der Diskussion und den vorliegenden Materialien einzelne Aspekte herausgreift nicht in der Absicht, die aufgeworfenen Fragestellungen zu verstehen und zu ihrer Klärung beizutragen, sondern ausschließlich in der Absicht, Zitat- und Diskussionsfetzen zusammenzutragen, die der eigenen schlecht informierten Mitglied- und Leserschaft als „Beweise" dafür verkauft werden können, daß eben nur die MLPD marxistisch-leninistisch ist und alle anderen kommunistischen Organisationen — in diesem Fall der BWK — kleinbürgerlich, revisionistisch, opportunistisch usw. sind.

Alles, was sich in der „Roten Fahne" an Auseinandersetzung mit anderen revolutionären Organisationen abspielt, zeichnet sich folglich dadurch aus, daß es kaum Informationen über die tatsächlichen Auffassungen, Diskussionen und Aktivitäten anderer revolutionärer Organisationen enthält, sondern nur Versuche, für altbekannte Vorurteile neu zusammengeklaubte Anhaltspunkte zu liefern. Der Ehrlichkeit halber sei angemerkt, daß auch unsere Partei sich nicht selten an derartigen Stellungskriegen zwischen revolutionären Organisationen beteiligt hat. Wir sehen das heute anders und gehen davon aus, daß auch die Genossinnen und Genossen der MLPD zu einer vernünftigen Haltung finden werden.

Gerade Diskussionen, die für die programmatischen Grundlagen einer wünschenswerten Vereinigung der revolutionären Sozialisten tatsächlich von großer Bedeutung sind, sollten von Versuchen, sie für ein borniertes Organisationsinteresse polemisch auszubeuten, möglichst verschont bleiben.

Das muß offensichtlich auch für die Diskussion gelten, die die Einschätzung der revisionistischen Länder zum Thema hat. Diese Diskussion wird — das geht aus den Arbeitsmaterialien und der Delegiertenkonferenz selbst hervor — im BWK intensiv geführt.

Die Notwendigkeit, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen, kann nicht bestritten werden. Auch unsere Partei ist der Ansicht, daß die Entwicklung in diesen Ländern genauer analysiert werden muß.

Wenn Genosse G. S. uns direkt nach unserer Haltung zu einigen in den Materialien und der Diskussion der Delegiertenkonferenz des BWK vertretenen Positionen fragt, so kann die Antwort natürlich nicht viel Überraschendes enthalten: Das Programm unserer Partei charakterisiert die Sowjetunion und andere revisionistische Länder als kapitalistisch und sozialimperialistisch. Diese Programmaussagen werden durch keinerlei andere Erklärungen unserer Partei eingeschränkt.

Nur: Es ist sicher nicht vernünftig, sich um Begriffe wie kapitalistisch oder sozialimperialistisch zu streiten, anstatt zunächst einmal die inhaltliche Diskussion über die Einschätzung jener Verhältnisse, die mit diesen Begriffen gekennzeichnet werden sollen, zu führen. Auch unsere Partei müßte sich mißverstanden fühlen, wenn jemand aus der Tatsache, daß wir die DDR als kapitalistisch bezeichnen, schlösse, wir würden zwischen den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik und denen in der DDR keine größeren Unterschiede sehen als etwa zwischen denen in der BRD und in Frankreich.

Wir meinen also: Statt einen Streit um Begriffe zu führen, ist es vordringlicher, sich vorurteilsfrei um eine genauere Analyse der **Produktionsweise** dieser Länder zu bemühen. In der gemeinsamen Wahlplattform von BWK und KPD wurde dazu einiges gesagt:

„In vielen Ländern, in denen die Kapitalisten enteignet wurden (wie z.B. in der Sowjetunion), haben sich Verhältnisse herausgebildet, in denen die Arbeiterklasse ausgeschlossen ist von der Verfügungsgewalt über die wesentlichen Produktionsmittel, in denen die Ausbeutung nicht beseitigt ist im Sinne einer wirklich gesellschaftlichen Aneignung der Arbeitsprodukte, und in denen die Arbeiterklasse eine politische Unterdrückung ihres Kampfes erfährt."

Uns scheint es richtig, von diesen gemeinsamen Auffassungen auszugehen und sich um die weitere Klärung zu bemühen.

Die Zentralkomitees von BWK und KPD haben auf ihrer letzten gemeinsamen Sitzung beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, um folgenden Tagesordnungspunkt der nächsten gemeinsamen Sitzung im Herbst dieses Jahres vorzubereiten:

„Themenschwerpunkte für die geplante theoretische Zeitschrift im Hinblick auf die Klärung wesentlicher programmatischer Fragen unter Rücksicht auf die von den jeweiligen Organisationen bereits gesetzten Schwerpunkte der theoretischen Arbeit."

Zu den hier angesprochenen programmatischen Fragen, die auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus zu klären sind, gehört sicher auch die Einschätzung der Länder des RGW.

Alle zitierten Dokumente der 3. Ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK sind in einer Sonderausgabe der „Politischen Berichte" veröffentlicht. Sie kann zum Preis von 3,50 DM bei folgender Adresse bezogen werden: Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Kamekestr. 14, 5000 Köln 1.

Verhältnis zueinander

Sehr geehrte „Roter-Morgen"-Redaktion!

Wie Euch bekannt war, fand am 1./2. April die 3. ordentliche Delegiertenkonferenz des BWK in Hannover statt, an der Ihr ja als Gäste anwesend ward. Die Führung der MLPD, die ebenfalls auf der DK anwesend war, nutzte diese Einladung, um a) ihren Alleinvertretungsanspruch der Arbeiterklasse gegenüber zu propagieren und b) um eine, wie ich meine, zum größten Teil ungerechtfertigte Polemik gegenüber dem BWK an den Tag zu legen. Dies äußerte sich am schärfsten in der „Roten Fahne" 8/1983 auf Seite 9, in der die MLPD dem BWK vorwirft, endgültig mit dem Marxismus-Leninismus gebrochen zu haben.

Begründet wird dies unter anderem damit, daß der BWK beschlossen habe, daß die SU nicht mehr sozialimperialistisch sei. Außerdem würde er den revisionistischen Charakter der DKP leugnen und sich das Existenzrecht selbst aberkennen.

Mich würde es brennend interessieren, was die KPD zu den Vorwürfen der MLPD dem BWK gegenüber meint. Welchen Stellenwert hat nach Meinung der KPD das Antragsmaterial 2.1 der BWK-Forschungsgruppe: Imperialistischer Krieg, in der die SU als nicht imperialistisch und „staatssozialistisch" bezeichnet wird? Welche Meinung hat die KPD zu dem Verlauf der Konferenz? Ich würde mich freuen, wenn Ihr mir Eure Auffassungen dazu, bzw. zum „Rote-Fahne"-Artikel schreiben könntet, bzw. mir den „Roten Morgen" zuschicken könntet, der dieses Thema anspricht.

Mit revolutionären Grüßen
G.S., Lauda

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3,** Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171 / 41318.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10.- 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Initiative „Bergbaubeschäftigte gegen Atomenergie“

IG Bergbau oder IG Atomenergie?

Das folgende Flugblatt verbreitete die Initiative „Bergbaubeschäftigte gegen Atomenergie“ am 1. Mai. Diese äußerst begrüßenswerte, überparteiliche Initiative (strikte Partei nur für die Erhaltung der Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau) begann ihre Tätigkeit mit einem offenen Brief an den Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie, Adolf Schmidt, der auch am Ende des Flugblatts, samt Erstunterzeichner, wiedergegeben ist. (Schmidts Antwort ist in dem Flugblatt ebenfalls widergegeben.). Wir rufen unsere Leser dazu auf, die Arbeiter der Initiative zu unterstützen.

Wenn sich die Kumpel an der Ruhr auf eines verlassen können, dann darauf, daß sie verlassen sind, wenn sie den Worten ihrer Aufsichtsräte und der Führungsspitze der IG Bergbau und Energie (IGBE) vertrauen. Noch vor vier Jahren wurde das „goldene Zeitalter der Kohle“ angekündigt, vor mancher Schachtanlage prangte in Neonlich der Spruch „Kohle hat Zukunft“; Leitlinie der Tarifpolitik der IGBE war, daß „der deutsche Bergmann wieder an die Spitze der Lohnskala“ kommen müsse.

Im Herbst 1982 schlugen die gleichen Herren plötzlich Alarm: Die Haldenbestände hatten eine neue Rekordhöhe erreicht, mehr noch als zur Zeit des großen Zechensterbens an der Ruhr 1966/68. Inzwischen sind die Halden einschließlich der nationalen Steinkohlereserve auf 34 Mill. Tonnen angewachsen, und eine Wende ist nicht in Sicht. Die Stahlindustrie, Hauptabnehmer der Kohle, schliddert immer tiefer in die Krise. Ählich wie vor 15 Jahren werden auch heute die Kumpel bewußt über ihr Schicksal im Unklaren gelassen.

Ende März preschte nun der wahrscheinliche Ministerpräsidentenkandidat der CDU Nordrhein-Westfalen, Worms, vor:

> **Rheinischer CDU-Chef:**
> **Revier die Wahrheit sagen**
> **Worms fordert Mut zu Zechenstillegungen**
> **Förderkapazität soll auf 56 Mio Tonnen schrumpfen**
> **Worms sieht Zukunft in Atom und Halbleitern**
> **Bund und Land sollen dem Ruhrgebiet beim Strukturwandel finanziell helfen**
>
> **(WAZ v. 31.3.83)**

Da haben wir es. Was bisher nur Atomkraftgegner behauptet haben, daß nämlich neben Umweltverschmutzung, Sicherheitsfragen und Entsorgung ein wesentlicher Nachteil der Atomenergie die Vernichtung von Arbeitsplätzen sei, wird hier nun indirekt vom CDU-Politiker Worms bestätigt. Bei drei dichtgemachten Zechen sind das unmittelbar 12000 Arbeitsplätze, mittelbar (Beschäftigungsmultiplikator) weitere 7000 Arbeitsplätze, Menschen, die in der von Worms anvisierten und wenig arbeitskräfteintensiven Industrie kaum Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten finden dürften.

Während am Ende der 70er Jahre der seit 1957 fortdauernde Niedergang der deutschen Steinkohle unter der euphorischen Parole „Kohle hat Zukunft“ kurzzeitig unterbrochen wurde, dürfte sich nun diese Tendenz fortsetzen: in der Vergangenheit ist die Beschäftigtenzahl im Ruhrbergbau auf ein Drittel von 554000 1957 auf 182000 1982 geschrumpft, während die Förderleistung (je Mann und Schicht) um 256 Prozent von 1,59 t 1957 auf 4,10 t 1978 stieg.

In der chemischen, Tabak- und Lederindustrie ist es eindeutig so, daß mit steigendem Stromverbrauch die Beschäftigtenzahlen gesunken sind. Und jedes Megawatt Strom, das mit Atomenergie erzeugt wird, kann nicht noch einmal durch Kohle erzeugt werden. Genau seit dem Zeitpunkt, seit in der Bundesrepublik eine Überkapazität an Energie besteht, gibt es auch einen „Sockel“ von rund mindestens einer Million Arbeitslosen.

Die Fakten zur Atomenergie sind die:



Die angebliche Energielücke ist in Wirklichkeit eine Lüge der Strom- und Atomindustrie

1973 wurde behauptet, in der BRD gingen schon bald die Lichter aus, wenn keine AKWs gebaut würden. Man rechnete, indem man einfach wie mit dem Lineal bisherige Steigerungsraten in die Zukunft verlängerte, mit einer Steigerungsrate von jährlich 7 Prozent. Diese Schätzungen haben sich als völlig falsch erwiesen und mußten mehrfach revidiert werden. Auch die derzeitigen Prognosen sind noch zu hoch angesetzt, weil sie von einem überoptimistischen Wirtschaftswachstum ausgehen und Energiesparmöglichkeiten kaum berücksichtigt sind.

Zur Zeit beträgt der Auslastungsgrad der bundesdeutschen Kraftwerke im Jahresdurchschnitt 48 Prozent. Selbst bei Spitzenlast bleiben gut 34 Prozent, also mehr als ein Drittel der Kraftwerkskapazitäten ungenutzt. So meldete auch die „einheit“, die Zeitung der IGBE im Februar: „Stromverbrauch in Deutschland gleichbleibend“.

Es stimmt weiter nicht, der Ausbau von Atomkraft könne uns vom Öl unabhängig machen: Öl wird zu einem Drittel für den Verkehr (als ob jetzt Atomautos gebaut würden) und zu einem anderen Drittel zum Heizen gebraucht. Heizen mit Strom aber ist die unwirtschaftlichste Methode, da aus physikalischen Gründen nur ein Drittel der eingesetzten Primärenergie als Nutzenergie herauskommt.

Atomstrom ist auch nicht billiger

Technische Probleme, dauernde Abschaltungen führen zu einem geringen Auslastungsgrad der Atomkraftwerke (bisher nur zu 54 Prozent im Jahr). Zahlreiche Materialermüdungen lassen zur Zeit höchstens eine Betriebsdauer von zehn Jahren realistisch erscheinen. Die AKWs Phillipsburg, Ohu, Brunsbüttel und Würgassen sind für längere Zeit stillgelegt. Die Stromkonzerne zählen bei ihren Wirtschaftlichkeitsrechnungen nur das, was sie selbst bezahlen müssen, nicht jedoch die enormen staatlichen Zuschüsse. In den meisten Studien werden die Kosten für Stillegung, Abriß, Entsorgung, Instandhaltung Versicherung nicht oder falsch berechnet. Hamburg, die Stadt mit dem höchsten Anteil von Atomstrom, hat die höchsten Strompreise in der BRD.

Besonders der Schnelle Brüter und der Hochtemperaturreaktor sind Milliardengräber

Für beide Projekte sind die Kosten entgegen den ursprünglichen Planungen explodiert: SNR von 500 Mill. auf 10000 Mill., THTR von 710 Mill. auf 4000 Mill.

„Der schnelle Brüter hat keine Chance“, überschrieb der reumütig gewordene Forschungsminister Andreas von Bülow unlängst einen Aufsatz im „Spiegel“ und meint, daß wenn der Brüter ohne öffentliche Investitionen allein von der Wirtschaft entwickelt worden wäre, er längst eingestellt worden wäre. Ähnlicht steht es um den Hochtemperaturreaktor, bei dem zudem zahlreiche technische Probleme ungelöst sind. Deshalb haben sich auch Firmen wie Gulf, Shell und Krupp (BBC erwägt den Ausstieg) aus diesem Projekt zurückgezogen. Der Atomphysiker Klaus Traube beschreibt die THTR-Entwicklung schlicht als Humbug.

Die RAG hängt selbst dick im Atomgeschäft drin

Die RAG ist an über 460 anderen Firmen beteiligt, u.a. an der Steag mit über 50 Prozent; die VEBA wiederum ist mit 27 Prozent an der RAG beteiligt — beides Konzerne, die vielfältig mit der Atomindustrie verflochten sind. Die RAG ist ebenfalls an der Urananreicherung und Brennelementefertigung beteiligt. Außerdem investiert sie seit einigen Jahren massiv im Kohlebergbau in Übersee (wo es aufgrund der braunkohleähnlichen Lagerung der Kohle kostengüstiger ist), so in Queensland (Australien), West Virginia (USA) und Toronto (Kanada).

Und was ist mit dem sauren Regen?

Nun warnt die IGBE-Führung vor „unnötiger Hektik im Kampf gegen den sauren Regen“. Dabei ist auch hier die Sache ganz einfach:

„Ein einziges Atomkraftwerk vom Typ Biblis (sechs Milliarden Mark) kostet soviel wie die Entschwefelung sämtlicher Kohle-Großkraftwerke. Und: Bund und Länder, Mehrheitseigner der meisten Kraftwerke, könnten deren Umrüstung umgehend durchsetzen.

Dagegen müßten, um alle konventionellen Kraftwerke zu ersetzen, 34 zusätzliche Atommeiler à 1300 Megawatt gebaut werden, deren erster aufgrund langer Planungs-, Genehmigungs- und Bauzeiten frühestens Anfang der neunziger Jahre ans Netz gehen könnte — zu spät für den Wald.“ „Spiegel“ 7/83, S. 92

Man kann im Grunde dem NRW-Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer nur zustimmen, wenn er feststellt: „Wer dem Bergbau wohl will, muß auch bereit sein, sich mit der IGBE anzulegen.“

In der Tat kann die wahnwitzige Alternative nicht heißen „sauberer Atomstrom“ oder Zechenschließungen. Die Möglichkeit besteht in dezentralen kleineren Kohlekraftwerken mit Rauchgasentschwefelung, Wirbelschichtbefeuerung und Kraft-Wärme-Koppelung. Das ist umweltfreundlicher und energiesparender und gibt der Kohle eine vernünftige Verwendung.

IGBE-Führung unter Beschuß

Im übrigen vergeht in letzter Zeit kaum ein Tag, an dem sich die Fürhung der IG Berbau nicht massiver Kritik ausgesetzt sehen muß:

- Da muß sich Adolf Schmidt von seinem SPD-Genossen, dem NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau sagen lassen, daß er durchaus Möglichkeiten sieht, eine Kohlepolitik „ohne Arbeitsplatzverluste umweltverträglich zu gestalten“. (WAZ v. 21.4.83)
- Da äußert in einem Leserbrief der WAZ vom 21.4. ein Professor aus Duisburg:

Kein Verständnis für Kohlepolitik der IGBE

- Da werden in der 2. April-Ausgabe der „einheit“ das erste Mal seit langer Zeit wieder Leserbriefe veröffentlicht, die sich zum allergrößten Teil vorwurfsvoll an Schmidt, Niggemeier und Co. wenden. Einer davon lautet:

> **Die Rücklieferung**
> **Anbei sende ich die 2. Februar-Ausgabe zurück und bitte dafür zu sorgen, daß in Zukunft für unsere Ortsgruppe jedesmal ein Exemplar der „einheit“ weniger geliefert wird, weil ich die „einheit“ nicht mehr haben will. Den Antikommunismus, den die Redaktion seit Jahren verbreitet, kann man ja nicht mehr lesen.**

Ungeachtet all dieser Tatsachen setzt die Führung der IGBE weiterhin stur auf Atomenergie und auf Rundumschläge gegen alles, was links vom rechten Flügel der SPD steht:

Am 10. November 1977 war die IGBE einer der entscheidenden Unterstützer einer Demonstration für den ungebremsten Ausbau der Atomenergie. Für dieselbe Demonstration bekamen Mitarbeiter der RWE einen freien Tag, ein Lunchpaket und 20 Mark Spesen. Der IGBE-Vorsitzende Schmidt beteiligte sich an einer Werbekampagne.

Adolf Schmidt ist gleichzeitig stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der RAG und der VEBA und bestimmt dort den Pro-Atomkurs mit. Den derzeitigen Kurs der IGBE beschreibt er in einer Antwort an die Initiative Berbaubeschäftigte gegen Atomenergie:

Sehr geehrter Herr Radhöfer.
Sie haben mir vor einigen Tagen einen Brief mit Anlagen geschrieben. Wegen der Erledigung wichtiger Aufgaben komme ich heute zu seiner Beantwortung.

Natürlich ist es jedermanns Recht, seine Meinung zu äußern. Meine Pflicht ist es, die Politik der IG Bergbau und Energie und des Deutschen Gewerkschaftsbundes immer und gegenüber jedermann zu vertreten. Das tue ich selbstverständlich auch in dem Teil, der Ihre besondere Aufmerksamkeit findet, ob ich dafür gelobt oder getadelt werde, weil es meinem Verständnis von Dienst und Pflicht entspricht und weil ich persönlich von der Richtigkeit unserer gemeinsam gefundenen Politik zutiefst überzeugt bin.

Mit freundlichen Grüßen
Adolf Schmidt

„Arbeit für alle — Mitbestimmung“ sagt der DGB zum 1. Mai. Diese Mitbestimmung sieht für die IGBE seit Beginn der Kohlekrise so aus, daß sie mit den Unternehmungsleitungen bei Stillegungen Sozialpläne aushandelt, sonst aber nichts zur Arbeitsplatzsicherung tut — so zuletzt bei der Schließung der Castroper Zeche Erin.

Auf diesem Hintergrund haben sich Kolleginnen und Kollegen der IGBE entschlossen, als einen ersten Schritt einer Initiative „Bergbaubeschäftigte gegen Atomenergie“ einen offenen Brief, der inzwischen 47 Erstunterzeichner gefunden hat, an den Vorsitzenden A. Schmidt zu verfassen. Wir fordern alle Bergbaubeschäftigten auf, den gestellten Forderungen durch ihre Unterschrift Nachdruck zu verleihen.

Offener Brief an den Vorsitzenden
der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie

Sehr geehrter Herr Schmidt.
Ihre Politik, die des IGBE-Vorstands und der IGBE-Zeitung „einheit“ ist eine eindeutige Unterstützung der Atomenergie in unserem Lande. Angesichts leerer Staatskassen ist eine staatliche Unterstützung der Kernenergiegroßprojekte wie dem „Schnellen Brüter“ in Kalkar und dem Hochtemperaturreaktor in Schmehausen wenig sinnvoll. Durch diese Projekte werden — bei ohnehin bestehenden Kohlehalden — die Arbeitsplätze im Bergbau gefährdet. Außerdem sollten derartige Projekte nicht in Angriff genommen werden, da die Technik nicht vollkommen beherrscht wird und die Abfallbeseitigung nicht geklärt ist. Um der Sicherheit der Bevölkerung willen, um der Sicherheit der Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau willen fordern wir Sie auf, sich mit allem Nachdruck für einen Stopp dieser beiden Kernenergieprojekte einzusetzen.

Wir wenden uns in einem offenen Brief an Sie, um in der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen, daß zahlreiche Bergbaubeschäftigte, Mitglieder Ihrer Gewerkschaft — der IGBE — einen Baustopp für diese Kernenergiegroßprojekte fordern.

Ein offener Brief an Adolf Schmidt mit den obigen Forderungen wurde bereits von folgenden Bergbaubeschäftigten unterzeichnet: G. Sommerfeld, E. Mathias, W. Schade, H. Ari, W. Krüger, M. Kreienbaum, R. Radhöfer, K. Heinrichs, W. Vogt, B. Grill, U. Sudek-Ellekotten, Th. Düsterhaus (alle Bochum), L. Soran, S. Cetinkaya, G. Tripp, K. Akay (alle Dortmund), I. Vorreiter, I. Josting, N. Kopke, M. Fraaß, U. Berger, J. Strick, R. Nowakowski, O. Ibis, K. D. Terzenbach, U. Trost, H. Güntüncer, M. Akbasli, Th. Verschelen, P. Bauer, J. Likmund, N. Ziegler, K. P. Ehrlich, T. Katsch, Pietruozka, R. Lehmann, Jung, Franke (alle Duisburg), W. von Heesen, G. Bollermann, P. Friße (alle Castrop-Rauxel), P. Eicker (Hagen), L. Lux (Herten), W. Geißer (Recklinghausen), U. Janböcke (Haltern), H. Kersken (Voerde), H. Kemp (Dinslaken)

Kontaktadresse: Reinhart Radhöfer, Oskar-Hoffmann-Str. 132, 4630 Bochum 1, Tel.: (0234) 336190. (Hier können auch Unterschriftenlisten angefordert werden!)

Name	Betrieb	Gewerkschaft	Adresse	Unterschrift

Für weitere Informationen und Öffentlichkeitsarbeit brauchen wir dringend Spenden: Konto-Nr. 166614-468 beim Postscheckamt Dortmund (Elke Mathias)

Nur 1,— DM
kostet die Broschüre der Initiative, in der sie ihre Auffassungen ausführlich begründet. Zu bestellen bei G. Sommerfeld, Henkenbergstraße 73, 4630 Bochum 1

ÖTV-Tarifrunde

Warnstreik in Karlsruhe am 5. Mai

Im Rahmen der bundesweiten Arbeitskampfmaßnahmen der ÖTV in dieser Woche beteiligten sich auch die Kollegen der Straßenbahn, Müllarbeiter und vom Tiefbauamt, sowie Heizkraftwerk und Versorgungsbetriebe der Stadt Karlsruhe am Warnstreik.

In den Tagen und Wochen zuvor hatten ÖTV-Mitgliederversammlungen stattgefunden, in denen es eigentlich um die Besetzung von Personen- und Abteilungsausschüssen gehen sollte, die aber durch die Tarifrunde eine größere Wichtigkeit erhielten. Aktive Gewerkschafterinnen zeigten die arbeiterfeindlichen Absichten der neuen Wunschregierung auf, stellten klar, daß ohne Kampfmaßnahmen der Kollegen dieses Jahr nichts zu holen sei.

Auf die ungeheuerliche Provokation der öffentlichen Arbeit„geber" (2 Prozent mehr Lohn bei 4 Monaten Lohnpause, nur 1 Tag Urlaub mehr für Beschäftigte über 40 Jahre, Beschneidung der Alterssicherung) war die ÖTV-Führung gezwungen zu handeln. Denn hier will die Bourgeoisie einen noch weiteren Meilenstein setzen als in den vorangegangenen Tarifrunden, IGM beispielsweise.

Bei den Verkehrsbetrieben und im Tiefbauamt, bei den Müllarbeitern laufen die Vorbereitungen zum Kampf an. Die Vertrauensleute aktivieren die Kollegen, machen sie „heiß". Die Kreisverwaltung der ÖTV hält die Fäden allerdings in der Hand; sie gibt bei den Treffs der Vertrauensleutekörper die Richtung an. Die Protestaktion soll um 5.00 Uhr Donnerstag beginnen, etwa eine Stunde dauern, nicht länger jedoch als zwei Stunden. (Anzumerken ist, daß die ÖTV-Kreisverwaltung immer nur von Protestaktionen spricht und das Wort Warnstreik nicht so genannt haben will). Auch die Vertrauensleute der anderen Betriebe des öffentlichen Dienstes werden informiert, und zur Unterstützung der Aktion einbezogen.



Inzwischen haben schon über 200000 Kollegen an Warnstreiks und Protesten teilgenommen

Auch wir, von der ÖTV-Betriebsgruppe am Klinikum, werden gleich aktiv. Noch am gleichen Tag, am Dienstagnachmittag, findet eine kurzfristig einberufene Vertrauensleutesitzung statt: Bericht über die Planung, weitere Arbeitseinteilung. Am nächsten Morgen stehen wir um 5.30 Uhr vorm Krankenhaus, verteilen das ÖTV-Tarifinfo, sprechen die Kolleg(inn)en an. Wir versuchen möglichst viele für den Donnerstag zu aktivieren.

Am Mittwoch abend ist Treff im Gewerkschaftshaus. Wir malen die Protestschilder für den nächsten Morgen. Es kommen Sprüche wie: „Einigkeit macht stark", „1,3 Prozent mehr Lohn, das ist Hohn". Aber auch solche wie: „Die Monika im Haus erspart den Zimmermann", usw. Zu einem Disput kommt es dabei, als ein junger Kollege (ein Genosse) auch die Interessen der Lehrlinge auf den Schildern vertreten wissen will. Da hatten dann einige Kreisverwaltungssekretäre was dagegen. (Leider auch einige ältere Kollegen): „wenn wir das schreiben, kriegen wir Prügel, das versteht niemand."

Donnerstag morgen um 5.00 Uhr. Alle Straßenbahnen und Busse stehen still. (Halt, nicht alle. Die private Linie A fährt, jedoch nur auf einem kleinen Teil des städtischen Netzes), und das auch nur, weil die ÖTV-Führung wohl zu feige ist, deren Albtalbahnhof zu blockieren. Die Ausfahrt vom Straßenbahndepot ist mit Straßenbahnen blockiert. Erfreulich viele Kolleg(inn)en stehen auf den Schienen vor dem Depot, hauptsächlich Straßenbahner, Müllarbeiter, Tiefbauämtler, zu erkennen am orangefarbenen Arbeitsanzug, aber auch ganz viele andere aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Die Mobilisierung hat geklappt. Auch wir sind vom Klinikum und Reha-Krankenhaus mit einem Block von ca. 30 Kolleg(inn)en in weiß da.

Der Verkehrsbetriebsleiter Ludwig ist außer sich. Er stellt der ÖTV ein Ultimatum und fordert sie auf, bis 5.30 Uhr aufzuhören. Er läßt die am Ausstand beteiligten Straßenbahner notieren. Ein Werkstättenkapo sagt zu einem Kollegen: „M., Sie schießen ein Eigentor, Sie wollen doch Fahrleiter werden".

Der weitere Verlauf des Warnstreiks läuft ruhig ab, es kommt zu keiner Provokation von Seiten der Stadt. (Wer weiß, ob da nicht eine Mauschelei stattgefunden hat, schließlich war 2. Bürgermeister Wäldele mal ÖTV-Kreisvorsitzender, seine Person ist seitdem Tabu und besonders wir von der Jugend haben deswegen schon öfter mal einen auf den Deckel bekommen).

Um 6.30 Uhr verkündet dann die ÖTV auch das Ende des Warnstreiks. Alle Kolleg(inne)n befolgen die Aufforderung. Einzelne Kollegen waren zwar schon der Ansicht, daß es etwas kurz war. Eine Ausdehnung der Streikaktion bis 7.00 oder 8.00 Uhr im Berufsverkehr wäre auf jeden Fall möglich gewesen.

Gleich anschließend ziehen die Kollegen vom Tiefbauamt zu einer „Betriebsversammlung" in die Kantine. Fast alle Beschäftigten der Dienststelle sind geschlossen da. Darunter viele ausländische Kollegen. Die Versammlung wird bis 7.45 Uhr ausgedehnt, (= eine Stunde Warnstreik) dann ruft auch hier der Personalratsvorsitzende in seiner Egenschaft als Vertrauensmann zur Arbeitsaufnahme auf. Ähnlich läuft es beim Heizkraftwerk und bei den Versorgungsbetrieben.

Insgesamt haben an diesem Morgen über 1000 Kollegen in Karlsruhe an den Aktionen teilgenommen.

Insgesamt ist dieser Warnstreik und die anderen Aktionen positiv zu beurteilen, auch wenn er von Seiten der ÖTV-Führung nicht allzu hart und machtvoll durchgeführt wurde. So dürfte er doch Meineid-Zimmermann nicht in den Kram passen. Er war für den Beginn eine gute Antwort auf die brutalen Absichten der Reaktion. Es ist auch schon länger her, daß hier in Karlsruhe eine solche gewerkschaftliche Kampfmaßnahme erfolgte. Und schließlich war zu Beginn nicht ganz abzusehen, daß sie so geschlossen ablaufen täte, da gab es auch berechtigte Bedenken von einigen aktiven Vertrauensleuten. Aber wir wissen, daß diese Aktionen noch breiter und kompromißloser werden müssen. Das hat die Partei auch in einem eigenen Flugblatt, (beiliegend; sie war die einzige anwesende Organisation) das an diesem Morgen verteilt wurde, gesagt. Es steht zu befürchten, daß die ÖTV-Führung einen faulen Kompromiß eingehen wird. Aus den Sprüchen der rechten ÖTV-Funktionäre ist zu hören, daß am 9. Mai ein Erfolg gebucht werden wird (aufgrund der abgelaufenen Protestaktion). Das ist bestimmt eine krasse Unterschätzung der Lage. Richtig wäre es vielmehr, konkrete Vorbereitungen für einen notfalls längeren Streik zu treffen. Viele Kollegen sind dazu bereit, wie die mittlerweile weit über 100000 beweisen, die sich bis jetzt an Warnstreiks beteiligten.

Zur Durchsetzung unserer Forderungen:

Jetzt den Kampf aufnehmen und ausweiten!

Unter dieser Überschrift verbreiteten die Karlsruher Genossen, die auch den nebenstehenden Bericht verfaßten, am 5. Mai ein KPD-Flugblatt unter den streikenden Kolleginnen und Kollegen.

- Reallohnsicherung
- 30 Tage Urlaub für alle
- Einkommens- und Arbeitsplatzsicherung

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,
schon in den letzten drei Jahren wurden uns Lohnabschlüsse aufgezwungen, die real weniger im Geldbeutel bedeuten.

Das Kapital und sein geFlickter Staat sind entschlossen, unsere sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte rückgängig zu machen.

Erst Lohnbescheidenheit — dann Lohnstopp — Schließlich Lohnkürzung, darauf läuft es ab.

Jetzt erst dämmert so richtig auf, was sie wirklich bedeutet, die Wende. Letztendlich soll die Gewerkschaftsbewegung völlig an die Wand gedrückt und eine Stimmung von Ohnmacht und Hilflosigkeit in der Arbeiter- und Angstelltenschaft erzeugt werden. Wehe uns, wenn wir nicht die Kraft und Entschlossenheit finden, uns zu wehren und es lernen, konsequent zurückzuschlagen.

Diese heutige Protestaktion ist eine notwendige Antwort auf die provokatorische Haltung der öffentlichen Arbeit-„Geber". Aber wir müssen die Protest- und Warnstreiks noch ausdehnen und erweitern, auf andere Bereiche im öffentlichen Dienst (z.B. Stadtwerke, Verwaltung, Klinikum usw.). Ein Streik bei Straßenbahn und Bussen um 7.00 Uhr im Berufsverkehr ist viel mächtiger und wirkungsvoller als um 5.00 Uhr, Kollegen.

Die öffentlichen Arbeit-„Geber" bauen auf unsere Schwäche. Machen wir ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung. Die ÖTV stellte ein Ultimatum zum 9. Mai. Jetzt müssen den Sprüchen Taten folgen. Es gilt, auf Urabstimmung und Streikmaßnahmen je nach unseren Möglichkeiten in den Betrieben hinzuarbeiten. Denn ohne Kampfmaßnahmen ist für uns nicht viel zu holen. Viel zu lange schon hat die Gewerkschaftsführung dem Druck von oben nachgegeben.

Beweisen wir durch Geschlossenheit und Solidarität die Kampfkraft unserer Organisation!

GEW-Konferenz in Schleswig-Holstein

Den folgenden Bericht schickte uns ein Teilnehmer der LVV Schleswig-Holstein der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Wir denken, daß sowohl der Bericht über die „Verzichtsdiskussion" als auch die beschlossenen Forderungen diesen Artikel für unsere Leser interessant machen.

Vom 5. bis 7. Mai fand in Damp die Landesvertreterversammlung (LVV) der GEW/Schleswig-Holstein statt, um den politischen Rahmen für die Gewerkschaftsarbeit der nächsten drei Jahre festzulegen.

Es zeigte sich, daß die auch unter Lehrern zunehmende Arbeitslosigkeit und das propagandistische Trommelfeuer vom „Opfer bringen" auch die Politik der GEW zu beeinflussen droht. Die Hauptauseinandersetzung auf dieser LVV drehte sich um die Frage: Sollen wir angesichts der Arbeitslosigkeit eine Arbeitszeitverkürzung mit Einkommenskürzung fordern oder nicht? Festgemacht wurde diese Auseinandersetzung an der Entschließung E 1, die vom Landesvorstand eingebracht worden war. Dort hieß es, daß unter bestimmten Voraussetzungen (z.B. Verbot freiwilliger Mehrarbeit, Einführung eines freiwilligen 10. Schuljahres an Haupt- und Sonderschulen, freiwillige Vorziehung der Altersgrenze auf 60 Jahre) die LVV bereit sei, „den Landesvorstand mit Verhandlungen über einen möglichen Solidaritätsbeitrag der beschäftigten Lehrer für ihre arbeitslosen Kollegen zu beauftragen. Dieser Solidaritätsbeitrag könnte bestehen in der befristeten Reduzierung der Pflichtstundenzahl mit proportionaler Einkommenskürzung um eine oder zwei Stunden."

Diese Entschließung ging davon aus, daß die Krise von allen gemacht nun auch von allen getragen werden muß. Dazu gehört auch die Arbeitszeitverkürzung mit Gehaltsverzicht als sogenanntem „Solidaritätsbeitrag".

In einer harten Diskussion wiesen die Gegner der Einkommenskürzung nach, daß

- Lohnverzicht noch nie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geführt hätte;
- der gewerkschaftliche Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sabotiert würde;
- der freiwillige Verzicht unsere Position gegenüber der Landesregierung noch mehr schwächen würde.

Nach ausführlicher Diskussion wies die LVV mit großer Entschiedenheit diesen Versuch, den „freiwilligen Verzicht" schmackhaft zu machen, zurück.

Trotzdem bestehen große Illusionen über die Krise, ihre Ursachen und Lösung. Diese Tatsache wird daran deutlich, daß stattdessen ein Antrag verabschiedet wurde, der die Forderung des DGB nach Finanzierung der Bundesanstalt für Arbeit durch eine Arbeitsmarktabgabe durch alle Erwerbstätigen unterstützt. Desweiteren dürfen wir nicht geringschätzen, welch enormen moralischen Druck die zunehmende Arbeitslosigkeit in Zukunft auf die Gewerkschaften in Hinsicht auf die Frage des Lohnverzichts ausüben wird.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit forderte die LVV u.a.:

- Sofortige Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde pro Woche für alle Lehrer;
- Verbot von freiwilliger Mehrarbeit;
- Herabsetzung der Klassenfrequenzen in Klassen mit hohem Ausländeranteil auf 15 Schüler;
- Ausdehnung der Möglichkeiten der Freizeitbeschäftigung;
- Überführung von Nebentätigkeit ins Hauptamt;
- Einführung eines freiwilligen 10. Schuljahres an Haupt- und Sonderschulen;
- Freiwilliges Vorziehen der Altersgrenze.

Weitere Anträge, die die LVV mit Mehrheit verabschiedete:

- die Berufsverbotspraxis ist mit der Verfassung unvereinbar. Die LVV fordert Streichung, keine Überprüfung mehr, Vernichtung des VS-Materials;
- die LVV fordert das Verbot neofaschistischer Gruppierungen sowie faschistischer und neofaschistischer Propaganda und Literatur;
- Überprüfung, welche Unternehmen des DGB noch dem Gedanken der Gewerkschaftsbewegung entsprechen, vollständige Rechenschaft über Skandal bei Neuer Heimat. Für Mitglieder nachvollziehbare Kontrolle der NH. (Abgelehnt wurde die Rückforderung von an die NH gezahlten Beitragsgeldern);
- Verhinderung der Stationierung der atomaren Mittelstrekkenraketen in der BRD durch Rücknahme der NATO-Beschlüsse;
- gegen den Bau von Kernkraftwerken sowie Wiederaufbereitungsanlagen;
- keine weiteren Nachzugsbeschränkungen für Kinder ausländischer Arbeitnehmer;
- GEW fordert die Bundesregierung auf, die militärische Einmischung der USA in El Salvador und deren Unterstützung von Umsturzversuchen durch Terroreinheiten in Nicarague zu verurteilen;
- Forderung an Bundesregierung, jegliche finanzielle Hilfe für die faschistische Junta in der Türkei zu stoppen.

Protestversammlung im Bremer Krankenhaus

Heute, am 9.5., gab es eine Protestversammlung der ÖTV-Kollegen im Krankenhaus Bremen-Ost.

Letzte Woche mobilisierte unser Vertrauensleutevorsitzender alle Kollegen um einen Warnstreik abzuhalten. Die außerordentliche Mitgliederversammlung war schon sehr gut besucht und alle stimmten dafür, am 9.5. eine Protestversammlung vor dem Hauptgebäude abzuhalten. Heute morgen dann ging das Gerücht um, der ÖTV-Hauptvorstand hätte alles wieder abgeblasen, um „die Verhandlungen nicht zu stören". Wir waren ziemlich wütend!

Trotz dieser Gerüchte, daß die Gewerkschaftsführung nicht mehr hinter uns steht, trafen sich heute mittag 200 Kollegen. Eine kleine Rede wurde gehalten, in der betont wurde, daß wir uns nicht entmutigen lassen sollen und dieses als Generalprobe für weitere Aktionen betrachten sollen. Aktionen, die während dieser Tarifrunde noch laufen werden.

Einstimmig wurde eine Protestresolution gegen die Provokation von Zimmermann und Co. verabschiedet, unterstützt von Kollegen des Krankenhauses „Links der Weser" und „St.-Jürgen-Straße", die noch heute per Telegramm an die Tarifkommission geschickt wird.

Weltuntergang?

Einige Sorgen muß man sich machen, wenn man sieht, wie oberflächlich auch in der linken Bewegung mit der Friedensfrage umgesprungen wird. Ein Beispiel: Die aktuelle Politik der MLPD.

Für die ist diese Frage, ganz plötzlich übrigens, jetzt zur Hauptfrage geworden — alles andere, was vorher mit ähnlicher Vehemenz als das Allerwichtigste bezeichnet wurde, steht weit hintenan. Auch das vorletzte Lieblingskind, die Vereinigten Arbeiterlisten aus der Zeit des Bundestagswahlkampfes, die nach anfänglichem Bekunden eine Bedeutung weit über die Wahl hinaus haben und den Keim der Arbeitereinheitsfront darstellen sollten, sind abgemeldet. *„Höhere Formen"* der Aktionseinheit sind laut „Rote Fahne" angesagt — in der Friedensbewegung. Mehr als Friedensinitiativen, die man notfalls selbst gründen will, wird allerdings auch nicht angeboten.

Das ist noch nicht das Schlimmste. Aber die MLPD wirft die Frage so auf, als ob der Kampf gegen die Stationierung der neuen Ami-Atomraketen darüber entscheidet, ob der Krieg kommt — daß er quasi unvermeidlich wird, wenn die Stationierung nicht zu verhindern ist — und daß das gleichzeitig den Weltuntergang bedeutet. Ob die Imperialisten selbst das nun wollen oder nicht. Denn die Situation sei wie bei der Kuba-Krise, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Wenn heute die Amis stationierten, könnten die Russen nur geballt zurückschlagen bzw. versuchen, doch die ersten zu sein — und dann bleibt nichts mehr übrig.

Auch das ist noch nicht alles. Oft stellt die MLPD die Frage so (z.B. durch Vertreter der NWR-Leitung im Rahmen einer Diskussion auf der Mai-Veranstaltung der KPD in Dortmund), daß nur die Revolution dieses Verhängnis aufhalten könne. Die aber, diesmal mit Sicherheit unabhängig davon, daß *wir* das auch gerne hätten, kommt bis zum Jahresende bestimmt nicht.

Bleibt als Trost: Die Imperialisten gehen auf jeden Fall unter, entweder durch Selbstmord oder durch unsere Revo-

„Haltet an dem Aktionseinheitsgedanken fest und verwirklicht ihn in der Friedensbewegung. Die Initiativen für eine VAL waren eine besondere Form der Aktionseinheit zu den Bundestagswahlen 1983. Diese Form entspricht nicht mehr den neuen Aufgaben des Klassenkampfes. Darum muß die Aktionseinheit in einer anderen, in einer **höheren** Form verwirklicht werden.

Beteiligt euch an den Friedensinitiativen der Stadtteile und Betriebe und gründet neue!

Kampf für Arbeit und Frieden — Vorwärts zum Sozialismus."
(„Rote Fahne", 8/83, S. 6)

lution ... Das ist sicher etwas grob. Aber wir denken: Die Genossen der MLPD sollten gründlich überlegen, ob sie auf einer derartig oberflächlichen Grundlage Politik machen wollen. Und wie sie es sich wirklich vorstellen, daß es nach dem Herbst '83 weitergehen soll.

Das gilt gründsätzlich auch, soweit von der Theorie der sofortigen Revolution Abstand genommen wird, wie das inzwischen auch in der „Roten Fahne" geschieht. Die MLPD tritt für ein Volksbegehren gegen die Stationierung ein, dürfte sich also sicher auch für eine Volksbefragung aussprechen, soweit Volksbegehren und Volksentscheid aus juristischen Gründen endgültig abgelehnt werden. Und da ziehen wir natürlich am gleichen Strang. Ebenso wie bei dem Versuch, massive Streikaktionen gegen die Atomraketen herbeizuführen.

Wir meinen: Alle Kraft gegen die Stationierung. Mit jedem zusammengehen, der dieses will. Wir halten es als Kommunisten für unsere Pflicht, darüber hinaus für eine Massenbewegung gegen die NATO zu werben. Und natürlich auch die Einsicht zu verbreitern, daß es Kriege geben wird, solange ihre Grundlage, die Herrschaft des Kapitals, den Imperialismus gibt. Daß die Arbeiter damit endgültig Schluß machen müssen.

Wir wissen auch: Nicht der Wahnsinn regiert die Welt. Sondern es geht um Profite, auch bei Kriegsplanung und Kriegsführung. So furchtbar ernst die Bedrohung ist, in keinem Fall ist der Kampf nach diesem Herbst entschieden und vorbei. Und wir dürfen unsere Politik nicht nach der Mode ausrichten und nicht in Panik verfallen.

Kollegen von Bayer/Leverkusen sagen „Nein" zu Atomraketen. In Betrieb und Gewerkschaft zieht die Diskussion darüber, der geplanten Stationierung auch mit massiven Streikaktionen zu begegnen, immer weitere Kreise. Trotz der Hetze aus Bonn und der Abwiegelei vieler DGB-Führer.



Vertrauensleute von Bosch/Reutlingen engagieren sich in der IGM-Kampagne für die Einführung der 35-Stunden-Woche und haben diese Forderungen mit den notwendigen Ergänzungen versehen: Voller Lohn- und Personalausgleich. Sie demonstrierten dafür am 1. Mai dieses Jahres. Steht dieses Engagement etwa dem Kampf um den Frieden entgegen?

MLPD gegen Kampagne für 35-Stunden-Woche

Welche Irrwege die MLPD mit ihrer oberflächlichen Friedenskampftheorie geht, wird da besonders deutlich, wo sie sich damit gegen konkrete Kämpfe der Arbeiterklasse zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenssituation wendet. Wie es am Beispiel der 35-Stunden-Woche geschieht.

„Auch die lautstarke Kampagne zur 35-Stunden-Woche, die die IG Metall jetzt startet, soll von der Stationierung ablenken." („Rote Fahne")

Wir haben die Ausführungen der „Roten Fahne" nebenstehend ausführlich dokumentiert, damit niemand uns nachsagen kann, wir würden Zitate aus dem Zusammenhang reißen. Es geht uns ja nicht darum, der MLPD die Sympathie für die Kämpfe der Arbeiter und auch die Anerkennung der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche abzusprechen. Aber man muß heute, und angesichts der gestarteten IGM-Kampagne um so mehr, konkret und nicht unverbindlich, Stellung nehmen. Und da bleibt als Tatsache: Die MLPD stellt sich einer äußerst notwendigen Kampagne der Arbeiterschaft entgegen.

Es ist doch absurd zu glauben, diese Kampagne sei ein taktisches Manöver. Es ist ebenso absurd, die Meinungen und die Bereitschaft zum faulen Kompromiß bei Gewerkschaftsführern zum Maßstab, zur Beurteilungsgrundlage für diese Kampagne zu machen.

Die Forderung nach Kampfaktionen für die endliche Verwirklichung der 35-Stunden-Woche, für die besonders die Stahlarbeiter bereits harte und opferreiche Auseinandersetzungen geführt haben, wächst in der Arbeiterschaft und in der Gewerkschaft, und da auch im Funktionärskörper. Es entspricht dem berechtigten Willen der Metaller, jetzt eine Kampagne dafür zu starten. Die kämpferischsten Kräfte setzen sich nicht gegen diese Kampagne, sondern setzen sich dafür ein, sie mit aller Konsequenz zu führen und vor allem durch die Forderung nach vollem Lohn- und Personalausgleich zu ergänzen. Das ist ein Schlag gegen die Politik der Kapitalisten und ihrer Regierung, die ihnen gerade die Niederwerfung des Arbeiterwiderstandes und den unbegrenzten Abbau der Löhne und aller Sozialleistungen garantieren soll.

Die Kommunisten haben die Aufgabe, hier alles zu tun, um den Erfolg der Kampagne sichern zu helfen. Wer das so wie die MLPD in Gegensatz zur Friedensbewegung stellt, der läuft tatsächlich Gefahr, sich dem Vorwurf auszusetzen, daß er seine Politik von Panikstimmung und/oder Modeströmungen bestimmen läßt, daß er sich von Arbeiterinteressen löst und zumindest in der Friedensfrage eher in der Richtung der „grünen" Bewegung abdriftet. Ob er das nun will oder nicht.

„(...) 35-Stunden-Woche — Rettungsanker des Systems?

Auch die lautstarke Kampagne zur 35-Stunden-Woche, die die IG Metall jetzt startet, soll von der Stationierung ablenken.

Es geht uns beim besten Willen nicht darum, den Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für unwichtig zu erklären oder gar abzulehnen. Denn seit dem 1. Mai 1973 verbreitet die MLPD bzw. ihre Vorläuferorganisation, der KABD, systematisch diese wichtigste ökonomische Forderung, weil sie geeignet ist, den Folgen der Rationalisierung und der Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Werktätigen entgegenzuwirken, weil sie geeignet ist, die Kampfeinheit von jung und alt, von Arbeitenden und Arbeitslosen, von Ausländern und deutschen Kollegen zu schmieden.

Doch wenn die IGM-Führer den Kampf um die 35-Stunden-Woche als Rettungsanker zur Erhaltung des Vertrauens der Arbeiter in dieses System verstehen, wie es IGM-Führer Janßen erklärte, dann müssen wir die Kollegen schon jetzt warnen vor dem stinkenden, faulen Kompromiß, der von der rechten Gewerkschaftsbürokratie angestrebt wird. Denn wer sein ganzes Denken auf die Verteidigung der Ausbeutung und Unterdrückung im Kapitalismus ausrichtet, wie soll der den konsequenten Kampf für die Arbeiterinteressen führen wollen?

Wir rufen die Arbeiter auf:

Laßt euch nicht von den Gewerkschaftsführern am Gängelband führen! (...)" („Rote Fahne", 10/83, S. 8)

Mit den Vorstellungen der MLPD zum Friedenskampf werden wir uns noch weiter auseinandersetzen. Zum Beispiel darüber, warum sie immer noch nicht absolut gegen den Kampf für NATO-Austritt ist. Es geht uns dabei nicht darum, uns vor allem von der MLPD abzugrenzen und insgesamt das Trennende hervorzuheben. Unser Ziel ist es, daß sich die linken Organisationen näherkommen, und wir sehen viel mehr Möglichkeiten konkreten gemeinsamen Kampfes gegen das Kapital und seine Regierung, als es die MLPD bisher zugestehen möchte. Es geht uns um die Klärung strittiger Fragen.

Stalin im Bundestag

Im Rahmen der Aussprache über die Regierungserklärung Kohls nahm auch Gert Bastian von den Grünen Stellung, und das in einer Weise, die die Unionsabgeordneten ins Rotieren brachte. Unter anderem mit folgenden Worten (zitiert nach dem Bundestagsprotokoll):

„Unsere Forderungen schließen die entscheidende Absage an jeden Revanchismus ein, mit dem vor allem die CSU auf die Geschicke unseres Landes Einfluß zu nehmen sucht. Und daher, Kollege Waigel, gestatten Sie mir eine Bemerkung zu ihren Ausführungen. (...)

Zweitens. Wenn Sie Stalin zitieren, wie Sie es getan haben, dann sollten Sie vielleicht auch darauf hinweisen, daß, wie es die Geschichtsschreibung belegt, Stalin immerhin noch mehr Interesse an der Errichtung eines wiedervereinigten neutralen Deutschlands gezeigt hat als Ihr so hochgelobter Konrad Adenauer

(Beifall bei den Grünen — Widerspruch, Lachen und Pfui-Rufe bei der CDU/CSU)

— ich weiß, daß Sie das nicht gerne hören —, der die Wiedervereinigung von Anfang an der Westintegration geopfert hat.

(Erhard, Bad Schwalbach, CDU/CSU: So was war Berufssoldat! — Zuruf von der CDU/CSU: Schämen Sie sich! — Weitere erregte Zurufe von der CDU/CSU)."

Tja, die Wahrheit ist nicht beliebt bei unserer Regierung.

„Generalstreik nicht tabu"

Auch zum Mittel des Generalstreiks müsse gegriffen werden, um die Stationierung neuer Atomraketen in Westdeutschland zu verhindern. Das ist die Meinung des DGB-Kreisvorstandes Bayreuth.

Wie der Kreisvorsitzende Walter Wierschke am 3. Mai erklärte, hat der Kreisvorstand den DGB-Bundesvorstand aufgefordert, „alle erdenklichen Mittel" gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles einzusetzen. „Dabei darf auch die Erwägung eines Generalstreiks nicht länger tabu sein", heißt es in dem mit Mehrheit angenommenen Beschluß. Der Bundesvorstand habe nun dafür zu sorgen, daß die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten „auch und gerade" im Hinblick auf einen Generalstreik, „in allen Gewerkschaften und auf allen ihren Ebenen sorgfältig und ernsthaft geprüft" würden.

Jetzt auch Lafontaine...

Die Forderung nach einem Generalstreik gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen hat inzwischen auch der SPD-Politiker Oskar Lafontaine aufgegriffen.

Auf der „Europäischen Friedenskonferenz" am Donnerstag letzter Woche in Westberlin rief Lafontaine die Gewerkschaften auf, die Anregungen aus den eigenen Reihen ernstzunehmen und zu diskutieren, einen Generalstreik „gegen den Versuch der USA einzusetzen, die Bundesrepublik zur Abschußrampe für Enthauptungsschläge zu machen".

In Bonn hat diese Diskussion bereits zu erheblicher Unruhe geführt, und daß jetzt auch noch ein SPD-Mann in diesem Sinne Stellung nimmt, geht den Unionspolitikern über die Hutschnur. Bundes-„verteidigungs"-minister Wörner äußerte denn auch sofort seine Empörung und bezeichnete Streikaktionen gegen die Stationierung als „verfassungswidrig". Ebenso tat dies das Strauß'sche Hauspostille „Bayernkurier" als Reaktion auf entsprechende Forderungen der Gewerkschaft Kunst.

Es steht aber denjenigen, die für ihre Profitinteressen und die militärischen Ziele der NATO und ihrer einzelnen Mitgliederstaaten Millionen Menschenleben opfern wollen, nicht an, über Recht und Unrecht zu entscheiden. Vor allem die Arbeiterbewegung darf sich nicht in die Legalität des bürgerlichen Staates einbinden lassen, die aus gutem Grund politische Streiks nicht vorsieht. Wer etwas aus der Geschichte gelernt hat, die in diesem Jahr so oft beschworen wird, der weiß, daß der Kurs des Zurückweichens und der absoluten Treue zum Staat die Gewerkschaften nur in eine Richtung führt: in den vollständigen Untergang.

Stoppt die Nazi-Sammlungsbewegung (I.)

Rebmann will nicht gegen Kühnen ermitteln

Anfang Mai erklärte ein Sprecher der Bundesanwaltschaft, seine Dienststelle sehe bisher keine Veranlassung, gegen die von dem bekannten Nazi-Terroristen Michael Kühnen geführte Nazi-Bande Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) ein Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Diese Erklärung erfolgte nach der von gewalttätigen Polizisten geschützen Versammlung des harten Kerns der Nazi-Truppe am 30. April in Bad Bergzabern. Man nehme bei der Bundesanwaltschaft an, daß die Aktion der Kühnen-Anhänger von der örtlichen Staatsanwaltschaft verfolgt worden sei, die womöglich an die Bundesanwaltschaft herantreten werde. Allerdings würden die Vorgänge um die ANS/NA auch unabhängig davon von Rebmanns Behörde beobachtet. Mit dem oben genannten „Ergebnis“.

Am 6. Mai wurde bekannt, daß die Staatsanwaltschaft Landau in Hessen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Es bestehe der „Verdacht“, so heißt es in einer Presseerklärung, daß die anwesenden Männer und Frauen Kennzeichen verwendet hätten, die dazu bestimmt seien, „Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen“. Geprüft werde auch, ob das Verfahren auf das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen auszudehnen sei.

Mit einer Strafanzeige haben sich die Führungsmitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN), Kurt Erlebach und Helmut Stein an Rebmann gewandt, der ja in der Tat zuständig ist für die Verfolgung der Umtriebe der Nazi-Organisation. In ihrem Schreiben an die Bundesanwaltschaft, das auch Innenminister Zimmermann zugestellt wurde, heißt es unter anderem: „In welcher Verfassungswirklichkeit leben wir, wenn Kühnen offen ankündigt, daß diese Neofaschisten nach einer Machtübernahme Demokraten ‚in die entsprechenden Lager‘ stecken wollen — und wenn dieser Vorgang auch noch jedem Bundesbürger, der es sehen will, über Fernsehen in die Wohnung gebracht wird...

Verbieten und bestrafen Sie diese neofaschistischen Umtriebe! Wir bitten Sie, uns unverzüglich über das von Ihnen Veranlaßte zu informieren.“ — Bisher wurde noch nichts veranlaßt.

Im nächsten RM: Mehr über die Aktivitäten und das Programm der ANS/NA, über Gründe und Ansatzpunkte für ein Verbot sowie über die heute gängige Rechtsauffassung, die zu dieser Forderung im Bundesinnenministerium vorherrscht.

Wattenscheid, 11. und 12. Mai:

Nur massiver Polizeieinsatz ermöglichte NPD-Parteitag

Beeindruckende antifaschistische Protestaktionen begleiteten am 11. und 12. Mai in Wattenscheid den Landesparteitag der faschistischen NPD, dessen Durchführung nur durch den massiven Einsatz von Polizeihundertschaften aus dem gesamten Ruhrgebiet ermöglicht wurde.

Die Aktionen, an denen die KPD tatkräftig beteiligt war, begannen am Abend des 11. Mai mit einer Demonstration, an der sich mehr als 1 000 Menschen beteiligten. Sie forderten das Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen, protestierten gegen die Haltung der SPD-Stadtführung, die den Nazis die Abhaltung ihrer Versammlung ermöglichte, und riefen dazu auf, den Parteitag am 12. Mai zu verhindern.



Im Anschluß an die Demonstration formierten sich Antifaschisten gegenüber der Stadthalle zu einer Mahnwache, die dort die ganze Nacht hindurch und auch am nächsten Vormittag noch durchgeführt wurde.

Etwa 1 500 Antifaschisten fanden sich am Morgen des 12. Mai an der Stadthalle ein. Viele der Auswärtigen, die immer noch lange vor dem eigentlichen Beginn des Parteitages ankamen, sahen bereits als ersten Eindruck stürmende Polizeitruppen. Die ersten Nazis wurden durch die Reihen der Demonstranten geschleust.

Mehrere Hundertschaften waren im Einsatz und wurden ständig abgelöst. Die „Bild“-Zeitung weiß im Rahmen eines Hetzartikels gegen die Antifaschisten sogar davon zu berichten, daß weitere 1 000 Polizisten in der Hinterhand gehalten wurden, die gar nicht zum Einsatz kamen.

Wann immer einzelne Nazis in die Stadthalle wollten, wurden sie von Polizisten — manchmal gut 20 bei vier Faschisten — in die Mitte genommen und durch die Ketten der Antifaschisten geführt, wobei die Polizisten auch um sich traten und schlugen, so daß einige Demonstranten verletzt wurden. Man kam an die Nazis selbst nur ganz selten heran. Um den Polizeieinsatz zu rechtfertigen und das Vorgehen der Truppen zu verharmlosen, wurde die mit absoluter Sicherheit viel zu hohe Zahl von 43 verletzten Beamten in die Presse lanciert. Einige Demonstranten wurden festgenommen.

Die Situation der Antifaschisten wurde dadurch verschlechtert, daß die Polizei entgegen aller vorher schriftlich festgelegten Auflagen zwei weitere Zugänge zur Stadthalle für die Nazis freimachte. Diese führten über das Gelände der benachbarten Märkischen Schule, obwohl sich der Direktor und die Lehrer ausdrücklich dagegen verwahrt hatten. Lehrer und Schüler dieser Schule nahmen übrigens am 11.5. durch Transparente, gut sichtbar, an den Protestaktionen teil.

Der Direktor wurde am 12.5. von der Polizei geschlagen, als er protestieren wollte. Da wußten die Polizisten noch nicht, um wen es sich handelte. Als er sich aber vorstellen konnte und verlangte, daß die Faschisten das Schulgelände nicht betreten, wurde ihm von einem Polizeiführer mit der Begründung, es handele sich um einen akuten Notstand, das Hausrecht abgesprochen! Diese Angelegenheit wird wohl auch noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Die Polizei hatte auch noch die Frechheit, mit einem Flugblatt bei der Bevölkerung um Verständnis dafür zu werben, daß sie die Faschisten schützen müßten. Schließlich sei die NPD eine legale Partei... So argumentierte ja auch Bürgermeister Eickelbeck, der sich gern in die antifaschistische Pose wirft, und sich mit seiner Unterstützung für die Nazis öffentlich bloßstellte.

So zeigte dieser Tag auch dies: Die westdeutsche Polizei ist bereit, blind für alles zu prügeln, solange sie den Befehl bekommt. Es ist bestimmt eine Illusion, wenn etwa die Gewerkschaftszeitung „Welt der Arbeit“ kürzlich, bei der Erinnerung an die Vorgänge im Jahre 1933, behauptete, es sei heute absolut undenkbar, daß sich die Polizei wieder verhältnismäßig nahtlos in ein faschistisches System einfüge. Und: Die NPD muß endlich verboten werden. Wer ihre Legalität mit scheinheiligen Mitteln verteidigt, der fördert die Ausweitung faschistischer Umtriebe und macht sich mitschuldig an ihren Verbrechen. Die Antifaschisten unseres Landes jedenfalls dürfen in ihrem Widerstand keinesfalls nachlassen.

SS-Treffen von Innenministern gedeckt

Zu Pfingsten wollen sich in Bad Hersfeld wieder die Angehörigen der faschistischen Waffen-SS treffen, diesmal allem Anschein nach mehr denn je verstärkt durch Abordnungen der militanten neuen Nazis. Bei Redaktionsschluß zeigten sich die Innenministerien des Bundes und des Landes Hessen entschlossen, den Nazis die Durchführung ihres Treffens zu sichern.

In einer Erklärung gegenüber Organisationen von Naziverfolgten aus verschiedenen europäischen Ländern äußerte sich Friedrich Zimmermann unter anderem so: „(...) liegen hier keine Anhaltspunkte vor, daß Veranstalter oder Teilnehmer anläßlich des Treffens strafbare Handlungen begehen oder gegen sonstige gesetzliche Bestimmungen verstoßen werden. Insofern eröffnen weder das Grundgesetz noch andere Rechtsvorschriften die Möglichkeit, die Veranstaltung in Bad Hersfeld zu verbieten.“

Hessens Innenminister Günther (SPD) ließ verlauten, auch die Landesregierung sehe „noch keine rechtliche Möglichkeit“, das SS-Treffen zu unterbinden. Sie könne „nach dem bisherigen Erkenntnisstand“ nicht nachweisen, daß hier die NS-Gewaltherrschaft „in strafbarer Weise“ verherrlicht oder verharmlost werde...

Wir erneuern unseren Aufruf an unsere Leser in der Umgegend Bad Hersfelds,besonders in Hessen, sich an den Protestaktionen gegen die Versammlung zu beteiligen. Am Pfingstsamstag um 11.00 Uhr beginnt die Demonstration des DGB und anderer antifaschistischer Organisationen auf dem LOMO-Parkplatz am Stadteingang.

Arbeiter gegen Hitler

(Teil 2)

Um den Versuch der Neuorganisierung gewerkschaftlicher Arbeit im „Dritten Reich“ geht es im 2. Teil unserer Serie.

Es konnte nicht darüber hinweggesehen werden, daß Millionen von Menschen in den letzten Jahren mit neuen Vorstellungen und Schlagworten der Nazis beeinflußt wurden. Außerdem schufen sich die Nazis Tatsachen und Beweise, daß wieder die Arbeitslosigkeit zurückging. Das hatte große Wirkung und darf uns nicht dazu verleiten, die Wirkung der gewerkschaftlichen Widerstandsaktivitäten gegen die Faschisten auf die breite Masse zu überschätzen. Keiner kann leugnen, daß der Widerstandskampf der deutschen Arbeiter nicht die entscheidende Rolle gespielt hat, die ihr ja eigentlich zukommen müßte. Wie wir heute wissen, kamen die entscheidenden Kräfte von außen und nicht von innen. Doch hierum geht es in diesem Zusammenhang nicht so sehr, als vielmehr darum, den äußerst schwierigen gewerkschaftlichen Widerstandskampf zu würdigen und Lehren daraus zu ziehen.

So mußten die Kollegen in den Betrieben damals lernen, in der Sprache zu reden, die der Situation der neuen Gegebenheiten im Hitler-Faschismus entsprach. Man mußte daran anknüpfen, um eine Diskussion über gewerkschaftliche Fragen zu realisieren. Richtig war auch, daß man die Arbeiter, der von den Nazis irregeführt wurde, nicht mit den braunen Horden von SA und SS auf eine gleiche Stufe stellen durfte. Um den Arbeiter zu gewinnen, mußte man genaue Kenntnis über die Mentalität bekommen. Man mußte aber auch vor allen Dingen den Unterschied der in der Stimmung der Betriebsarbeiterschaft und in der Möglichkeit ihres Kampfes gegenüber der legalen Zeit vor der Machtergreifung liegt, erkennen und daraus die Schlußfolgerungen für die Gewerkschaftsarbeit ziehen.

Man mußte lernen, die legalen und die illegalen gewerkschaftlichen Kämpfe optimal miteinander zu verbinden. Dies war nicht leicht und war auch mit einigen Fehlern behaftet. Zwei Abweichungen von der erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit im Faschismus mußten vermieden werden.

Die Ablehnung des illegalen Gewerkschaftskampfes oder die Herabminderung seiner Rolle und Bedeutung sowie Versuche, seine alte traditionelle Zielrichtung zu schmälern, andererseits die Ablehnung der Gewerkschaftsarbeit in den faschistischen Massenorganisationen und der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, das Unvermögen, eine konsequente gewerkschaftliche Taktik den besonderen Verhältnissen des Hitler-Faschismus anzupassen. Diese Abweichungen wurden nicht schicksalhaft von der faschistischen Diktatur erzeugt, sondern waren Ausdruck des Einflusses Hitlers auf die Arbeiterbewegung. Dieser Einfluß mußte unbedingt bekämpft werden. Insofern durften auch die Gewerkschafter keine neutrale Haltung einnehmen. Die Neutralität der Gewerkschaften, in der alles Parteipolitische herausgehalten wird, durfte nicht zu einem Prinzip erhoben werden. Nur der Kampf für die Überwindung des faschistischen Systems konnte die Widerherstellung freier Gewerkschaften garantieren.

Die Legalisierungsversuche der Gewerkschaftsarbeit durften dabei auch nicht in der DAF dazu führen, auf die Aufgabe des Sturzes der Hitler-Regierung zu verzichten und sich auf den Kampf um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Belegschaften beschränken. Viele Gewerkschafter, die vor der Machtergreifung noch aktiv waren, schwankten, resignierten oder stumpften ab. Es waren aber immer noch genug, die energisch begannen, Verbindungen zu knüpfen und im Kleinen illegale Gewerkschaftsgruppen aufzubauen, mit deren Hilfe die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen innerhalb der Betriebe ausgenutzt werden sollten. Oftmals geschah dies über Verbindungsleute, die zwar ihre Kontakte zu den „Illegalen“ vor den Kollegen verschwiegen, aber selbst als zuverlässige und vertrauenswürdige Kollegen anerkannt waren.

Die besten und standhaftesten Kollegen versuchten in den schwierigsten Zeiten der Illegalität an der Seite der Arbeiterschaft zu stehen und ihr zu helfen, diese schweren Zeiten zu überwinden und die Verluste in den eigenen Reihen durch neue Kräfte wieder auszugleichen.

Man mußte an die Stimmungen der Arbeiter anknüpfen. So war es z.B. nach der Machtergreifung in Deutschland eher möglich, eine Betriebsbewegung gegen die hohen Dividenden und Direktorengehälter als für eine Lohnerhöhung zu entfachen. Das war neu und mußte aufgegriffen werden. In diesem Zusammenhang konnte durch die Schürung der Unzufriedenheit auch eine Diskussion für die Lohnerhöhung begonnen werden.

Fortsetzung im nächsten „Roten Morgen“

Todesschütze von Gauting vor Gericht

Der Polizist, der in Gauting den 14jährigen Jürgen Bergbauer erschoß, muß vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage beim Landgericht München.

In einer Pressemitteilung heißt es, die Einlassung des Todesschützen, der erste — tödliche — Schuß habe sich versehentlich gelöst, sehe man „als widerlegt an“. Im Klartext: Auch die Staatsanwaltschaft weiß, daß der Mann gelogen hat.

Weiter heißt es: „Sie (die Staatsanwaltschaft) ist der Auffassung, daß der Angeklagte irrtümlich einen Angriff Jürgen Bergbauers angenommen haben mag, daß er aber die vermeintlich gebotenen Verteidigung überschritten hat.“ Das ist sicherlich immer noch ein unzulässiges Zugeständnis. Wie soll sich der Polizist wohl von dem Jungen bedroht gefühlt haben, der in da aus dem Haus heraus ansah, der nur um weniges die Höhe des Fensterbretts überragte?

Immerhin: Jetzt ist die Anklage „wegen eines Verbrechens des Totschlags“ gestellt. Wir fordern die strengste Verurteilung des Todesschützen, gegen den nun auch das fällige Disziplinarverfahren eingeleitet wurde, das darüber entscheidet, ob er im Polizeidienst verbleibt.

Wir fordern darüberhinaus Maßnahmen zur Abrüstung der Polizeitruppen. Nicht immer mehr Bürgerkriegs- und Kriegswaffen. Sondern weg mit all diesen Waffen, die eine Bedrohung für die Bürger darstellen und die gezielt deshalb eingeführt werden, um in Zukunft den demokratischen und revolutionären Protest der Bevölkerung besser im Zaum halten und niederschlagen zu können.

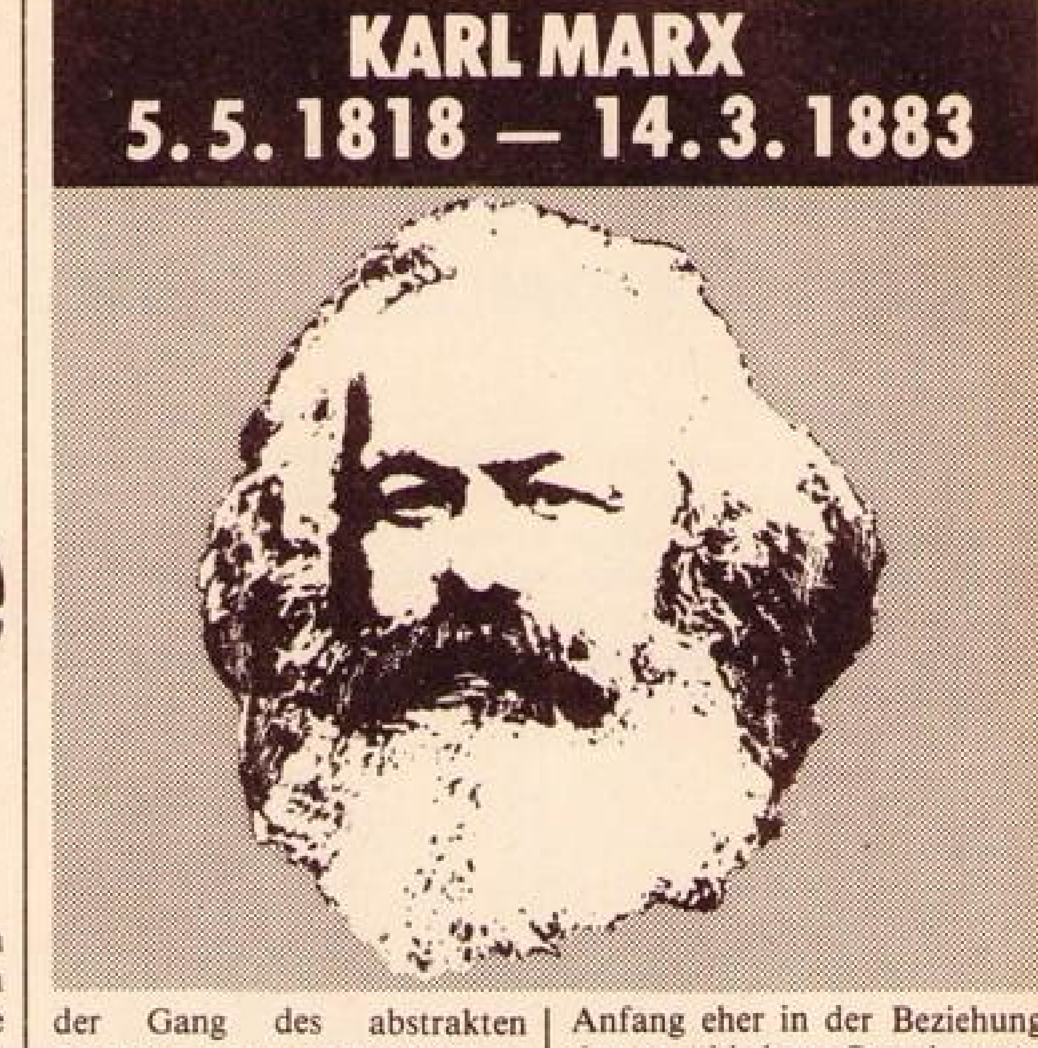
Texte zum Karl-Marx-Jahr

Karl Marx:

Die Methode der politischen Ökonomie

aus: Einleitung von „Zur Kritik der politischen Ökonomie" (Aus dem handschriftlichen Nachlaß über Ökonomie von 1867 - 1858)

KARL MARX
5.5.1818 — 14.3.1883



Wenn wir ein gegebnes Land politisch-ökonomisch betrachten, so beginnen wir mit seiner Bevölkerung, ihrer Verteilung in Klassen, Stadt, Land, See, den verschiedenen Produktionszweigen, Aus- und Einfuhr, jährlicher Produktion und Konsumtion, Warenpreisen etc.

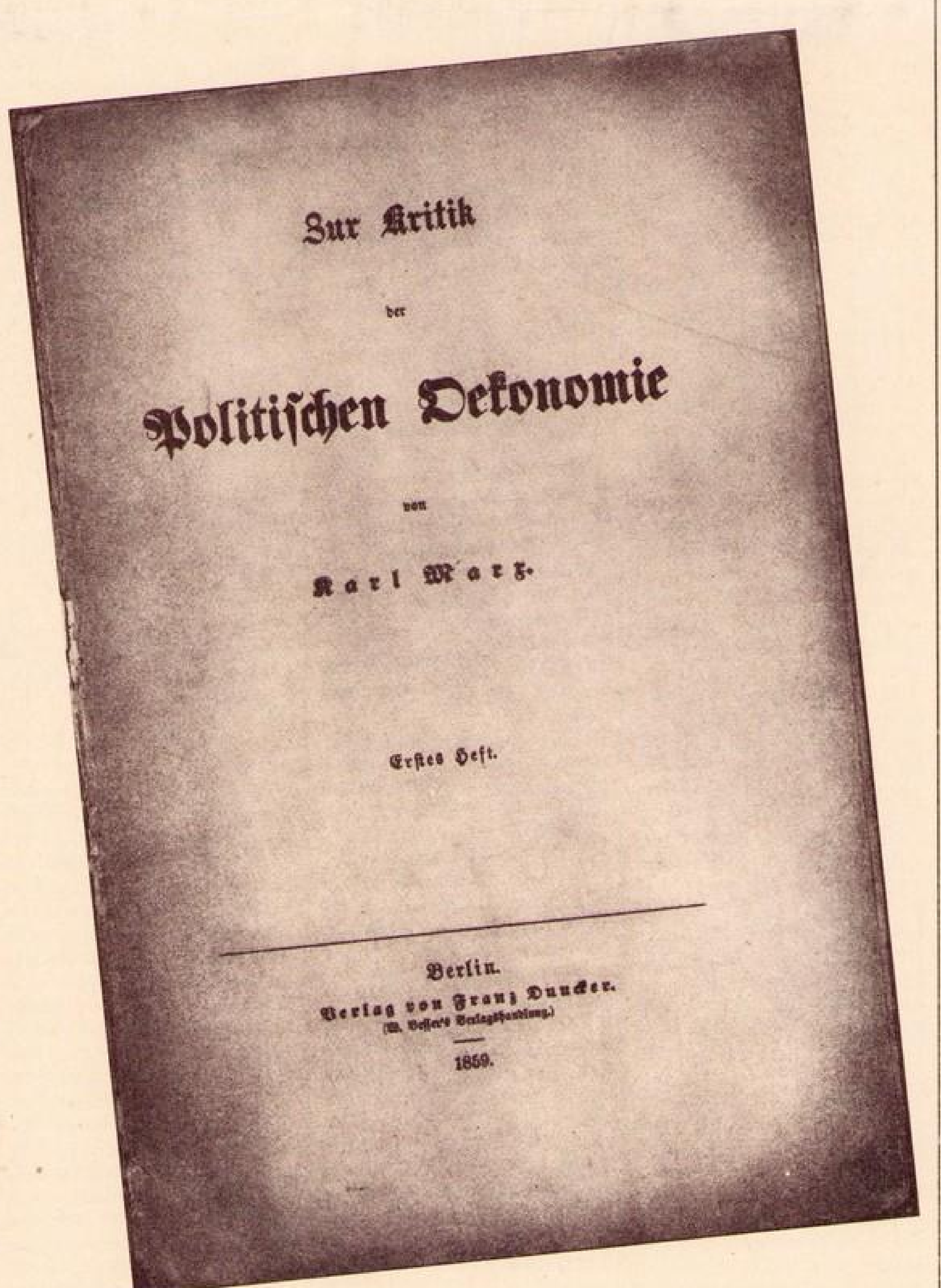
Es scheint das Richtige zu sein, mit dem Realen und Konkreten, der wirklichen Voraussetzung zu beginnen, also z.B. in der Ökonomie mit der Bevölkerung, die die Grundlage und das Subjekt des ganzen gesellschaftlichen Produktionsakts ist. Indes zeigt sich dies bei näherer Betrachtung [als] falsch. Die Bevölkerung ist eine Abstraktion, wenn ich z.B. die Klassen, aus denen sie besteht, weglasse. Diese Klassen sind wieder ein leeres Wort, wenn ich die Elemente nicht kenne, auf denen sie beruhn, z.B. Lohnarbeit, Kapital etc. Diese unterstellen Austausch, Teilung der Arbeit, Preise etc. Kapital z.B. ohne Lohnarbeit ist nichts, ohne Wert, Geld, Preis etc. Finge ich also mit der Bevölkerung an, so wäre das eine chaotische Vorstellung des Ganzen und durch nähere Bestimmung würde ich analytisch immer mehr auf einfachere Begriffe kommen; von dem vorgestellten Konkreten auf immer dünnere Abstrakta, bis ich bei den einfachsten Bestimmungen angelangt wäre. Von da wäre nun die Reise immer wieder rückwärts anzutreten, bis ich endlich wieder bei der Bevölkerung anlangte, diesmal aber nicht als bei einer chaotischen Vorstellung des Ganzen, sondern als einer reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen. Der erste Weg ist der, den die Ökonomie in ihrer Entstehung geschichtlich genommen hat. Die Ökonomen des 17. Jahrhunderts z.B. fangen immer mit dem lebendigen Ganzen, der Bevölkerung, der Nation, Staat, mehreren Staaten etc an; sie enden aber immer damit, daß sie durch Analyse einige bestimmende abstrakte, allgemeine Beziehungen, wie Teilung der Arbeit, Geld, Wert etc. herausfinden. Sobald diese einzelnen Momente mehr oder weniger fixiert und abstrahiert waren, begannen die ökonomischen Systeme, die von dem einfachen, wie Arbeit, Teilung der Arbeit, Bedürfnis, Tauschwert, aufsteigen bis zum Staat, Austausch der Nationen und Weltmarkt. Das letztre ist offenbar die wissenschaftlich richtige Methode. Das Konkrete ist konkret, weil es die Zusammenfassung vieler Bestimmungen ist, also Einheit des Mannigfaltigen. Im Denken erscheint es daher als Prozeß der Zusammenfassung, als Resultat, nicht als Ausgangspunkt, obgleich es der wirkliche Ausgangspunkt und daher auch der Ausgangspunkt der Anschauung und der Vorstellung ist. Im ersten Weg wurde die volle Vorstellung zu abstrakter Bestimmung verflüchtigt; im zweiten führen die abstrakten Bestimmungen zur Reproduktion des Konkreten im Weg des Denkens. Hegel geriet daher auf die Illusion, das Reale als Resultat des sich in sich zusammenfassenden, in sich vertiefenden und aus sich selbst bewegenden Denkens zu fassen, während die Methode, vom Abstrakten zum Konkreten aufzusteigen, nur die Art für das Denken ist, sich das Konkrete anzueignen, es als ein geistig Konkretes zu reproduzieren. Keineswegs aber der Entstehungsprozeß des Konkreten selbst. Z.B. die einfachste ökonomische Kategorie, sage z.B. Tauschwert, unterstellt Bevölkerung, Bevölkerung, produzierend in bestimmten Verhältnissen; auch gewisse Sorte von Familien- oder Gemeinde- oder Staatswesen etc. Er kann nie existieren außer als abstrakte, *einseitige* Beziehung eines schon gegebnen konkreten, lebendigen Ganzen. Als Kategorie führt dagegen der Tauschwert ein antediluvianisches Dasein. Für das Bewußtsein daher — und das philosophische Bewußtsein ist so bestimmt —, dem das begreifende Denken der wirkliche Mensch und daher die begriffne Welt als solche erst das Wirkliche ist, erscheint daher die Bewegung der Kategorien als der wirkliche Produktionsakt — der leider nur einen Anstoß von außen erhält — , dessen Resultat die Welt ist; und dies ist — dies ist aber wieder eine Tautologie — soweit richtig, als die konkrete Totalität als Gedankentotalität als Gedankenkonkretum, in fact ein Produkt des Denkens, des Begreifens ist; keineswegs aber des außer oder über der Anschauung und Vorstellung denkenden und sich selbst gebärenden Begriffs, sondern der Verarbeitung von Anschauung und Vorstellung in Begriffe. Das Ganze, wie es im Kopfe als Gedankenganzes erscheint, ist ein Produkt des denkenden Kopfes, der sich die Welt in der ihm einzig möglichen Weise aneignet, einer Weise, die verschieden ist von der künstlerischen, religiösen, praktischgeistigen Aneignung dieser Welt. Das reale Subjekt bleibt nach wie vor außerhalb des Kopfes in seiner Selbstständigkeit bestehn; solange sich der Kopf nämlich nur spekulativ verhält, nur theoretisch. Auch bei der theoretischen Methode daher muß das Subjekt, die Gesellschaft, als Voraussetzung stets der Vorstellung vorschweben.

Aber haben diese einfachen Kategorien nicht auch eine unabhängige historische oder natürliche Existenz vor den konkretern? Ca dépend. (Das kommt darauf an.) Z.B. Hegel fängt die Rechtsphilosophie richtig mit dem Besitz an, als der einfachsten rechtlichen Beziehung des Subjekts. Es existiert aber kein Besitz vor der Familie oder Herrschafts- und Knechtsverhältnissen, die viel konkretere Verhältnisse sind. Dagegen wäre es richtig, zu sagen, daß Familien, Stammesgesetze existieren, die nur noch *besitzen*, nicht *Eigentum* haben. Die einfachere Kategorie erscheint also als Verhältnis einfacher Familien oder Stammgenossenschaften im Verhältnis zum Eigentum. In der höheren Gesellschaft erscheint sie als das einfachere Verhältnis einer entwickelteren Organisation. Das konkrete Substrat, dessen Beziehung der Besitz ist, ist aber immer vorausgesetzt. Man kann sich einen einzelnen Wilden besitzend vorstellen. Dann ist aber der Besitz kein Rechtsverhältnis. Es ist unrichtig, daß der Besitz sich historisch zur Familie entwickelt. Er unterstellt vielmehr immer diese „konkrete Rechtskategorie". Indes bliebe dann immer soviel, daß die einfachen Kategorien Ausdruck von Verhältnissen sind, in denen das unentwickelte Konkrete sich realisiert haben mag, ohne noch die vielseitigere Beziehung oder Verhältnis, das in der konkretern Kategorie geistig ausgedrückt ist, gesetzt zu haben; während das entwickeltere Konkrete dieselbe Kategorie als ein untergeordnetes Verhältnis beibehält. Geld kann existieren und hat historisch exisitiert, ehe Kapital existierte, ehe Banken existierten, ehe Lohnarbeit existierten etc. Nach dieser Seite hin kann also gesagt werden, daß die einfachre Kategorie herrschende Verhältnisse eines unentwickelten Ganzen oder untergeordnete Verhältnisse eines entwickeltern Ganzen ausdrücken kann, die historisch schon Existenz hatten, ehe das Ganze sich nach der Seite entwickelte, die in einer konkretern Kategorie ausgedrückt ist. Insofern entspräche der Gang des abstrakten Denkens, das vom Einfachsten zum Kombinierten aufsteigt, dem wirklichen historischen Prozeß.

Andererseits kann gesagt werden, daß es sehr entwickelte, aber doch historisch unreifere Gesellschaftsformen gibt, in denen die höchsten Formen der Ökonomie, z.B. Kooperation, entwickelte Teilung der Arbeit etc., stattfinden, ohne daß irgendein Geld existiert, z.B. Peru. Auch bei den slawischen Gemeinwesen tritt das Geld und der es bedingende Austausch nicht oder wenig innerhalb der einzelnen Gemeinwesen hervor, sondern an ihrer Grenze, im Verkehr mit andren, wie es denn überhaupt falsch ist, den Austausch mitten in die Gemeinwesen zu setzen als das ursprünglich konstituierende Element. Er tritt vielmehr im Anfang eher in der Beziehung der verschiednen Gemeinwesen aufeinander, als für die Mitglieder innerhalb eines und desselben hervor. Ferner: Obgleich das Geld sehr früh und allseitig eine Rolle spielt, so ist es im Altertum doch als herrschendes Element nur einseitig bestimmten Nationen, Handelsnationen zugewiesen. Und selbst im gebildetsten Altertum, bei Griechen und Römern, erscheint seine völlige Entwicklung, die in der modernen bürgerlichen Gesellschaft vorausgesetzt ist, nur in der Periode ihrer Auflösung. Also diese ganz einfache Kategorie erscheint in ihrer Intensivität nicht historisch als in den entwickelsten Zuständen der Gesellschaft. Keineswegs alle ökonomischen Verhältnisse durchwatend. Z.B. im Römischen Reich, in seiner größten Entwicklung, blieb Naturalsteuer und Naturallieferung Grundlage. Das Geldwesen eigentlich nur vollständig dort entwickelt in der Armee. Es ergriff auch nie das Ganze der Arbeit. So, obgleich die einfachre Kategorie historisch existiert haben mag vor der konkretern, kann sie in ihrer völligen intensiven und extensiven Entwicklung grade einer kombinierten Gesellschaftsform angehören, während die konkretere in einer wenig entwickelten Gesellschaftsform völliger entwickelt war.

Arbeit scheint eine ganz einfach Kategorie. Auch die Vorstellung derselben in dieser Allgemeinheit — als Arbeit überhaupt — ist uralt. Dennoch, ökonomisch in dieser Einfachheit gefaßt, ist „Arbeit" eine ebenso moderne Kategorie wie die Verhältnisse, die diese einfache Abstraktion erzeugen. Das Monetarsystem z.B. setzt den Reichtum noch ganz objektiv, als Sache außer sich im Geld. Gegenüber diesem Standpunkt war es ein großer Fortschritt, wenn das Manufaktur- oder kommerzielle System aus dem Gegenstand in die subjektive Tätigkeit — die kommerzielle und Manufakturarbeit — die Quelle des Reichtums setzt, aber immer noch bloß diese Tätigkeit selbst in der Begrenztheit als geldmachend auffaßt. Diesem System gegenüber das physiokratische, das eine bestimmte Form der Arbeit — die Agrikultur — als die Reichtum schaffende setzt, und das Objekt selbst nicht mehr in der Verkleidung des Geldes, sondern als Produkt überhaupt, als allgemeines Resultat der Arbeit. Dieses Produkt noch der Begrenztheit der Tätigkeit gemäß als immer noch naturbestimmtes Produkt — Agrikulturprodukt, Erdprodukt par excellence.

Es war ein ungeheurer Fortschritt von Adam Smith, jede Bestimmtheit der Reichtum zeu-

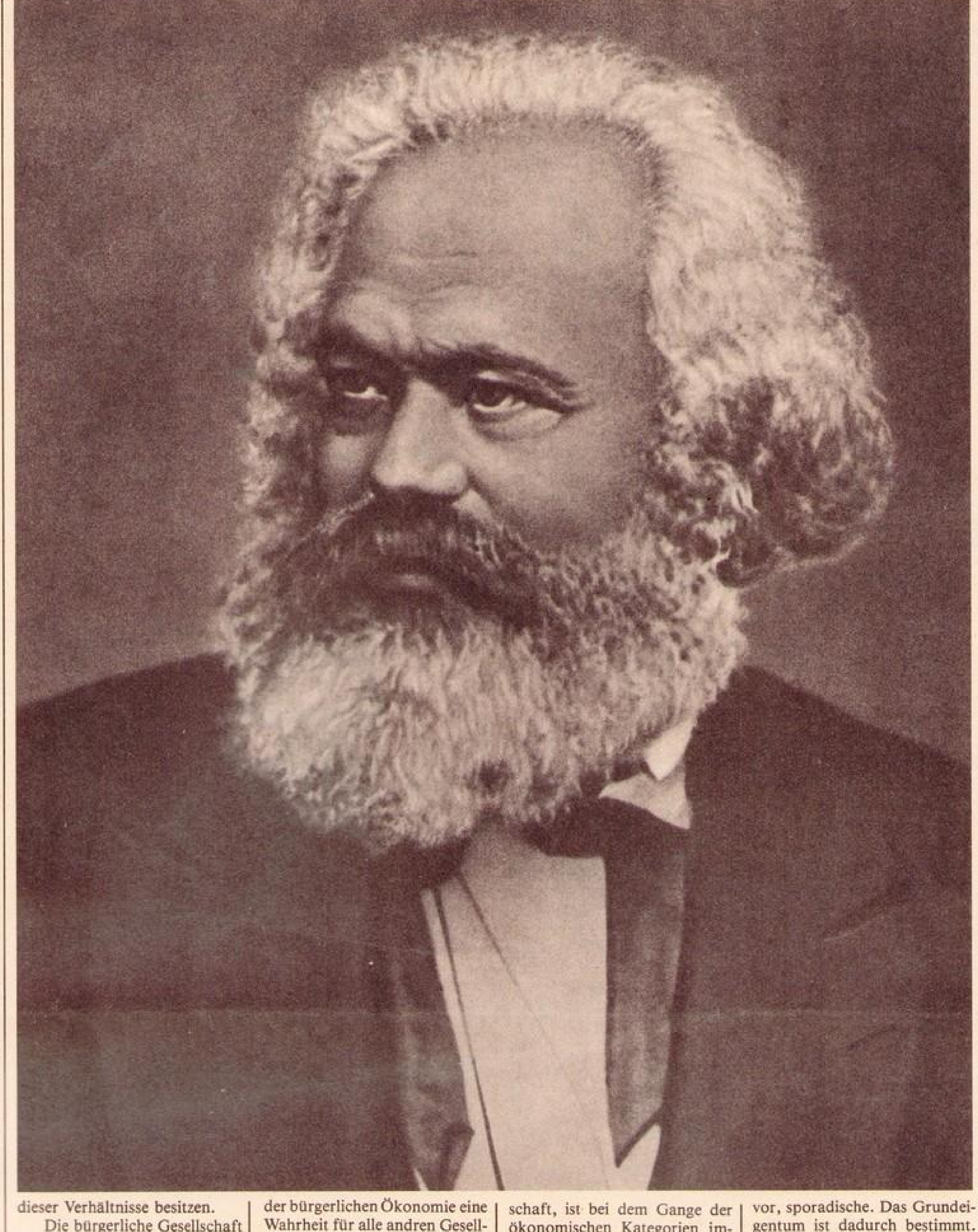


Zur Kritik
der
Politischen Oekonomie
von
Karl Marx.

Erstes Heft.

Berlin.
Verlag von Franz Duncker.
(W. Besser's Verlagshandlung.)
1859.

genden Tätigkeit fortzuwerfen — Arbeit schlechthin, weder Manufaktur, noch kommerzielle, noch Agrikulturarbeit, aber sowohl die eine wie die andere. Mit der abstrakten Allgemeinheit der Reichtum schaffenden Tätigkeit nun auch die Allgemeinheit des als Reichtum bestimmten Gegenstandes, Produkt überhaupt, oder wieder Arbeit überhaupt, aber als vergangne, vergegenständlichte Arbeit. Wie schwer und groß dieser Übergang, geht daraus hervor, wie Adam Smith selbst noch von Zeit zu Zeit wieder in das physiokratische System zurückfällt. Nun könnte es scheinen, als ob damit nur der abstrakte Ausdruck für die einfachste und urälteste Beziehung gefunden, worin die Menschen — sei es in welcher Gesellschaftsform immer — als produzierend auftreten. Das ist nach einer Seite hin richtig. Nach der andren nicht. Die Gleichgültigkeit gegen eine bestimmte Art der Arbeit setzt eine sehr entwickelte Totalität wirklicher Arbeitsarten voraus, von denen keine mehr die alles beherrschende ist. So entstehn die allgemeinsten Abstraktionen überhaupt nur bei der reichsten konkreten Entwicklung, wo eines vielen gemeinsam erscheint, allen gemein. Dann hört es auf, nur in besondrer Form gedacht werden zu können. Andrerseits ist diese Abstraktion der Arbeit überhaupt nicht nur das geistige Resultat einer konkreten Totalität von Arbeiten. Die Gleichgültigkeit gegen die bestimmte Arbeit entspricht einer Gesellschaftsform, worin die Individuen mit Leichtigkeit aus einer Arbiet in die andere übergehn und die bestimmte Art der Arbeit ihnen zufällig, daher gleichgültig ist. Die Arbeit ist hier nicht nur in der Kategorie, sondern in der Wirklichkeit als Mittel zum Schaffen des Reichtums überhaupt geworden und hat aufgehört, als Bestimmung mit den Individuen in einer Besonderheit verwachsen zu sein. Ein solcher Zustand ist am entwickelsten in der modernsten Daseinsform der bürgerlichen Gesellschaften — den Vereinigten Staaten. Hier also wird die Abstraktion der Kategorie „Arbeit", „Arbeit überhaupt", Arbeit sans phrase, der Ausgangspunkt der modernen Ökonomie, erst praktisch wahr. Die einfachste Abstraktion also, welche die moderne Ökonomie an die Spitze stellt und die eine uralte und für alle Gesellschaftsformen gültige Beziehung ausdrückt, erscheint doch nur in dieser Abstraktion praktisch wahr als Kategorie der modernsten Gesellschaft. Man könnte sagen, was in den Vereinigten Staaten als historisches Produkt, erscheine bei den Russen z.B. — diese Gleichgültigkeit gegen die bestimmte Arbeit — als naturwüchsige Anlage. Allein einmal verteufelter Unterschied, ob Barbaren Anlage haben, zu allem verwandt zu werden, oder ob Zivilisierte sich selbst zu allem verwenden. Und dann entspricht praktisch bei den Russen dieser Gleichgültigkeit gegen die Bestimmtheit der Arbeit das traditionelle Festgerittensein in eine ganz bestimmte Arbeit, woraus sie nur durch Einflüsse von außen herausgeschleudert werden.



Dies Beispiel der Arbeit zeigt schlagend, wie selbst die abstraktesten Kategorien, trotz ihrer Gültigkeit — eben wegen ihrer Abstraktion — für alle Epochen, doch in der Bestimmtheit dieser Abstraktion selbst ebensosehr das Produkt historischer Verhältnisse sind und ihre Vollgültigkeit nur für und innerhalb dieser Verhältnisse besitzen.

Die bürgerliche Gesellschaft ist die entwickeltste und mannigfaltigste historische Organisation der Produktion. Die Kategorien, die ihre Verhältnisse ausdrücken, das Verständnis ihrer Gliederung, gewährt daher zugleich Einsicht in die Gliederung und die Produktionsverhältnisse aller der untergegangenen Gesellschaftsformen, mit deren Trümmern und Elementen sie sich aufgebaut, von denen teils noch unüberwundne Reste sich in ihr fortschleppen, bloße Andeutungen sich zu ausgebildeten Bedeutungen entwickelt haben etc. Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen. Die Andeutungen auf Höhrers in den untergeordneten Tierarten können dagegen nur verstanden werden, wenn das Höhere selbst schon bekannt ist. Die bürgerliche Ökonomie liefert so den Schlüssel zur antiken etc. Keineswegs aber in der Art der Ökonomen, die alle historischen Unterschiede verwischen und in allen Gesellschaftsformen die bürgerlichen sehen. Man kann Tribut, Zehnten etc. verstehn, wenn man die Grundrente kennt. Man muß sie aber nicht identifizieren. Da ferner die bürgerliche Gesellschaft selbst nur eine gegensätzliche Form der Entwicklung, so werden Verhältnisse frührer Formen oft nur ganz verkümmert in ihr anzutreffen sein, oder gar travestiert. Z.B. Gemeindeeigentum. Wenn daher wahr ist, daß die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie eine Wahrheit für alle andren Gesellschaftsformen besitzen, so ist das nur cum grano salis (*in ganz bestimmter Richtung*) zu nehmen. Sie können dieselben entwickelt, verkümmert, karikiert etc. enthalten, immer in wesentlichem Unterschied. Die sogenannte historische Entwicklung beruht überhaupt darauf, daß die letzte Form die vergangnen als Stufen zu sich selbst betrachtet und, da sie selten und nur unter ganz bestimmten Bedingungen fähig ist, sich selbst zu kritisieren — es ist hier natürlich nicht von solchen historischen Perioden die Rede, die sich selbst als Verfallzeit vorkommen —, sie immer einseitig auffaßt. Die christliche Religion war erst fähig, zum objektiven Verständnis der frühern Mythologien zu verhelfen, sobald ihre Selbstkritik zu einem gewissen Grad sozusagen *der Möglichkeit nach* fertig war. So kam die bürgerliche Ökonomie erst zum Verständnis der feudalen, antiken, orientalen, sobald die Selbstkritik der bürgerlichen Gesellschaft begonnen. Soweit die bürgerliche Ökonomie nicht mythologisierend sich rein identifiziert mit dem Vergangnen, glich ihre Kritik der frühern, namentlich der feudalen, mit der sie noch direkt zu kämpfen hatte, der Kritik, die das Christentum am Heidentum, oder auch der Protestantismus am Katholizismus ausübte.

Wie überhaupt bei jeder historischen, sozialen Wissenschaft, ist bei dem Gange der ökonomischen Kategorien immer festzuhalten, daß, wie in der Wirklichkeit, so im Kopf, das Subjekt, hier die moderne bürgerliche Gesellschaft, gegeben ist, und daß die Kategorien daher Daseinsformen, Existenzbestimmungen, oft nur einzelne Seiten dieser bestimmten Gesellschaft, dieses Subjekts, ausdrücken, und daß sie daher *auch wissenschaftlich* keineswegs da erst anfängt, wo nun von ihr *als solcher* die Rede ist. Dies festzuhalten, weil es gleich über die Einteilung Entscheidendes zur Hand gibt. Z.B. nichts scheint naturgemäßer, als mit der Grundrente zu beginnen, dem Grundeigentum, da es an die Erde, die Quelle aller Produktion und allen Daseins, gebunden ist, und an die erste Produktionsform aller einigermaßen befestigten Gesellschaften — die Agrikultur. Aber nichts wäre falscher. In allen Gesellschaftsformen ist es eine bestimmte Produktion, die allen übrigen, und deren Verhältnisse daher auch allen übrigen, Rang und Einfluß anweist. Es ist eine allgemeine Beleuchtung, worin alle übrigen Farben getaucht sind und [die] sie in ihrer Besonderheit modifiziert. Es ist ein besonderer Äther, der das spezifische Gewicht alles in ihm hervorstehenden Daseins bestimmt. Z.B. bei Hirtenvölkern. (Bloße Jäger- und Fischervölker liegen außer dem Punkt, wo die wirkliche Entwicklung beginnt.) Bei ihnen kömmt gewisse Form des Ackerbaus vor, sporadische. Das Grundeigentum ist dadurch bestimmt. Es ist gemeinsames und hält diese Form mehr oder minder bei, je nachdem, ob diese Völker mehr oder minder noch an ihrer Tradition festhalten, z.B. das Gemeineigentum der Slawen. Bei Völkern von festsitzendem Ackerbau — dies Festsitzen schon große Stufe —, wo dieser vorherrscht wie bei den Antiken und Feudalen, hat selbst die Industrie und ihre Organisation und die Formen des Eigentums, die ihr entsprechen, mehr oder minder grundeigentümlichen Charakter, ist entweder ganz von ihm abhängig wie bei den ältern Römern oder, wie im Mittelalter, ahmt die Organisation des Landes in der Stadt und in ihren Verhältnissen nach. Das Kapital selbst im Mittelalter — soweit es nicht reines Geldkapital ist — als traditionelles Handwerkszeug etc. etc. hat diesen grundeigentümlichen Charakter. In der bürgerlichen Gesellschaft ist es umgekehrt. Die Agrikultur wird mehr und mehr ein bloßer Industriezweig und ist ganz vom Kapital beherrscht. Ebenso die Grundrente. In allen Formen, worin das Grundeigentum herrscht, die Naturbeziehung noch vorherrschend. In denen, wo das Kapital herrscht, das gesellschaftlich, historisch geschaffne Element. Die Grundrente kann nicht verstanden werden ohne das Kapital. Das Kapital aber wohl ohne die Grundrente. Das Kapital ist die alles beherrschende ökonomische Macht der bürgerlichen Gesellschaft. Es muß Ausgangspunkt wie Endpunkt bilden und vor dem Grundeigentum entwickelt werden. Nachdem beide besonders betrachtet sind, muß ihre Wechselbeziehung betrachtet werden.

Es wäre also untubar und falsch, die ökonomischen Kategorien in der Folge aufeinander folgen zu lassen, in der sie historisch die bestimmenden waren. Vielmehr ist ihre Reihenfolge bestimmt durch die Beziehung, die sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben, und die genau das umgekehrte von dem ist, was als ihre naturgemäße erscheint oder der Reihe der historischen Entwicklung entspricht. Es handelt sich nicht um das Verhältnis, das die ökonomischen Verhältnisse in der Aufeinanderfolge verschiedener Gesellschaftsformen historisch einnehmen. Noch weniger um ihre Reihenfolge „in der Idee" (*Proudhon*) (einer verschimmelten Vorstellung der historischen Bewegung). Sondern um ihre Gliederung innerhalb der modernen bürgerlichen Gesellschaft.

Die Reinheit (abstrakte Bestimmtheit), in der die Handelsvölker — Phönizier, Karthaginienser — in der alten Welt erschienen, ist eben durch das Vorherrschen der Agrikulturvölker selbst gegeben. Das Kapital als Handels- oder Geldkapital erscheint eben in dieser Abstraktion, wo das Kapital noch nicht das beherrschende Element der Gesellschaften ist. Lombarden, Juden nehmen dieselbe Stellung gegenüber den Agrikultur treibenden mittelaltrigen Gesellschaften ein.

Als weitres Beispiel der verschiednen Stellung, die dieselben Kategorien in verschiednen Gesellschaftsstufen einnehmen: *joint-stock-companies* (*Aktiengesellschaften*). Erscheinen aber auch im Beginn derselben in den großen privilegierten und mit Monopol versehnen Handelskompanien.

Der Begriff des Nationalreichtums selbst schleicht sich bei den Ökonomen des 17. Jahrhunderts so ein — eine Vorstellung, die noch zum Teil bei denen des 18. fortgeht —, daß bloß für den Staat der Reichtum geschaffen wird, seine Macht aber im Verhältnis zu diesem Reichtum steht. Es war dies noch unbewußt heuchlerische Form, worin sich der Reichtum selbst und die Produktion desselben als Zweck der modernen Staaten ankündigt und sie nur noch als Mittel zur Produktion des Reichtums betrachtet.

Die Einteilung offenbar so zu machen, daß 1. die allgemein abstrakten Bestimmungen, die daher mehr oder minder allen Gesellschaftsformen zukommen, aber im oben auseinandergesetzten Sinn. 2. die Kategorien, die die innre Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft ausmachen und worauf die fundamentalen Klassen beruhn. Kapital, Lohnarbeit, Grundeigentum. Ihre Beziehung zueinander. Stadt und Land. Die drei großen gesellschaftlichen Klassen. Austausch zwischen denselben. Zirkulation. Kreditwesen (privat). 3. Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft in der Form des Staats. In Beziehung zu sich selbst betrachtet. Die „unproduktiven" Klassen. Steuern. Staatsschuld. Öffentlicher Kredit. Die Bevölkerung. Die Kolonien. Auswanderung. 4. Internationales Verhältnis der Produktion. Internationale Teilung der Arbeit. Internationaler Austausch. Aus- und Einfuhr. Wechselkurs. 5. Der Weltmarkt und die Krisen.

Aufmerksamen Lesern des Jugendmagazins der KPD „Roter Rebell" ist Karl Winkler schon bekannt. Im März 1982 veröffentlichte der RR ein längeres Gespräch mit dem 21jährigen, der gerade einige Monate im Westen war. Karl, oder Kalle, wie er genannt wird, war wegen seiner Lieder, seines Engagements für die Friedensbewegung, für seine oppositionelle Haltung in der DDR in Konflikt mit der Staatsgewalt geraten.

Seine Geschichte, die nicht nur die Konfrontation mit Staat und Staatssicherheitsdienst umfaßt, nicht nur die Justiz und die Gefängnisse beschreibt, sondern auch den Alltag eines Jugendlichen in der DDR darstellt, liegt jetzt als Buch vor. Jugendszenen aus Ostberlin.

Die beste Empfehlung für dieses Buch sind einige Leseproben, die wir abdrucken. Die Auswahl hätte auch anders ausfallen können. Wir haben das Vorwort von Kalle ausgewählt, die Beschreibung der Kontaktaufnahme mit Andreas Bortfeldt, den Widerstand gegen die Abschiebung in den Westen, die ersten Eindrücke hier im Westen.

Genau so informativ, detailreich und spannend sind die Beschreibungen der Jugendszene in Ostberlin, der Treffen in Cafes und Kneipen, die Berichte von Auftritten des jungen Liedermachers, die Kontakte zu den Oppositionellen, die Darstellung der Unruhen am Alexanderplatz, die Kalle Winkler miterlebte oder die Freundschaft mit Bettina Wegner, ihre Briefe an Kalle im Knast.

Ein sehr wichtiges Buch, das verstehen hilft, wie es in der DDR zugeht, ein Buch, das viel mehr ist als die Geschichte eines Zwanzigjährigen.



Karl Winkler: „Made in GDR" Jugendszenen aus Ostberlin, Oberbaumverlag, Berlin (West) 1983, 240 Seiten, 19,80 DM.

Solidarität mit Manfred und Andreas

Seit über zwei Jahren sitzen jetzt die beiden kommunistischen Oppositionellen Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeld in den Gefängnissen der DDR. Sie sind zu hohen Haftstrafen verurteilt worden, weil sie für Frieden und Demokratie eingetreten sind, weil sie aktive Solidarität mit ihren polnischen Klassenbrüdern betrieben haben.

Je acht Jahre in den Gefängnissen sollen sie kaputtmachen, soll auf andere abschreckend wirken. Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeld haben ihren politischen Kampf in den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands in der DDR geführt. Einer Partei, die dort das durchsetzen will, was die SED und ihr Bonzenstaat schon lange verraten haben: Arbeitermacht, Frieden und Freiheit.

Schreibt an die Genossen

Jeder Brief, jede Karte, die die Gefangenen erreicht, erleichtert ihnen das Durchhalten im Gefängnis. Und es ist so einfach, von Versammlungen, aus dem Urlaub, von einer Reise oder einfach mal so eine Karte, einen kurzen Brief rüberzusenden. Selbst wenn der eine Brief oder die eine Karte mal nicht an die Gefangenen ausgehändigt wird, immerhin merken dann die Behörden, daß die Genossen Freunde, Bekannte haben, die nicht aufhören werden, mit den beiden solidarisch zu sein, die den Fall überall und immer wieder bekanntmachen werden, bis die Genossen wieder frei sind.



Andreas Bortfeld
Strafvollzugsanstalt
Bauzen
Postschließfach 100-2
8600 Bauzen/DDR



Manfred Wilhelm
Strafvollzugsanstalt
Brandenburg
Postschließfach 66-9
1800 Brandenburg/DDR

Weitere Informationen beim Solidaritätskomitee: H.D. Koch, Geßlerstr. 14, 4600 Dortmund

Karl Winkler: Made in GDR

Jugendszenen aus Ost-Berlin

In der Zeit des KPD-Verbots emigrierten ein Mann und eine Frau aus Westdeutschland in die DDR. Kennengelernt hatten sie sich ein paar Jahre zuvor auf einer Parteischule im Osten. Gemeinsam waren sie dann in die Bundesrepublik übergesiedelt, um dort als KPD-Funktionäre zu arbeiten. Die Frau pendelte zwischen den Zentralen von KPD und SED in Düsseldorf und Ost-Berlin hin und her — Parteikurier. Der Mann wurde, als das Parteiverbot kam, verhaftet, saß eine zeitlang im Gefängnis und mußte nach seiner Freilassung mit erneuter Inhaftierung rechnen. Diskriminierungen bestimmten ohnehin ihren Alltag. So blieb ihnen nichts anderes übrig, als zu gehen — Richtung Osten, in die DDR.

Das war vor 25 Jahren.

Die beiden sind meine Eltern. Ich bin 21 Jahre alt, geboren in der DDR, Sohn kommunistischer West-Emigranten. Vor einem halben Jahr wurde ich freigekauft, nach über einem Jahr Haft in Ost-Berliner und Cottbuser Gefängnissen. Man stellte mich vor die Alternative: harte Diskriminierungen für den Fall meiner Haftentlassung in die DDR oder Ausbürgerung durch Freikauf. Mir blieb nichts anderes übrig — ich ging. Richtung Westen, ins Aufnahmelager Gießen.

Im Westen ist, länger schon als ich, auch mein Vater. Er ist seiner Sache treu geblieben und DKP-Funktionär geworden. General Jaruzelski hält er für einen guten und fähigen Mann. Meine Mutter wurde Redakteurin bei ADN, der staatlichen Nachrichtenagentur der DDR. Sie heiratete nach der Scheidung von meinem Vater den stellvertretenden Leiter des Instituts für physikalische Chemie an der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin. Dieser Mann ist zweifacher Doktor der Naturwissenschaften und war zeitweise Parteisekretär seiner Dienststelle. Enge Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst ist auf diesem Posten selbstverständlich.

Mein Vater, meine Mutter und mein Stiefvater sehen in mir einen Verräter an ihrem Lebenswerk. In ihren Augen rechtfertigt das meine Behandlung mit denselben Methoden, denen sie selbst früher einmal ausgesetzt waren.

Früher ist lange her. Drüben ist aus unten oben geworden. Aus manchen Verfolgten wurden Verfolger. Nicht immer geht das so drastisch zu, liegt die simple Umkehrung von Macht und Ohnmacht so offen zutage wie in meiner Familiengeschichte. Eine Ausnahme bin ich trotzdem nicht. Wie viele Söhne und Töchter hoher Funktionäre sind unter den Ausgestiegenen und Ausgestoßenen in der DDR: Viele laufen mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen" herum und setzen sich den Schikanen der Volkspolizei aus. Einige streifen als Punks durch Ost-Berlin und Leipzig. Andere haben sich in ihre Wohnungen zurückgezogen, wo sie versuchen, in der Gemeinschaft Gleichgesinnter politisch und kulturell anders zu leben. Und immer wieder haben welche den ewigen Grabenkampf satt, sie stellen ihren Ausreiseantrag.

Ich würde gern wissen, was meine und die Eltern dieser anderen sich zu sagen haben, wenn sie auf ihre Kinder zu sprechen kommen. Oder sprecht Ihr gar nicht über uns? Wie lange wollt Ihr noch die Zähne zusammenbeißen und mit uns das machen, was andere früher mit Euch gemacht haben? Hört endlich auf, Euch wegen uns vor euren Genossen zu schämen. Seht Euch nur um in Euren Kreisen, unsere Fälle kommen in so vielen Funktionärsfamilien vor. Wir sind nicht bloß Späne, die beim Hobeln fallen, wir sind die Generation, die Euch fehlen wird. Wenn Ihr nicht aufpaßt, werdet Ihr sehr einsam werden.

★ ★ ★

Selbst in einer so isolierten Situation gab es ein paar Möglichkeiten der Verständigung mit anderen Gefangenen, die in der Zelle nebenan oder darüber saßen. Es war eigentlich einfach. Die Wörter wurden in Buchstaben zerlegt und die Buchstaben Zahlen gleichgesetzt. A war eins, B zwei, C drei usw. Diese Zahlen wurden dann an die Wand geklopft. Zwischen den Buchstaben machten wir eine Pause, worauf der andere zweimal kurz gegen die Wand klopfte als Zeichen, daß er verstanden hatte. Natürlich wurde viel mit Abkürzungen gearbeitet, denn die Posten kamen ja alle zehn Minuten vorbei und schauten in die Zelle. Z. war der längste Buchstabe, da mußte man 26mal hintereinander klopfen oder mitzählen. Die Zahlen wurden langsamer geklopft. Ich gebe mal ein Gespräch wieder, das wir mit der Nachbarzelle hatten. Mit Unterbrechungen dauerte es die halbe Nacht:

„NAME?"

„ANDREAS BORTFELDT UND HENRIK BERNSTEIN."

„WESHALB HIER?"

„SH UND RF (Staatsfeindliche Hetze und Republikflucht)."

„WIE LANGE HIER?"

„A (Andreas 6 WO (6 Wochen) H (Hendrik 5 MON (5 Monate)."

Dann waren wir dran mit den Antworten. Die Posten erwischten uns trotzdem manchmal: „Links, hörnse uff zu klopfen."

Andreas Bortfeldt gehörte der KPD/ML (Sektion DDR) an, die im Untergrund Flugblätter und illegale Zeitungen verbreitet. Er fragte mich z.B., ob ich die Zeitung „Linkskurve" kenne, in der ein Interview mit Bettina Wegner — abgekürzt B.W. — veröffentlicht worden sei. Die beiden hatten genau neben uns Freistunde, und als Andreas Geburtstag hatte, warfen wir ihm, als der Posten nicht aufpaßte, ein paar Bonbons und zwei Zigaretten über die Mauer. Gesehen habe ich ihn niemals.

Das Klopfsystem entwickelten wir zu einer solchen Perfektion, daß wir durch die Wand miteinander Schach spielen konnten. Zuerst wurde der Buchstabe der Figur durchgegeben, dann der Buchstabe des Feldes, dann, langsam, die Zahl des Feldes und dann, nach einer kurzen Pause der Buchstabe und die Zahl des Feldes, wohin die Figur gerückt wird.

Nach einigen Tagen bekamen die Posten das mit: „Hörnse uff, mit der Nachbarzelle Schach zu spielen" — und verlegten, da wir nicht aufhörten, Andreas und Hendrik eine Zelle weiter, so daß nun eine frei Zelle zwischen uns war. Uns blieben nur noch die Guten-Morgen- und Gute-Nacht-Rufe. Man durfte sich nicht erwischen lassen. Wenn einer etwas rief, betätigte der andere die Klospülung. Vorher wurde an der Zellentür gelauscht, ob der Posten in der Nähe herumlief. Man erkannte sie am Stiefelknarren.

Unser Gehör entwickelte sich immer besser, selbst die leisesten Geräusche konnten wir deuten.

Manchmal erwischten uns die Posten trotzdem. Dann schlugen sie mit voller Wucht mit der Faust gegen die Eisentür, daß es nur so dröhnte, und brüllten: „Links" oder „Rechts", je nachdem. Es machte uns nichts mehr aus.

★ ★ ★

Die wollen mich unbedingt loswerden. Aber das ist doch auch mein Land! Die haben doch das Land nicht gepachtet! Und jeder, der geht, hinterläßt eine Lücke. Was werden meine Freunde sagen, falls ich zustimmen sollte und mich auch, wie schon so viele von uns, über die Grenze fahren lasse? Wie viele, die resignierten und weggehen wollten, habe ich überzeugt, dazubleiben.

Kein Musikstudium, keine Auftrittsgenehmigung, Berlin-Verbot, Umgangsverbot, PM 12, Aufenthaltsbeschränkung, Meldepflicht, Arbeitsplatzbindung... Was soll ich dann noch hier? Soll ich den Kühen meine Lieder vorsingen, wenn sie mich auf irgendeinem Dorf verbannen und in eine LPG eingliedern? Verbot, Verbot, Verbot!

Unter solchen Bedingungen kann ich überhaupt nichts mehr machen, und meine Freunde darf ich auch nicht mehr sehen. Isoliert auf einem Dorf leben müssen? Da fahre ich doch gleich wieder ein; das kann und will ich nicht. Also doch raus in den Westen? Aber was soll ich da, da gehöre ich doch nicht hin.

Keiner ist da, mit dem ich darüber reden könnte. Ich habe keine Lust, mein ganzes Leben im Knast zu verbringen. Das ist die einzige Perspektive, die ich hier für mich sehe; es sei denn, ich passe mich an und werde ein ruhiger, braver Bürger. Das kann ich aber nicht mehr nach allem. Ich kann's nicht mehr, selbst wenn ich's wollte.

„Wer abhaut aus dem Osten/der ist auf unsere Kosten/der vor sich selber abgehau'n/...Er ist hinüber, enfant perdu/ach, kluge Kinder sterben früh/von Ost nach West/ein deutscher Fall/...Abgang ist überall." Wolf Biermann.

Haue ich vor mir selber ab, wenn ich gehe? Abgang ist überall. Ich will kein Abgang sein. Aber wie sieht denn hier meine Zukunft aus? Und die machen ihre Drohungen wahr, das weiß ich. Vom Westen aus kann ich wohl mehr machen, als wenn ich auf irgendeinem Dorf unter all den Verboten begraben bin. Aber ich will doch gar nicht weg! Warum lassen die mich nicht leben wie vor meiner Verhaftung?

★ ★ ★

Ich fuhr mit der U-Bahn und den Bus durch die Stadt, die sich zwar auch Berlin nennt, aber doch so ganz anders, verwirrend anders ist. Den Stadtplan hatte ich immer dabei, denn zu Anfang hatte ich überhaupt keinen Durchblick. Ich ging den Ku-Damm entlang, angewidert von der schreienden Reklame, den vielen konsumbesessenen Menschen und der Autoflut. Café Kranzler, Bahnhof Zoo, Gedächtniskirche, Europacenter, alles Namen, die mir geläufig waren, und nun lernte ich kennen, was dahinter steckt. Ich kam mir fremd vor — und allein. Was soll ich hier eigentlich?, dachte ich immer wieder. Was soll ich denn hier im Westen, hier gehöre ich doch gar nicht hin.

Die Hektik in den Straßen war zu Anfang für mich ein Problem. Wohin rennen denn die Leute nur so eilig mit ihren dicken Einkaufstaschen? Ich hatte den Eindruck, daß sich bei den meisten normalen Leuten alles ums Einkaufen dreht. Überall glotze mich die Werbung an. In den Kaufhäusern fühlte ich mich unwohl und war froh, wenn ich wieder draußen war. Ich wußte nicht, wo ich zuerst hinschauen sollte. Alles dreht sich ums Geld. MM, der Sekt mit dem gewissen Extra; Dit — Wertpapieranlage; Voller Geschmack, echter Genuß — Ente 23; Wir haben Ihnen viel zu sagen — Ford; Lets go West; David Computer einmal ganz persönlich; Dreh dir die Würze in den Alltag, schwarze Hand; Mit kleinem Durst zum größten Erfolg — VW Diesel; Philips SC — die unglaublichste Glühbirne; Camaro Z 28-E — erfahren Sie eine neue Zeit; Fürstenberg Pilsner — in der Tat eines der besten Biere der Welt; Neu, Minolta X-700, einfach genial;...

So satt sind die hier.

★ ★ ★

In Westdeutschland ging ich mit Freunden auf die Startbahn-West-Demo. Vorher hatte ich mich gründlich über die Probleme informiert, und dann sah ich den schönen Wald, der für ein offensichtlich sinnloses Projekt, das hauptsächlich militärischen Zwecken dienen wird, geopfert werden soll.

Die Polizei ging mit äußerster Brutalität gegen uns vor. Zum ersten Mal bekam ich westliches Tränengas zu schmecken. Denn hetzten sie uns zwei Kilometer durch den Wald. Über uns kreiste ein Polizeihubschrauber, der sie dirigierte. Neben mir stürzte einer. Es war zu spät, um ihm auszuhelfen, und zu fünft droschen sie auf den am Boden Liegenden ein. Einer so doll, daß ihm der Knüppel trotz Lederschlaufe in hohem Bogen aus der Hand flog.

Dann bildeten wir eine Kette. Die Polizei wollte uns mit ihren Schilden wegschieben. Wir drückten dagegen, und plötzlich droschen sie wieder los. Ich bekam einen Schlag auf den Kopf, was mir nicht viel ausmachte, denn ich hatte eine Helm auf, und meinem Nebenmann wurde mit einem Holzknüppel mit voller Wucht ins Gesicht geschlagen. Sie waren genauso brutal wie die Bullen 1977 auf dem Alexanderplatz. Nicht nur bei dieser Demonstration merkte ich, immer wenn eine Situation auftritt, die den Herrschenden gefährlich werden könnte, wird die sogenannte bürgerliche Demokratie mal schnell für eine Weile außerkraftgesetzt.

Meldungen

Brasilien

Sklaven für VW

Fürchterliche Zustände herrschen auf einer den VW-Werken gehörenden Plantage in Ost-Amazonien in Brasilien. „Wie Sklaven" würden die Arbeiter dort gehalten, sagte der Priester Ricardo Rezende, Mitglied einer Kommission der brasilianischen Bischofskonferenz.

Die Arbeiter, die auf der Plantage rund 56000 Hektar Land urbar machen sollen, werden nach Zeugenberichten „mit Gewalt auf der Plantage festgehalten und von Vorarbeitern geschlagen". Weiterhin heißt es in dem Untersuchungsbericht, Menschen seien umgebracht und in den Fluß geworfen worden.



VW in Brasilien

Die VW-Direktion in São Paulo nahm sich von den Vorwürfen nichts an. Sollten sie sich als richtig herausstellen, könne die Firma dafür nicht verantwortlich gemacht werden, man habe die Auswahl und den Unterhalt der Arbeiter Unterfirmen überlassen.

Südafrika:

Wieder drei Tote im Gefängnis

Wieder sind in Südafrika drei Schwarze in einem Gefängnis „auf bisher ungeklärte Weise" gestorben. In zwei Fällen war der Ort des Geschehens schon wieder das Gefängnis der Polizeistation Dirkiesdorp in Transvaal. Vor einem Monat war hier der Schwarzenführer Saul Mkhize von einem weißen Polizisten erschossen worden.

Jetzt starb am 3. Mai in Dirkiesdorp, 24 Stunden nach seiner Verhaftung, der 38jährige Timothy Manana. Er stand nach Polizeiangaben unter dem Verdacht des Viehdiebstahls. Seltsamerweise starb im gleichen Gefängnis auch der einzige angebliche Zeuge dieser Diebstähle, der 16jährige Zephenia Sibamyone.

Bei den Toten wurden von Angehörigen Verbrennungen an den Handgelenken festgestellt, die auf Folterungen mit Elektroschocks hinweisen. Andere Gefangene berichteten, sie seien von weißen Beamten geschlagen worden, man habe Säcke über den Kopf bekommen und sei mit Elektroschocks gefoltert worden.

Der dritte Todesfall der letzten Zeit traf einen jugendlichen Schwarzen in Darling in der Kap-Provinz. Er starb kurz nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft. Freunde berichteten, er sei bei den Verhören mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen worden.

Chile: „Nationaler Protesttag"

Zwei Demonstranten erschossen

Kurz vor dem 10jährigen Bestehen der Militärdiktatur kam es in Chile zu den bisher größten landesweiten Protestaktionen. Die tiefgehende Wirtschaftskrise — rund 30 Prozent der Bevölkerung sind arbeitslos — und die totale Unterdrückung haben zu den Protestaktionen geführt. Mit diesen Aktionen sollte gegen ein System protestiert werden, das die Bevölkerung „wirtschaftlich, sozial und politisch unterdrückt".



Starke Armeeverbände riegelten ganze Stadtteile von Santiago ab, während die Polizei Razzien durchführte

Zunächst war der Protest von der Gewerkschaft der Bergarbeiter ausgegangen. Sie hatte für den 11. Mai einen 24stündigen Generalstreik ausgerufen. Dann brachten aber die Streitkräfte Pinochets Kanonen und Mörser vor den Minen in Stellung. Die Gewerkschaften zogen den Aufruf zum Generalstreik zurück: „Wir wollen nicht riskieren, daß die gerade erst wieder erstarkten Arbeiterorganisationen bei einer Konfrontation mit dem Militär zerschlagen werden". Man beschloß die Umwandlung des Generalstreiks in einen „Nationalen Protesttag", einen Tag des Ungehorsams.

Dieser Boykottaufruf wurde in vielen Teilen des Landes von der Bevölkerung befolgt. Die Kinder in der Hauptstadt Santiago und in den Bergbaugebieten gingen nicht zur Schule. In vielen Geschäften und Behörden drosselten die Angestellten das Arbeitstempo und in den großen Industriezentren gingen die Arbeiter gemeinsam in stummen Demonstrationen in die Fabriken.

Autokolonnen verschleppten das Verkehrstempo und schoben sich mit Hupkonzerten durch die Innenstädte. In den Ölgebieten von Punta Arenas in Südchile blockierten die Arbeiter die Transporte. Studenten und Anwälte hielten Protestversammlungen in Universitäts- und Gerichtsgebäuden ab.

Zu den schwersten Auseinandersetzungen kam es in den Arbeitervierteln von Santiago, Valpareiso und Conception. In Santiago wurde von der Polizei auch Tränengas eingesetzt und man ging mit Wasserwerfern gegen Demonstranten vor. Was zunächst von den Behörden geleugnet wurde — der Schußwaffengebrauch — wurde auf eine traurige Art bewiesen. Zwei Demonstranten, der 15jährige Viktor Rodriguez und ein 21jähriger starben an Schußverletzungen, die von Polizeikugeln herrührten.

Bei diesen Auseinandersetzungen im Stadtteil Nunoa bei Santiago nahm die Polizei 200 Menschen fest. Und die Reaktionen der Herrschenden gehen noch weiter. So kam es am vergangenen Wochenende zu Razzien in den Arbeitervierteln Joao Goulart und La Victoria von Santiago. Dort wurden nach Angaben aus Kirchenkreisen 130 Personen verschleppt.

Und wieder füllt die Pinochet-Junta auf ihre Art die Stadien der Stadt: mindestens 3000 Personen, darunter sogar 14jährige Jugendliche, sind festgenommen und in die Stadien der Stadt abtransportiert worden. Auch in den Arbeitervierteln San Miguel und La Granja sind mehrere hundert Männer festgenommen und in die Stadien gebracht worden. Auch ihnen wird die Teilnahme an den Demonstrationen der letzten Tage vorgeworfen.

Andauernde Kämpfe in Nicaragua

Die Contras geben nicht auf

Während in der UNO endlos debattiert wird, haben die von den USA unterstützten konterrevolutionären Banden nicht nachgelassen, Überfälle auf Nicaragua zu starten.

Die USA, die jetzt auch mit den Mitteln des Wirtschaftskrieges das Land in Schwierigkeiten bringen wollen, fördern die Aktivitäten der Contras mit allen Mitteln.

Der Verteidigungsminister Nicaraguas, Ortega, teilte in Managua mit, daß nicaraguanische Truppen 500 aus Honduras eingedrungene Soldaten aus der Nordostprovinz Zelaya ins Nachbarland zurücktrieben. Auf beiden Seiten, so Ortega, habe es schwere Verluste gegeben. Die Konterrevolutionäre haben ihre Angriffe vor fünf verschiedenen Grenzübergängen zwischen Nicaragua und Honduras aus geführt.

Neben den Angriffen aus Honduras gärt es auch an der Grenze zu Costa Rica, wo Feinde der sandinistischen Revolution mit mindestens 700 Bewaffneten aus zwölf Lagern her gegen Nicaragua operieren.

Die Kämpfe verlangen vom Volk von Nicaragua große Anstrengungen. Die sowieso schon angespannte Wirtschaftslage verschärft sich durch die großen militärischen Anstrengungen, die das kleine Land gegen seine Feinde unternehmen muß. Am 1. Mai haben sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bereit erklärt, einen Tag pro Monat mit Überstunden ohne Bezahlung für die Versorgung der kämpfenden Truppen zu arbeiten. Neben den vielen Freiwilligen, die die Armee verstärken, ist das ein weiterer Beweis für die breite Unterstützung der Regierung.

Währenddessen diskutieren die Bonner Parteien intensiv ihre Haltung zu Nicaragua. In der SPD ist die Haltung uneinheitlich. Während sich der stellvertretende Parteivorsitzende Wischnewski bei einer Mittelamerikareise gewohnt diplomatisch gab, und ausschließlich Verhandlungen empfahl, gibt es auch Kräfte in der SPD, die die „innere Entwicklung" des Landes zum Vorwand nehmen wollen, um die Friedrich-Ebert-Stiftung z. B. zur Rücknahme ihres Engagements in Nicaragua zu bringen. Es mehren sich aber auch Stimmen, die fordern, man müsse sich offen gegen die US-Politik in Nicaragua stellen.

Ganz anders die CDU/CSU. „Von Moskau gesteuert" ist der Titel einer Stellungnahme des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, im „Bayernkurier". Hier wird voll die US-amerikanische Position unterstützt und die Reagan-Legende von den sowjetischen Hintermännern aufgewärmt. Nicaragua wird nach innen als undemokratisch beschrieben, bedrohe, so Warnke, seine Nachbarländer durch Revolutionsexport, und die westdeutsche Entwicklungshilfe diene nur dazu, die Mittel zu ersetzen, die Nicaragua für „sowjetische, kubanische und libysche Waffen" verbrauche. Diese Verleumdungskampagne soll den vollständigen Stopp jeglicher Hilfe für Nicaragua vorbereiten.



Bei einer Demonstration in Freiburg am 6. Mai. 4000 demonstrierten ihre Solidarität mit Nicaragua.

Seit Anfang Mai ist in der Türkei ein neues Gewerkschaftsgesetz in Kraft. Was die Generalsjunta da beschlossen hat, ist kein Gesetz, daß die Gewerkschaften in ihren Rechten und Möglichkeiten beschneidet, einengt oder knebelt, es ist praktisch ein Gesetz, das gewerkschaftliche Interessenvertretung unmöglich macht.

Junta-Gewerkschaften

Alle Vorschriften, die von Ankara erlassen worden sind, dienen lediglich dazu, Instrumentarien zu schaffen, die den Zielen der faschistischen Staatsmacht dienen sollen.

So stehen die Finanzen dieser Gewerkschaftsorganisationen unter Staatsaufsicht, jegliche politische Tätigkeit ist den Verbänden untersagt. Sie dürfen nicht mit politischen Parteien zusammenarbeiten, keinerlei marxistische Thesen vertreten, es ist ihnen verboten, gegen die Regierung zu opponieren oder gegen die „Einheit der Nation" aufzutreten — was faktisch einem Verbot gleichkommt, für die Belange der Kurden einzutreten.

Zusätzlich hat die Junta noch ein neues Tarifvertragsgesetz erlassen, das jegliche Lohnkämpfe nur unter Regierungskontrolle zuläßt. Zunächst werden in diesem Gesetz alle politischen Streiks, Solidaritätsstreiks, Generalstreiks und Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Dienst, bei Banken, Schulen und Krankenhäusern verboten. Arbeitskämpfe in „streikfähigen" Betrieben dürfen maximal 60 Tage andauern, die Regierung hat aber das Recht, solche Arbeitskämpfe auszusetzen. Nach eventuellen 60 Streiktagen entscheidet unweigerlich ein Vermittlungsausschuß, dem zwei Gewerkschafter, drei Arbeitgeber und vier Regierungsvertreter angehören in letzter Instanz.

Verstöße gegen das Gewerkschafts- und Tarifrecht in der Türkei sollen mit Gefängnisstrafen zwischen sechs und 18 Monaten geahndet werden. Für die Verhältnisse in der Türkei relativ geringe Strafen — die Junta fühlt sich relativ sicher. Denn schon jetzt hat sie Tausende aktive Gewerkschafter gefangengenommen, gefoltert, ermordet, zu hohen langen Strafen verurteilt. Die Massen- und Schauprozesse in der Türkei, die den vielen gemacht werden, die lediglich die elementaren Interessen der Arbeiter vertreten haben, waren die Vorbereitung der Zerschlagung der Gewerkschaften, die neuen Gesetze ein zusätzlicher Schritt. Der Versuch aber — die Interessen der Arbeiter durch von der Junta abhängige Organisationen zu vertreten — wird scheitern.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW

Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbri

Das Boot

Unermüdlich
verkünden die, die etwas zu sagen
haben,
ihre gleichlautende Erkenntnis,
daß wir alle
in einem Boot sitzen.
Es erhebt sich jedoch die Frage,
ob das Vergnügen des Maschinisten
auf der Kreuzfahrt
dem des Passagiers der Luxusklasse
entspricht.

Der Kapitän beteuert,
daß ihm das Wohlergehen aller
gleichermaßen
am Herzen liege.
Speist auch der Maschinist
am Kapitänstisch?

Wenn das Schiff aufgelaufen ist,
müssen wir alle
den Gürtel enger schnallen,
damit das Schiff
wieder flott wird.
Wenn aber jeder
einen Koffer mit Habseligkeiten
über Bord wirft,
steht der Maschinist
nackt da.

Kommt das Schiff
solchermaßen
wieder in Fahrt,
wird der Kapitän verkünden,
daß die Freude
allgemein sei.

Sollte der Maschinist
Überlegungen anstellen,
daß das Schiff
ohne die Luxuskabinen und ihre
Passagiere
mindestens ebensogut
fährt,
wird er feststellen,
daß sich auch die Gerichtsbarkeit
in den Händen des Kapitäns
befindet.

J. W., Kiel

Der Kampf für's Leben!

Es darf nicht sein!
Menschen sterben zu tausenden
an Hunger in der Welt.

Es darf nie wieder sein!
Menschen starben zu zigtausenden
durch US-Atombomben
in Hiroshima und Nagasaki.

Es muß sein!
Eine Welt in Frieden, schafft ab
den Hunger in der Welt,
gibt den Menschen das Daseins-
recht.
Zwingend macht!
der Kampf gegen
imperialistische Machenschaften.
Atomwaffen einfrieren „Nein".
Totale Vernichtung muß sein.
Stationierung von A-Waffen
muß verhindert sein.
Und warum?

Die Welt darf nicht zur
atomaren Hölle werden.
Um alle Bevölkerungsschichten
vor finanziellem Entzug
durch den Rüstungswahnsinn
zu schützen.
Nie darf wieder sein!
Daß der Nazi-Krieg
viel, sehr viel grauenhaftes
in der Welt brachte.
Das darf nie wieder sein.
Wahren Frieden wollen,
das muß sein.
Aber dieses Wollen
macht auch bedingt
Sozialismus wollen.

Wahr werden muß!
Ein Leben in einer besseren Welt.
Mit freundlichem Gruß
W. K., Essen

Ansichten

Liebe Genossen, ich schreibe euch meine Ansichten zu einigen Artikeln aus dem „Roten Morgen" Nr. 17/83 auf. (Ohne von euch eine Antwort zu erwarten. Freuen würde ich mich aber selbstverständlich.)

Zu Seite 7 „Notwendige Orientierung im Friedenskampf: Raus aus der NATO!". Der Artikel hat mir als politische Ausrichtung im Friedenskampf gut gefallen.

Was mir fehlt ist eine praktische Anleitung für die Genossen, was sie jetzt tun können.

Ihr schreibt: „Wenn jetzt Streikaktionen gegen die ‚Nachrüstung' (bitte vergeßt nicht immer die Anführungszeichen) diskutiert werden — wir hoffen, daß sie zustandekommen und unsere Genossen in den Betrieben und Gewerkschaften setzen sich mit Nachdruck dafür ein — so ist damit ein richtiger Weg gewiesen: Der Einsatz der organisierten Arbeiterschaft im Friedenskampf."

Das ist zwar richtig, aber doch etwas allgemein. Unser Ansatzpunkt muß der Antikriegstag sein. Jetzt schon ist es Zeit an die Vorbereitung des diesjährigen Antikriegstages zu gehen. Unser Ziel sollte dabei sein, daß an möglichst vielen Orten lokale gewerkschaftliche Antikriegstagsveranstaltungen stattfinden. Unsere Aufgabe dabei wird sein, diesen Veranstaltungen einen kämpferischen antimilitaristischen Charakter zu geben und sie mit Belegschaftsaktionen zu verbinden.

Politisch müssen sich diese Veranstaltungen in erster Linie gegen den Militarismus und Revanchismus des westdeutschen Finanzkapitals und gegen die Besetzung der Bundesrepublik durch ihre Bindung an die USA richten.

Versucht antimilitaristische Soldaten der Bundeswehr und/oder der Besatzungsmächte als Redner einzuladen.

Ob und in welcher Form wir Belegschaftsaktionen zum Antikriegstag initiieren können, hängt vom politischen Bewußtsein und der Kampfkraft der jeweiligen Belegschaft ab und unserem organisatorischen und politischen Einfluß.

Möglich sind Vertrauensleuteversammlungen und Betriebsratssitzungen zum Thema, das Verteilen eines Flugblatts, unterzeichnet durch die genannten Gremien und/oder die zuständige Gewerkschaft, welches zu gewissen Aktionen aufruft, zumindest zur Gewerkschaftsveranstaltung.

Eine Belegschaftsversammlung an diesem Tag mit einer vorgeschobenen Tagesordnung, wo im Nachhinein der Antikriegstag zum Hauptthema gemacht wird, Arbeitsniederlegung von fünf Minuten bis zu einem ganztägigen Streik, wobei mir aber letzteres etwas unrealistisch erscheint, eine Demonstration nach oder vor Feierabend zu einem Mahnmal oder der Gewerkschaftsveranstaltung, der Phantasie der Genossen und Belegschaften sind keine Grenzen gesetzt.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, vergeßt nicht bei euren Aktivitäten das selbstständige Auftreten der proletarischen Revolutionäre. Ob es nun die KPD alleine oder gemeinsam mit anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen ist, liegt meiner Meinung nach a) natürlich an dem Vorhandensein dieser Organisationen und b) an ihrer Bereitschaft die politisch wichtigsten Punkte, raus aus der NATO — Neutralität, revolutionärer Defätismus (das heißt weder Verteidigung des nicht vorhandenen Vaterlands noch der angeblich sozialistischen Grundlagen der heutigen Sowjetunion) antimilitaristische Belegschaftsaktionen, zur Zeit insbesondere gegen die „Nachrüstung" mitzutragen und in einer die Arbeiterschaft ansprechenden Form vorzubringen.

Zu Seite 3 „Die Konferenz".

Ein schön ätzender Kommentar, da lacht das Herz und das Gehirn freut sich über die politische Klarheit und Rücksichtslosigkeit, mit der über diese Konferenz und mit ihr über dieses System gelästert wird.

Mit kommunistischem Gruß,
H. aus Leverkusen

Gegen den BRD-Imperialismus

Liebe Genossen,

beiliegend befindet sich ein Aufruf der Marxistischen Gruppe zum 17. Juni mit der Überschrift „Gegen den BRD-Imperialismus! Gegen die deutsche Wiedervereinigung im NATO-Krieg!" Ich finde den Titel und den folgenden Aufruf richtig, weil er die Kriegs**macher** und ihre Kriegs**mittel** (Bundeswehr und neue Raketen) im richtigen Verhältnis angreift.

Das ist das Gegenteil von dem, was die Friedensbewegung macht, die den Grund in den Waffen sieht und allen Ernstes von der Bundesregierung fordert, **sie** solle die Raketenstationierung lassen. Sie sind Idealisten, da sie glauben, daß das Staatsmonstrum BRD, Nummer 1 in Europa, mit seinen weltweiten kapitalistischen Interessen ohne das weltweite Bündnis NATO zu haben ist. Leider macht ihr diesen Fehler BRD „Raus aus der NATO" mit.

Mich würde es interessieren, was ihr von dem Aufruf und meinem Einwand gegen eure Parole haltet. Setzt euch speziell mit dem Aufruf mal öffentlich auseinander.

Ich bin gespannt.

H. J. L., Bremen

Anmerkung der Redaktion:
Mit Sicherheit werden wir demnächst, im Rahmen der Vorbereitung des 17. Juni, auch zu diesem Aufruf Stellung nehmen. Hier, anhand des vorliegenden Leserbriefs, nur ganz kurz folgendes: Erstens, nur weil wir es richtig fänden, können wir die Meinung keinesfalls teilen, daß die Friedensbewegung als solche die Losung nach dem NATO-Austritt vertreten würde. Dem ist leider nicht so, noch nicht. Zweitens: Es wäre ausdrücklich zu begrüßen und jeder Schritt dahin ist gut, wenn die Friedensbewegung sich als politische Bewegung versteht, die Druck gegen diese Regierung macht und ganz konkret fordert, daß diese Raketen hier nicht aufgestellt werden. Nichts spricht dagegen. Vor allem dann nicht, wenn faktisch lediglich eine schroffe Alternative aufgezeigt wird, die die Friedensbewegung abputzt und selbst nichts anderes zu sagen hat, als daß man gegen den BRD-Imperialismus ist. Was sicher gut und richtig ist, aber nun alleine im politischen Kampf nicht viel weiter hilft. Aber, wie gesagt, ausführlich dazu später.

Schwule

Ich finde es ziemlich merkwürdig, daß ihr euch nie äußert — oder jedenfalls sehr selten — über die Schwulen- und Frauenbewegung.

Zum Kotzen finde ich außerdem, daß in dem von mir bewunderten Albanien Schwule zu sieben Jahren verknackt werden.

Ich erfuhr dies durch den Nürnberger „Plärrer", der ein Interview mit Max von der Grün abdruckte.

Also irgendwie muß euch doch das Gewissen plagen! Oder versteckt ihr euch einfach vor solchen finsteren Tatsachen.

Ich möchte da mal bitte schön klare Worte! Müssen Schwule irgendwann auf den Mond oder was?

Gruß
P. H., Nürnberg

Anmerkung der Redaktion: Knapp gesagt: Wegen uns muß bestimmt kein Schwuler auf den Mond. Die KPD ist sowohl heute als auch für eine künftige sozialistische Gesellschaft gegen jegliche Diskriminierung der Homosexualität.

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Alles wird teurer, nur der „Rote Morgen" nicht. Diese wundersame Erscheinung hat ihre Ursache darin, daß der Herausgeber der Zeitung, die KPD, das große Defizit für ihre kommunistische Wochenzeitung abdeckt.

Mehr als das zweifache des Verkaufspreises von 1 DM kostet ein Exemplar des „Roten Morgen", wenn man alle echten Kosten einrechnet. Diese beginnen bei den Löhnen für die Redakteure und andere Mitarbeiter des Verlages, umfassen die Ausgaben für Zeitungsabos und Fachliteratur für die Redaktion, die anteiligen Büromieten, Heizungs-, Strom- und Telefonkosten, die für die Arbeit am „Roten Morgen" aufgebracht werden müssen. Weitere Kostenfaktoren sind Verpackungsmaterial und Portokosten, die EDV-Buchhaltung — und natürlich nicht zuletzt die Satz-, Repro- und Druckkosten.

Eine eigentlich notwendige drastische Preiserhöhung kann abgewendet werden, wenn es gelingt, das zur Zeit bestehende Defizit, die „Subvention" des „Roten Morgen", durch die Partei zu senken. Der beste Weg wäre eine enorme Auflagensteigerung. Politisch sicherlich und auch ökonomisch der beste Weg. Doch die bevorstehenden Sommermonate und die realistische Einschätzung des „Marktes" lassen diesen Weg als den einzigen nicht als sehr erfolgreich erscheinen. Darum wollen wir über eine Spendenkampagne alle Genossen, Freunde und Leser des „Roten Morgen" auffordern mitzuhelfen, das Defizit des RM um 30000 DM zu reduzieren. Damit eine Preiserhöhung verhindert wird, und der notwendigen Verbreitung des „Roten Morgen" nicht die „2-DM"-Hemmschwelle entgegensteht.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

ROTER MORGEN MAI-AKTION

RM zum halben Preis!



Jeder, der im Mai 1983 den „Roten Morgen" abonniert, bekommt ihn zum halben Preis!
Also, ein Jahresabo ab 1. Juni für 30 DM, ein Halbjahresabo ab 1. Juni für 15 DM.

Name ....
Vorname ....
Straße ....
Plz/Ort ....

Hiermit bestelle ich das tolle Sonderangebot:
.........Abonnement/s ab 1. Juni 1983
0 für 1 Jahr (Nr. 22/83 - 21/84)
0 für 1/2 Jahr (Nr. 22/83 - 47/83)

0 Ich lege Post/Bankschenk bei über DM.........
0 Ich habe den Betrag von DM.......... an den Verlag überwiesen
0 Ich bitte um Vorausrechnung
Bitte einsenden an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103 oder Postfach 300526, 4600 Dortmund 30
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290; Postscheckkonto Dortmund 79600-461.

ROTER MORGEN 1982 komplett

Der komplette Jahrgang 1982 des „Roten Morgen" liegt jetzt gebunden vor. Der stabile Band kann für 40,— DM bezogen werden bei:
Verlag Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

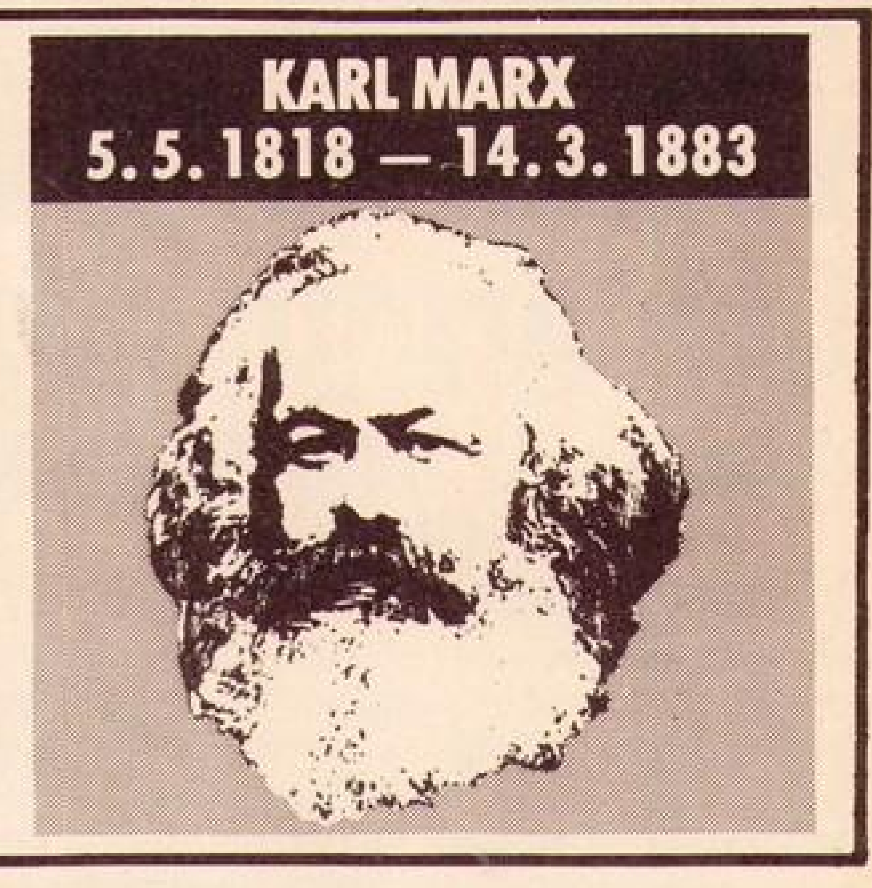
Sayı 20, 20 Mayıs 1983 | Yıl: 17 | 1 DM

1983 Marks Yılı üzerine yazılar:

W.İ.Lenin:

Marksizmin üç kaynağı ve üç öğesi

Sayfa 4'te



Cuntanın uzatılmış kolu „sendikalar"

Mayıs ayı başında Türkiye'de yeni sendika yasası faşist cunta tarafından kabul edilerek, yürürlüğe kondu. Faşist generaller çetesinin yürürlüğe koyduğu bu yasa, sendikaların haklarını ve imkânlarını kısıtlayan, sınırlayan bir yasa değil, tam tersine sendikaların işçi ve emekçilerin temsilciliğini yapmasını tamamen imkân dışı bırakan bir vasadır.

Örneğin yeni sendika yasası, sendika örgütlerinin maliyesini doğrudan devletin denetimine vermekte ve sendika birliklerine her türlü siyasi faaliyeti yasaklamaktadır. Onların siyasi partilerle birlikte çalışmaları yasaklandığı gibi, hükümete karşı muhalefet etmeleri, siyasi açıklamalar yapmaları, "ulusun birliğine" karşı çıkmaları, yani diğer bir deyişle Kürt ulusunun varlığından bahsetmeleri, onların haklarını savunmaları yasaktır.

Cuntanın çıkardığı Toplu Sözleşme Yasası her türlü ücret mücadelesinin Bakanlar Kurulu'nun denetimi altında sürdürülmesini öngörmektedir. Çıkarılan Grev ve Lokavt Yasası ile her türlü siyasi grev, dayanışma grevi, genel grev, işi bırakma ya da yavaşlatma kamu hizmetlerinde, bankalarda, okullarda, hastanelerde, ulaşımda vb. gibi bir çok iş kolunda yasaklanmıştır. "Grev yapılabilecek" işletmelerde ise, grev en fazlasından 60 gün sürebilir. Bakanlar Kurulu'nun her zaman greve müdahale etme ve erteleme hakkı vardır. 60 gün zarfında bir anlaşmaya varılamazsa o zaman iş mahkemesi karar alacak.

Sendika ve Toplu Sözleşme Yasası'nı çiğneyen herkese altı ile 18 ay arasında hapis cezasının verilmesi öngörülmektedir. Görüldüğü gibi gelecekte artık sendikaların en küçük bir bağımsız rolü kalmamakta ve yalnızca faşist cuntanın uzatılmış bir kolu, devlet cihazının bir kurumu haline dönüştürülmekteler. Nitekim faşist generaller güruhu daha iktidara el koyduğu dönemde sendikaları yasaklamakla, sendikacıları tutuklayarak yargılamakla sendikaları dağıtmanın adımını atmıştı. Şimdi çıkarılan kanunla bu adım pekiştirilerek sendikalar doğrudan devletin denetimine verilmiş oldular. Ancak ne var ki, faşist cuntanın, işçilerin çıkarlarını kendisinin uzatılmış kolu olan "sendikalar"ın "savunmasına" bırakma girişimi boşa çıkacaktır.

1983 yılı bütçe görüşmeleri başladı

Kohl'un tasarruf programı yoksulları hedeflemektedir

Buna karşılık işverenlere yeni vergi hediyeleri öngörülmektedir

BONN.—Bonn Hükümeti'nin bütçe planlaması üzerine basına sızan ilk bilgiler, ekonomi ve sosyal politikanın en azami noktasını göstermektedir: Yoksullardan alıp zenginlere vermek! Ve koyu gericiliğin hükümeti bütçe tasarruflarında durumları en kötü olanlardan, emeklilerden, işsizlerden ve sosyal yardım alanlardan başlamak istiyor.

Federal Maliye Bakanı Stoltenberg 6 ile 7 milyar Mark arasında bir "tasarruf" yapmak istemektedir. Diğer bir deyişle o özellikle sosyal hakları kaldırmaktan yana.

Kohl Hükümeti 2 milyar Mark işsizlerden yapacağı kısıtlamalardan tasarruf etmek istiyor. Buna göre gelecekte bekâr olan işsizlere son aldıkları net ücretin yüzde 68'i yerine yalnızca yüzde 63'ü işsizlik parası olarak ödenmesi öngörülüyor. İşsizlik yardımı alanlar ise çalıştıkları dönemde kazandıkları net ücretin yalnızca yüzde 56' sı ile yemlenmek istenmektedirler.

Diğer yandan annelik yardımının kısıtlanmasından da yüzlerce milyon Mark tasarruf etmek istiyor Kohl Hükümeti. Bakanların hem fikir olmadıkları nokta meblağın şimdi azami olarak 750 DM'ye mi indirilmesi, yoksa alma süresinin yarıya mı indirilip indirilmemesidir.

Bunun yanı sıra koyu gericiliğin hükümeti, "sakatlar" teriminin yeniden formüle edilmesini amaçlamaktadır. Bununla kastedilen gelecekte bir çok sakat insana sosyal yardımının verilmemesidir.

Ve seçimlerde aksi yönde yemin billah çekilmesine rağmen, emeklilik maaşlarının zaten düşük olan artışı gelecek yıl dondurulması temelinde gene gündeme getirilmesi amaçlanıyor. Bilindiği gibi daha önce emeklilik maaşlarının dondurulması talep edilmişti.

Ayrıca Bonn'da sosyal sigortalar için özel ödentilerden örneğin, fazla mesai, noel ve izin paralarından da prim kesilmesi öngörülmektedir. Yasal emeklilik sigortasından verem için harçamaların çıkarılması istenirken, buna karşılık bunun geriye dönük olarak 1983 yılı için yapılması amaçlanmaktadır.

Bir yandan Bonn'da memurların ücretlerinin dondurulması talep edilirken, diğer yandan işverenler yeni hükümetten milyarlarca vergi hediyeleri almaktadırlar.

Örneğin servet vergisinde, işyeri servetinin değerlendirme kıstasları hafifletilmek isteniyor, yani kapitalistlere milyonlarca hediye! Sermaye malları için vergiden düşürme sürelerinin kısaltılması, araştırma ve gelişme için harçamaların "uygun olarak vergiye tabi tutulması", ya da daha açık bir dille işverenlerin rasyonalleştirme programlarının vergiden düşürülmesi öngörülüyor.

Bu günlerde Bonn'da görüşülecek ve kararlaştırılacak olan bu politikaya tüm etkilenenler kararlı direnişle karşı durmalıdırlar. Sendikalar tüm güçle, araç ve gereçlerle sosyal hakların çok tesirli bir biçimde kısıtlanmasını engellemelidirler. Partimiz büyük sermayenin ideal hükümetine karşı direnişi şu mücadele şiarı ile destekleyecektir: Bunalımın faturasını zenginler ödemeli!

RGO 3. Kongresi:

Kongreden olumlu sonuçlar elde edildi

14 ve 15 Mayıs'ta Frankfurt/am Main'de RGO'nun 3. Kongresi'nde 150'ye yakın delege, misafir delege—bunlar arasında Gruppe Arbeiterpolitik'ten ve MLPD'li yoldaşlar da yer alıyordu—verimli ve canlı bir şekilde RGO'nun şimdiye değin çalışmalarından edindiği tecrübelerini tartıştı ve RGO'nun gelecek adımları için önemli çizgiyi belirlediler.

Bonn'daki siyasi dönüşümden ve işverenlerin yoğun saldırılarından dolayı, sendikalar içinde sınıf mücadeleci bir rotanın örgütlü bir şekilde hakim kılınması için mücadele etmenin, işçi sınıfına berrak bir mücadele perspektifi göstermenin ve işçileri ve emekçileri işyerlerindeki ve toplumdaki günlük saldırılara karşı mücadelede birleştirmenin bugün her zamankinden daha da gerekli olduğu üzerine geniş bir görüş birliği mevcuttu.



Somut tartışma bu hedefe ulaşılması için mümkün olan ve uygulanması gereken metodları ortaya koydu. Özellikle RGO'nun bütün imkânlarını kullanarak, tüm muhalefetçi hareketin ortak çalışmasını teşvik etmesinin ve muhalefetin sendika içinde gerekli nüfuz gücünü olanaklı kılmak için bunların ortak bir örgütte birleştirilmesine yönelmesinin gerekliliği de vurgulandı.

Bunun dışında hazır bulunan kadın ve erkek işçi arkadaşlar RGO'ya üyeliği ve RGO içinde çalışmayı hafifletmek için uygun önlemleri ve özellikle işyeri ve branş gruplarının çalışmalarını şimdiye değin olandan daha iyi bir şekilde desteklenmesini ve grupların kendi aralarında tecrübe alış verişinin ve ilişkilerinin teşvik edilmesini tartıştı ve kararlar aldılar. Mevcut örgüt yapıları mevcut şartlara ayarlandı ve daha esnek bir şekilde biçimlendirildi.

Zamanın kısa olmasına rağmen, kongre ayrıca—diğer şeylerin yanı sıra toplam 9 çalışma grubunda da—sınıf mücadelesinin önümüzde duran görevleri üzerine de büyük bir berraklık kazandırmayı başardı.

Biz bunun bir bütün olarak amacına ulaşan bir RGO Kongresi olduğu ve yalnızca RGO'nun gelecek gelişmesi için değil, aynı zamanta tüm muhalefetçi hareket için de iyi bir temeli oluşturduğu kanısındayız. Gelecekte RGO 3. Kongresi'nin sonuçları ve tartışmaları üzerine daha ayrıntılı bir şekilde yer vereceğiz.

AfA sahil konferansı:

SPD işverenlerin işyerlerini yok etme planını onayladı

SPD'nin "işçi Sorunları İçin Çalışma Grubu" (AfA) geçen hafta cumartesi günü Bremen'de bir "sahil konferansı" yaptı. Burada çeşitli konuşmacılar vardı ve bir çok talep ileri sürüldü. Yakın geçmişte yapılan sahildeki eyaletlerin tersane konferansının sonuçlarının ortak sorumlusu olan Bremen Belediye Başkanı Koschnick'in ve Hamburg Ekonomi Senatörü Lange'nin baş konuşmacılar olarak bu konferansa katılması gerçeği, AfA'nın hangi yönde çalıştığını açık bir şekilde göstermektedir.

Burada tüm mümkün olan devlet yardımlarının verilmesi talep edildi. Ancak bir kez dahi olsun, tek bir sözle bile, karşıda mücadele edilmesi gerektiği tersane sanayisi patronlarının gücünün bulunduğu belirtilmedi. Tam tersine Koschnick maalesef işyerleri yok edilmeksizin sorunun çözümlenemeyeceğini vurguladı. Ve Lange de bu söylenenlerle tam bir fikir birliği içindeydi.

Buna karşılık İG Metall'ın Hamburg örgütü başkanı vom Steeg hiç bir kapasitenin yok edilmemesini öngören bir tasarıdan bahsetti. Ancak bunun nasıl olduğu şimdiye değin resmen açıklanmadı ki, hiç bir kimse tersanelerdeki durumun yeni olduğu ya da beklenmediğini ileri sürmüyor. Ne var ki, Hamburg İGM örgütü yönetiminin şimdiye değin izlediği tavır, büyük bir direniş, işçilerin lehine net bir tasarı umudunun oldukça az olduğunu gösteriyor.

Vom Steeg'in AfA konferansında söyledikleri şirin sözleri bir yana bırakalım, onun işçilerin özel ve devlete ait olan işletmelerin işyerlerini yok etme planlarına karşı mücadeleye katkısı, gerçek mücadele önlemlerinin alınmasını engellemekti. Ve kendisinin yeni tasarısı eski şeylerden bir dönüşüm değilse, en fazlasından işverenlerin planlarıyla, İGM yönetiminin çelik sanayisinde olduğu gibi, burada da reddettiği, tersane sanayisinin gerçekci bir devletleştirilmesi talebi arasında bir girişim olabilir.

Hessen IG Drupa örgütü yeni füzelere karşı grevden yana

DGB Merkezi Yönetimi hafta sonunda çeşitli konuşmacılarıyla "NATO İkili Kararı"na karşı bir grev üzerine tüm şüpheleri kendisinden uzağa iterken, buna karşılık sendikalar içerisinde durum kısmen daha farklıydı. Basım ve Kağıt sendikasının (İG Druck und Papier) Hessen Eyalet Örgütü'nün 122 delegesi, yeni füzelerin yerleştirilmesine "iş saatinde işyeri toplantılarıyla, mitinglerle ve gerektiğinde grevden genel greve kadar" eylem biçimleriyle karşı durmayı oy birliği ile kararlaştırdılar.

Hessenli basım sendikacılarının kararı, bir genel greve ve bir bütün olarak bu tür mücadele önlemlerine karşı çıkan DGB Merkezi Yönetim Kurulu üyeleri olan Fehrenbach ve Brusis'in açıklamaları ile taban tabana zıttır.

Kuşkusuz ki, bu tartışmalar, Saarbrücken Belediye Başkanı Lafontaine'nin de genel grevi önermesiyle daha da kızıştı. Yeni füzelerin yerleştirilmek istenmesine karşı eylem biçimleri üzerine, özellikle de ekim ayındaki eylem haftasına ilişkin olarak yoğun bir şekilde tartışılması gerçeği selamlanacak bir adımdır.

Tartışmalara, Lafontaine'nin açıklamalarına karşı olan sosyal demokratların yöneticileri de karıştılar. Onların sezdiği tehlike böylesi bir adımın "illegal" olmasıdır. Bir çok SPD üyesi ve taraftarına karşılık onlar, "Ek silahlanma"ya daha fazla karşı çıkma, ama direnişin parlamento ve destekleyici eylemlerle sınırlandırılması taktiğine başvurmaktadırlar. O zaman pekâlâ kendilerinin de füzelerin yerleştirilmesine "karşı olduklarını" ve "imkânları dahilinde her şeye başvurduklarını" söyleyebilirler vb.

Hessenli Basım ve Kağıt sendikacılarının sendikalar içindeki bu yönde olan ilk kararı, bu hareketin güçlendirilmesi için önemli bir çıkış noktasıdır.

Yabancılar politikasını ve insan haklarının çiğnenmesini açıkca yargılamaya çağrı

Protesto toplantısı: 3-5 Haziran 1983'te Frankfurt Üniversitesi'nde, Jügelstr.

Başlangıçta mahkeme (Tribunal) olarak planlanmış bulunan "Yabancılar politikası ve insan hakları" toplantısı üzerine görüşmek için Nisan 1983 sonunda Frankfurt'ta çeşitli insiyatiflerin, örgütlerin ve şahısların ikinci merkezi buluşması yapıldı. Orada üzerine anlaşamadığımız, çeşitli öneriler ve amaç, toplantının programı şu an bir nokta da birleştirilebildi.

Daha sonra yapılan bir buluşmanın verimli sonucu, 3-5 Haziran 1983 tarihleri arasında Frankfurt'ta yapılacak olan üç günlük "Yabancılar politikasını ve insan haklarının çiğnenmesini açıkca yargılama" protesto toplantısı için oybirliği ile kararlaştırılan aşağıdaki programdır. Bu eylemin ön ayakçıları bize bununla ilintili olarak şunu yazdılar: "Biz, bu toplantıdan, ırkçılık ve yabancı düşmanlığı seline karşı mahkeme günlerinin dışına taşan bir seti inşa edebilecek bir karşı-saldırının başlangıcını ummaktayız."

Kızıl Şafak'ın geçen sayısında da belerttiğimiz gibi partimiz KPD bu çağrıyı imzaladı ve kongrenin çalışmalarını desteklemektedir.

Yabancı ve Alman işçileri işyerlerini ancak ortak mücadele temelinde koruyabilirler. Bu anlamda birliklerinin bölünmesini önlemek için yabancı düşmanlığına karşı ortak mücadele vermelidirler.

Federal Başbakan Kohl, kensinin "yabancıların sayılarını sınırlama ve geri gönderme politika"nın "insanlığa yakışır" bir temelde gerçekleştirileceğini iddia etti:

★Bakan Zimmermann 1990 yılına kadar Federal Almanya'da yaşayan tüm yabancıların yarısını—bu iki milyon insandır—Federal Almanya'dan kovmak fikrinin "insanlığa yakışır" olduğu düşüncesindedir. Tabi ki ilkin, işsizler, çalışamayanlar ve hasta olanlar; sonra ise ayrıcalığa karşı kendilerini demokratik kitle örgütlerinde savunanlar kovulmak isteniyor. Bu plan tüm Alman olmayan milliyetleri kapsamaktadır.

★Aynı şekilde Federal Hükümet, vatanlarına "gönüllü" dönüşe teşvik edilen yabancıların işsizlik ve emeklilik sigortasından alma hakları olduğu paranın yüzde 50'sine kadar olan bir miktarı ile dolandırıldıkları sözümona "geriye dönüş primlerini" "insanlığa yakışır" olarak değerlendirmektedir.

★Federal Hükümet yabancı eşler için ayrı kalma süresinin 6 yıla kadar çıkartılmasını "insanlığa yakışır" olarak ele almaktadır: böylece sayısızca yabancı aile bölünmüş ve yıkılmış olmaktadır.

★Avrupa'nın diğer ülkelerinde siyasete katılma hakları (Örneğin yerel seçim hakkı) giderek tabii olurken, bunlar "insanlığa yakışırlık" adı altında yabancılara tanınmamaktadır.

★Federal Hükümet için iltica kanunlarını sertleştirmek ya da fiilen kaldırmak da "insanlığa yakışır"dır.

"Üçüncü İmparatorluk" Döneminde (Hitler Dönemi-KŞ) 1,5 milyon Alman ülkeyi terk ederek diğer ülkelerde sığınma isteminde bulunmak zorunda kalmıştılar. Bu nedenin ardında bir zamanlar liberal olan Federal Alman Sığınma Kanunu oluştu.



Bu iltica hakkı şimdi yalnızca bir hurda kağıttır. Üçüncü dünya ülkelerinden gelen mülteciler için sınırlar kapatılmıştır; onların, Federal Almanya'ya gelebilmek amacıyla kendilerini takip edenlerin gözleri önünde vize almak için sıra beklemeleri gerekiyor.

Federal Almanya'da sığınmacılar insanlık onuruna yakışmayan şartlar altında "toplama kampları"na sıkıştırılmıştırlar. İltica dosyalarını takip eden ülkelere vermekle Alman gizli istihbarat teşkilatları, mültecilerin orada da takip edilmelerini mümkün kılmaktadırlar.

Tüm bu önlemlerle Federal Hükümet, Federal Almanya'nın imzaladığı Helsinki Anlaşması'nı ihlal etmektedir ve koyu bir şekilde Anayasa'yı bir tarafa fırlatmaktadır. O özellikle insan haklarını acımasızca çiğnemektedir.

Nazi döneminde etnik azınlıkların yaşadıkları korkunc aşağılanmalardan ve takibatlardan sonra, bugün bu ülkede—50 yıl "sonra"—gene başka halklardan ve kültürlerden olan insanların kararname ve kanunlarla varlıklarının yok edilmek istenmesi tepki yaratıcıdır.

İşçi olarak örneğin Türkler yıllar boyunca "uyum sağlamaya yetenekli"ydiler ve "uyum sağlamak istiyorlardı". Şimdi ise "tamamen yabancı" ve "uyum sağlamak istemeyenler olarak" "ulusal benliğe karışarak nüfuz kazandıkları" söylenmektedir. Onlar "istenilmeyen azınlıklar"dır. Bu ırkçılıktır.

Aynı şekilde Alman işçileri, işsizleri ve sosyal yönden haksızlığa uğrayanlar için de böylesi bir politika bir tehditten başka bir şey değildir. Yabancı işçi arkadaşlar, nedenleri "yağsız kârlar"da, kâr getirici yurt dışı para yatırımlarında ve özellikle işyerlerini yok eden rasyonalleştirmede yatan işsizliğin sorumluları olarak gösterilmektedirler. "Yabancılar Almanların işyerlerini ellerinden alıyorlar" parolası altında bir bütün olarak işçiler arasında rekabet kışkırtılmaktadır. Böylece ekonomik sorunların dayanışmacı bir temelde ortaklaşa alt edilmesi mümkün olmamaktadır.

(Yabancıların) "fazla olduğu" (!) tanıtı ile bazı Almanların da "fazla olduğu" ve giderek daha fazla olacağı, örneğin daha bugünden gençler, kadınlar, erken emekliye ayrılanlar gibi, kriz durumuna ayarlanılmaktadır. İşçi yığınları sürekli düşük ücretli ve kötü çalışma şartları için gerekmektedir; bazıları için "sosyal ağ"daki delikler daha şimdiden yaşamını tehdit etmektedir.

Artan protestoya, demokratik muhalefete ve sendika hareketine karşı gerektiğinde ne dereceye kadar adım atılabileceğinin bir denemesi yabancılara karşı alınan sayısızca kararnameler ve talimatnamelerdir. İçişleri bakanları şimdiye değin legalite çerçevesinde polis ve düzenleme dairelerini insanlıkdışı pratiğe cesaretlendirdiler, şimdi bu pratik şunlarla kanuni olarak kesinleştirilmek, ve genişletilmek isteniyor:

★Makamlar arasında "karşılıklı yardım" temelinde (Sozialamt/Arbeitsamt yabancılar mamakları) veri alışverişi

★Sürekli pasaportunu beraberinde taşıma yükümlülüğü, aksi takdirde bu "kanunları çiğnemekle" takip edilebilir (yabancılar için kanuni bir sınırdışı nedenidir)

★Siyasi faaliyetin tesirli bir biçimde sınırlandırılması

★Federal Sınır Koruma makamı tarafından "hiç bir gerekçeli şüphe gösterilmeden" üst başı araştırmak amacı.

Tüm bu ve diğer amaçlar kapsamlı bir denetlemeyi beraberinde getirmektedir.

Bu defetmek programları ve bu denetleme ve yılgınlığa kaptırma programları, seyirci kalmanın ve hiç bir şey yapmamanın birlikte yapmak olacağı noktayı tanımlamaktadır. Bunun için; Federal Almanya'daki "yabancılar politikasını ve insan haklarının çiğnenmesi"nin açıkca yargılanmasına katılmaya çağırıyoruz. Protesto toplantısı 3-5 Haziran 1983 tarihleri arasında Frankfurt/am Main'de yapılacak.

Şimdi Federal Almanya'da mevcut olan makamların eylemleri ve hükümet programları ve planlanmış kanunlar tanıtılacak ve yargılanacak:

Yabancıları defetme politikasıyla insan haklarının çiğnenmesi: örneğin;

★İşsizlik yardımı almaktan ötürü sınırdışı edilme;

★Sosyal yardım almaktan ötürü sınırdışı edilme;

★Evin küçük olmasından ötürü sınırdışı edilme (kişi başına 12 metre kareden küçük olması)

★Kanunları çiğnemekten dolayı sınırdışı edilme (örneğin alkollü olarak araba sürme)

★Siyasi faaliyet sürdürmekten dolayı sınırdışı edilme

★Oturma ve çalışma haklarının uzatılmaması;

★Aileleri sarsma politikasıyla insan haklarını çiğneme; örneğin:

★Evliler için 6 yıla kadar ayrı kalma zamanı

★Bir ailenin dağıtılması göze alınarak sınırdışı etme;

Siyasi mültecilerin muamele görmesinde insan haklarının çiğnenmesi; örneğin

★Vize zorunluluğu

★İltica dilekçesinin önlenmesi (sınırlarda ön karakollarda, örneğin yabancı havaalanlarında, hükümetlere, uçak şirketlerine siyasi baskı yaparak vs.)

★Getolara yerleştirme

★Takip eden devletlerin hapishanelerine ve işkencehanelerine iade edilme.

Protesto toplantısı günlerinin dışına taşan, ırkçılık ve yabancı düşmanlığı seline karşı bir seti çekebilecek (Yabancılar ve Almanlar ile birlikte, Federal Almanya'da olduğu kadar, aynı şekilde Avrupa içinde) karşı-saldırının başlatılması imkanlarının da tartışılması ve planlanması öngörülüyor.

Alman ve yabancılar sosyal olmayan kriz politikasına karşı omuz omuza!

Biz işyerleri talep ediyoruz; biz yabancı kışkırtmacılığı istemiyoruz!

Alman İçişleri Bakanı'ın ırkçı ve yabancı düşmanı kovma ve denetleme politikası durdurulmalıdır! Biz, burada ve başka yerlerde tüm ulusların ve milliyetlerin barış içinde ve eşit haklar temelinde birlikte yaşamasını istiyoruz!

Program

Cuma günü saat 19'da açılış: Toplantının nedeni ve hedefi-Detlev Lüderwald. Yeni yabancılar politikasının amaçları Almanları da etkilemektedir. Yabancılar politikası, yabancı düşmanlığı ve ırkçılık—Konrad Knolle—Erich Fried. Kültürel gösteriler—Ffm FH Kaberası; saat 20'de: sınırdışı uygulamasını yargılama. Olayın anlatımı—Dr. Hans-Heinz Heldmann-D. Lüderwald. Psikolojik-sosyal sonuçları—Aypar (Türk Aileleri İçin Psikolojik Danışma Bürosu). Geriye dönüş ideolojisi—Fataş Akdeniz. Açık tartışma: Etkilenen yabancılar anlatıyor.

Cumartesi günü saat 10'dan 12'ye kadar, 13'ten 15'e kadar çalışma grupları; Yabancılar insiyatifleri arasında tecrübe alışverişi, strateji tartışması—T. Eppenstein, Ffm., Yabancı düşmanlığına karşı insiyatif, IAF. Yabancı düşmanlığı ve ırkçılık—KSG'den Lothar Bayer ve Helmut Dubiel. Azınlıklar ve ulusal devlet—Dany Diner. Türkiye/Federal Almanya: Göçün nedenleri (her iki ülke için anlamı)—Ffm. Türkiye Komitesi. Krizi atlatmada dıştalama. Zorlayıcı, gönüllü geriye dönüş. Kültürel ve milli benlik 1. Haller-GEW. Hedef olarak çok kültürlü toplum—Danny Cohn-Bendit ve TAZ. Yabancı kadınlar ve problemleri—Alman-Yabancı Kadınlar İnsiyatifi ve Ülkü Schneider-Gürkan. Sürgünde yaşam. Almanya'da yabancı-Göttingen Yabancılar Danışma Kurulu ve Yabancılar Komitesi. Sığınma pratiği ve insan hakları—V. Pfaff, R. Marx ve İnsiyatifler. Gençlik—Ffm. Şehir Gençlik Birliği. İşsizlik, işyeri ve sendika. Yabancılar için siyasi haklar—AL Berlin. Yabancı düşmanlığına ve ırkçı ayrımcılığa karşı mücadelede uluslararası ortak çalışma—DIA-Ercar. Her çalışma grubu bir kadın ya da erkek uzman tarafından desteklenmektedir. Çalışma gruplarından, kapanış görüşmesinde açıklanacak ya da bir açıklamada yayınlanabilecek bir sonucun elde edilmesi amaçlanmaktadır. Çalışma gruplarına paralel olarak: Frankfurt bölgesinde hazırlanmış olan protestocu eylemler yapılacak. Çeşitli yerlerde sokak tiyatrosu düzenlenecek. Alternatif şehir turu yapılacak: konut spekülasyonu, kendi kendine yardım etme grupları, yabancıların sayılarının yüksek olduğu işyerleri gezilecek... . Kapanış olarak sığınma pratiğine karşı ihtar nöbeti tutulacak.

Cumartesi günü saat 16'dan 17.30'a kadar aileleri sarsma politikası yargılanacak. Olayın anlatımı—Gerhard Strate (avukat), Ali Elis'in (psikolog), İngrid Haller'in (Eğitim uzmanı), Aga Ogln'ın (yazar) katkıları; saat 18'den 19.30'a kadar sığınma pratiğinin yargılanması. Olayın anlatımı—V. Pfaff; R. Marx'ın (avukat), Osvaldo Bayer'in (gazeteci) katkıları, "Fernando Perez'in garip buluşu" P. Lehmann'dan ve P. Lehmann'la birlikte; saat 20'den sonra "1001 gecesi" eğlencesi: Frankfurt FHS kaberası, Tupares (Latin Amerika Grubu), Ayıvı (Afro-Funk), On Rock (Türk, İngiliz, Alman Rocku)

Pazar günü saat 10'da çalışma grupları; saat 11'de kapanış toplantısı: Değerlendirme ve perspektifler ; Bir Kararın alınması.

İlişki adresi: İnitiative "Ausländerpolitik und Menschenrechte" c/o IAF, Mainzer Landstr. 239, 6000 Frankfurt/am Main 1, tel.: 737898, Pazartesi-Cuma arasında saat 17'den 20'ye kadar. Diğer ilişki telefon numaraları: Klaus Peter Klingelschmitt, tel.: 778941; Oliver Tolmein, tel: 241496

Kızıl Şafak'ın 1982 yılı cilti çıktı

Kızıl Şafak'ın 1982 yılında çıkan sayıları toplanarak cilt halinde yayınlandı. Fiyatı 40 DM olan cilt şu adresten istenilebilir:
Verlag Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

11/ 12 Mayıs'ta Wattenscheid'de Naziler protesto edildi

Yoğun polis seferberliği ile NPD kongresinin yapılması sağlandı

Almanya Milliyetçi Demokrat Partisi, NPD 12 Mayıs'ta Bochum-Wattenscheid'de eyalet parti kongresini yapmak isteyince, tüm eyaletten yerli ve yabancı anti-faşistler harekete geçerek bu kongreyi engellemeye çalıştılar. 11/12 Mayıs'ta anti-faşistler görkemli birer eylem düzenlemelerine rağmen, tüm Ruhr bölgesinden yapılan yoğun polis seferberliği ile faşistlerin kongrelerini yapmaları sağlandı.

Partimiz KPD'nin de yer aldığı ve 1000'i aşkın yerli yabancı anti-faşistin katıldıkları eylem, 11 Mayıs akşamı yapılan bir yürüyüşle başladı. Bu eylemde anti-faşistler tüm faşist örgütlerin ve faşist NPD'nin yasaklanmasını talep etti ve SPD'li belediye yönetiminin Nazilere toplantılarını yapmalarına olanak tanımasını protesto ettiler. Eylem sonunda yapılan mitingte, Nazilerin parti kongresinin engellemek amacıyla 12 Mayıs'ta harekete geçmeye çağrı yapıldı.

Yürüyüşün bitiminde anti-faşistler, Nazilerin toplantılarını yapmak istedikleri Stadthalle'nin önünde bütün gece ve 12 Mayıs öğleden önceye kadar devam eden bir ihtar nöbeti tuttular.

12 Mayıs sabahı yaklaşık 1500 yerli ve yabancı anti-faşist Stadthalle'nin önünde toplanmaya başladılar. Nazilerin toplantıları daha resmi olarak başlamadan önce Kuzey Ren Westfalye Eyaleti'nin bir çok bölgesinden yoğun polis seferberliği yapılmıştı. Ve polis birlikleri, gelen ilk Nazi çetelerini aralarına alarak salona götürdüler.

Belirttiğimiz gibi, Nazilerin parti kongresinin yapılmasını sağlamak amacıyla yoğun bir polis seferberliği yapılmıştı. "Bild" gazetesi anti-faşistlere karşı yazdığı bir kışkırtma makalesinde, ayrıca 1000 polisin de arka planda hazırda beklediklerini belirtiyor.

Gelen tek tek Naziler salona girmek istediklerinde polis birlikleri — bazen 20 polis 4 faşisti götürüyordu — onları aralarına alarak ve anti-faşistlere saldırarak kurdukları halkayı dağıtmaya çalıştı ve böylece Nazilerin salona girmelerini sağladılar. Polisin saldırısı sonunda bir çok anti-faşist yaralandı. Polisler Nazileri aralarına aldıklarından dolayı onlara ulaşmak oldukça zordu. Polis seferberliğini haklı çıkarmak ve birliklerin saldırılarını tehlikesiz gösterebilmek için basına tamamen yüksek bir sayı olan 43 polisin yaralandığı haberi lansedildi. Eylemde aynı şekilde bir kaç yürüyüşçü de tutuklandı.

Polis daha önce yapılan anlaşmaya karşılık Nazilerin salona girmelerini sağlamak için başka giriş kapıların kullanmakla anti-faşistlerin durumunu daha da zorlaştırdı. Müdür ve öğretmenler daha önce kesinkes reddetmelerine rağmen onlar Nazilerin Stadthalle'nin bitişiğinde olan Märkische Schule içinden salona girmelerini de sağladılar. Aynı şekilde bu okulun öğrencileri ve öğretmenleri de 11 Mayıs'ta düzenlenen protesto eylemine katıldılar.

Nazilerin okulun içinden geçirilerek toplantı salonlarına girmelerini protesto eden okul müdürü 12. 5 tarihinde polisler tarafından dövüldü. Polisler henüz onun kim olduğunu bilmiyordular. Ne var ki o kendisini tanıtarak faşistlerin okul alanına sokulamayacağını talep ettiğinde, polisler had safhaya girişmiş ani bir durumun olduğunu söyleyerek faşistleri okulun içinden geçirerek Stadthalle'ye götürdüler. Kuşkusuz ki, bu olayın mahkemece de ele alınması gerekli olacaktır.

Eylemin yapıldığı gün, aynı zamanda Batı Alman polisinin, emir geldiği sürece körü körüne her şeye saldırmaya hazır olduğunu da gösterdi. Örneğin bununla ilintili olarak DGB yayın organı "Welt der Arbeit"-in (Emek Dünyası) geçenlerde 1933'teki olayları hatırlatarak bugün polisin tekrardan bir eksiksiz olarak faşist sisteme uyum sağlayacağının hiç bir şekilde düşünülemeyeceğini yazması bir ham hayalden başka bir şey değildir.

Diğer yandan NPD'nin yasaklanmasında artık kesin adımlar atılmalıdır. Onun legal varlığını iki yüzlülükle savunan birisi, faşistlerin faaliyetlerinin genişlemesini teşvik etmekte ve onların caniyane planlarına ortak olmaktadır. Bu anlamda Federal Almanya'daki yerli ve yabancı anti-faşistler, tüm faşist örgütlerin yasaklanması uğruna mücadeleyi hiç bir şekilde gevşek tutmamalıdırlar.

Faşist cunta 14 kişiyi daha vatandaşlıktan çıkarmakla tehdit ediyor

Eylül 1980'de yönetime el koyan Kenan Evren faşist cuntası, işçi sınıfının ekonomik ve demokratik haklarını gasp etti, sendikal örgütlenmesini dağıttı, grev hakkını yasakladı, devrimci örgütleri, devrimci ve yurtsever basını yasakladı. Binlerce, yaşlı, genç, çocuk, kadın demeden hapishanelere tıktı, idam cezalarıyla yargıladı, yargılıyor. İşkencede katledilerek gizli bir şekilde defnedilen devrimcilerin, yurtseverlerin sayısı her geçen gün artıyor.

İşçi sınıfının ve emekçi halkın en küçük bir kıpırdanmasına dahi tahammül edemeyen faşist generaller, azgınca sömürü ve baskılarını yasallaştırmak için ardarda yasaklarla ve sınırlamalarla dolu kanunlar çıkarmaktadırlar.

Ülke içindeki devrimci, demokratik muhalefete gözü dönmüşcesine saldırmakla yetinmeyen faşist cunta yurtdışında kendisine karşı olan muhalefeti de vatandaşlıktan çıkarma tehditleri ile bastırmaya ve yıldırmaya çalışmaktadır.

Bilindiği gibi faşist generaller güruhu daha öncede Yılmaz Güney, Cem Karaca, Şanar Yurdatapan, Melike Demirağ ve isimlerini sıralamakla bitmeyecek bir çok sanatçıyı ve demokrati vatandaşlıktan çıkardı.

Şimdi Evren cuntası, aralarında halk ozanı Şah Turna'nın da bulunduğu 14 kişiyi daha "Türkiye'nin iç ve dış güvenliği aleyhinde faaliyette bulundukları" gerekçesiyle 18 Mayıs'a kadar Türkiye'ye dönmeye çağırıyor. Ve tespit edilen tarihe kadar dönmedikleri takdirde vatandaşlıktan çıkarılarak mallarına el konulacağı tehditini savurmakta ve böylece onları yıldırmaya çalışmaktadır.

Ne var ki, faşist generaller yurtdışındaki muhalefeti, bazıları hakkında vatandaşlıktan çıkarma tehditleri savurmakla bastırabileceğini ve yıldırabileceğini sanıyorsa, bunda oldukça yanılıyorlar.

Diğer yandan faşist cuntanın mahkemeleri yazar Aziz Nesin'in "Az Gittik Uz Gittik" kitabında komünizmi övdüğü gerekçesiyle hakkında 10 yıla kadar ceza istemektedir.

Faşist generaller bir yandan "ülkede demokrasiye geçildiği" narasını avazlarının çıktığı kadar atarken, diğer yandan ise baskıları olanca şiddetiyle sürdürmektedirler. Bu anlamda cuntanın sahte demokrasi maskesini fırlatmak için yurtdışında cunta aleyhtarı çalışmalar daha da yoğunlaştırılmalıdır. Ve bu çalışmaların, Federal Hükümet'in cuntaya yardımlarının durdurulması ve hiç bir siyasi sığınmacının ona iade edilmemesi talepleriyle bağı kurulmalıdır.

30 Mayıs'tan 4 Haziran'a kadar eylem haftası:

İşsizler yürüyüşünü destekleyin!

Aşağıdaki çağrıyı işsizler insiyatifi plenumu 27 Mart'ta Bochum'da kararlaştırdı. Partimiz, Almanya Komünist Partisi, KPD eylem haftasına ilişkin çağırıyı ve işsizler yürüyüşünü desteklemektedir. Eylem haftasının bitiminde, 4 Haziran'da yapılacak olan işsizler yürüyüşü, işsizlerin ve çalışanların bir dayanışma yürüyüşü olarak planlanmıştır. Bunun için tüm çalışan ve işsiz olan yerli ve yabancı işçiler yalnızca bu eylemi desteklemekle yetinmemeli, bizzat buna katılmalıdırlar da.

Haydi, işsizliğe ve sosyal hakların kısıtlanmasına karşı omuz omuza!

Artan işsizlik varlığımızı tehdit etmektedir. Sayıları giderek artan bir çok insan ilkin işten, sonra işsizlik parası ve işsizlik yardımı almaktan uzaklaştırılmaktadırlar. Aynı zamanda sosyal hakların kısıtlanmasına devam edilmektedir.

Bir çokları için insanlık onuruna yakışır bir yaşam artık mümkün değildir. Giderek artan bir şekilde işsizler ve sosyal yardım alanlar ucuz "zorunlu işe" zorlanmaktadırlar.

Buna karşı direniyoruz!

Vaad edilen ekonomik kalkınma görünmüyor. Her tarafta, özellikle çelik sanayisinde, tersanelerde ve tekstil sanayisinde işyerleri tehlikededir. Bize hâlâ ücret artışlarından vazgeçmenin iş ve çıraklık yerlerini garantileyeceği yutturulmaya çalışılmaktadır.

Biz ücretlerin düşük tutulması için kullanılmak istemiyoruz. Şimdi artık, bizim sırtımızdan kazananlar, vergi kaçıranlar, rüşvet alanlar parayı vermelidirler.

Bizim bir çalışma programına ihtiyacımız vardır, yoksa vergi paralarının yaşam için tehlikeli olan silahlanma projeleri için israf edilmesine değil. Bizim tam ücret ve tam personel sayısı karşılığından 35 saatlik iş haftasına ihtiyacımız vardır. Bunun için işsizlerin ve (henüz) çalışanların dayanışması gereklidir.

İşsizlik için yabancı kadın ve erkek işçi arkadaşlar değil, tam tersine ekonomik ve siyasi olarak nüfuz sahibi olanlar sorumludurlar.

Bunun için Yabancı ve Alman kadın ve erkek işçi arkadaşlar birlik olmalıdırlar! Yabancı düşmanlığına son!

Biz hakkımız uğruna mücadele ediyoruz! Biz anlamlı iş istiyoruz! Her genç için bir kalifiyeli çıraklı yeri! **Yığınsal işsizliğe ve sosyal hakların kısıtlanmasına karşı birlikte aktif olmalıyız!**

Bunun için tüm işsizlere sesleniyoruz: İnsiyatiflerle birlikte 30 Mayıs'tan 4 Haziran'a kadar süren eylem haftasına katılın!

Biz, işyerlerindeki tüm kadın ve erkek işçi arkadaşlara, işçi temsilcilerine ve sendikalara sesleniyoruz: 4 Haziran'da Bonn'da yapılacak olan işsizlerin ve henüz çalışanların dayanışma yürüyüşüne katılın!

KPD Politbürosunun Açıklaması:

"Nikaragua'dan elinizi çekin!"

ABD Cumhurbaşkanı Reagan'ın Orta Amerika üzerine Amerikan Parlamento tartışmasındaki sert çıkışları bir kez daha şunu açıkca gösterdi: Devrimci Nikaragua'ya karşı çok yönlü saldırıların yoğunlaştırılması isteniyor.

Şimdi kararlaştırılan "şeker ambargosu" ile ülkede bir ihtilalin temeline hizmet edebilecek açlığın ve sefaletin yaratılması amaçlanmaktadır.

Honduras ordusunun yığınak yapması, tüm Orta Amerika bölgesinden geniş ölçüde kiralık askerlerin tutulması, ABD ordusunda ilgili güçlerin birlikte oluşturacağı, Kosta Rika'nın Kuzey sınırındaki sözümona "barış birlikleri" üzerine yeni manevralar; tüm bunlar Reagan tarafından bir kaç defa talep edilen kesin darbe için önemli adımlardır. Görüldüğü kadarıyla Washingtonlu strateji uzmanları artık kendilerinin bile yalnızca Samoza'nın taraftarları ve kiralık askerlerle birlikte Sandinist Hükümeti'ni yıkma hedefine ulaşabileceklerine inanmadıklarından dolayı, giderek açık bir şekilde "normal" bir savaşa doğru bir rota izlenmektedir. Bu savaş, büyük olasılıkla en azından Honduras'ın temsilci olarak sürdüreceği, ABD için bir savaştır.

Geçmişten beri Amerika'nın dünya üzerindeki hakimiyetini kurma politikacıları, Amerika devletlerini, Orta Amerika'yı arka bahçeleri, kendi malları olarak görüyorlar. Geçmişten beri bu ülkelerin halklarına gıda, yalnızca normal bir yaşam bile sürdürme, barış ve özgürlük hakkı Washington tarafından tanınmamaktadır. Bu bölgede, tamamen yasal olan haklarını savunmaktan başka bir şey yapmayan yüz binlerce, milyonlarca insan ABD Hükümeti tarafından karalanmakta, takip edilmekte ve onun paralı işbirlikçileri tarafından kanlı bir şekilde bastırılmaktadır.

ABD Hükümeti'nin politikasının yanlılarının komşu ülke olan El Salvador'da ana çekirdeği ülkenin zenginliklerini gasp eden 14 aileden oluştuğu bir tesadüf olmadığı gibi, aynı şekilde Nikaragua Hükümeti'ne karşı "muhalefetin" baş sözcülerinin de, diktatör Samoza'ya karşı ayaklanmaya kısmen katılan; ama bunu onun rolünü değişik bir biçimde almak hedefiyle yapan, yaklaşık olarak bir yarım düzine zengin kliği çevresinden geldiği de bir rastlantı değildir.

Bonn Hükümeti Alman ilerleme yardımcısı Dr. Pflaum'un ABD'nin paralı karşı-devrimci çeteleri tarafından katledilmesini, tamda kendisinin Orta Amerika politikasında da resmen "dönüşümü" başlatmak için kullanmak istemektedir. Zaten oldukça düşük olan Bonn'un ekonomik yardımının kesilmesi, Bonn'un ABD'nin ambargo politikasına katılmasından başka bir şey değildir. Buna karşılık El Salvador Hükümeti'ne verilen paralar yükseltilmek isteniyor. Nitekim orada sağcı kitle katilleri hükümette bulunmaktadırlar. Ve aynı şekilde Honduras da para almaktadır. Burada Nikaragua'ya karşı saldırının yapılması amaçlanıyor.

Bununla ilintili olarak adî anılar çanlanmaktadır. Bu anılar, Federal Almanya'nın Amerika'nın Vietnam'a, tüm Hindi Çini'ne olan saldırısı için ikmal alanı olduğu günleri hatırlatmaktadır. Bu, Batı Alman parasının da bu saldırıyı birlikte finanse ettiğini hatırlatmaktadır.

Bunun için "Nikaragua'dan elinizi çekin" talebi yalnızca bu politikanın baş sorumlularına, Amerikan Hükümeti'ne, Amerikan büyük sermayesine yöneltilmemelidir, tam tersine aynı şekilde Bonn Hükümeti'ne de yöneltilmelidir. Ve bu somut olarak Bonn Hükümeti'nin, Nirakagua'ya karşı bir savaşı hazırlaması gereken, ABD'nin örgütlediği siyasi kampanyaya katılmaktan vazgeçmesi ve Bonn Hükümeti'nin Nikaragua'ya karşı bir ekonomik ambargo'ya katılmaması gerektiği demektir. Partimiz, kendileri içinde sorunu, Nikaragua'nın demokratik ve egemen barışçıl bir gelişimi oluşturan, Orta Amerika halklarının sömürüye, baskıya ve savaşa karşı mücadelelerini destekleyen, anti-emperyalist devrimci, demokratik tüm güçlerle birlikte bunu savunmaktadır.

Dortmund, Mayıs 1983

Kızıl Şafak'a bağış kampanyasına katıl!

Hedef: 30 bin DM



Her gün her şeyin pahalılandığını duyuyoruz. Ancak buna karşılık Kızıl Şafak'ın fiyatı değişmemektedir. Bu tuhaf belirtinin nedeni, onun yayımcısı olan KPD'nin, haftalık komünist gazetesinin açığını kapatmasında yatıyor.

Tüm gerçek masrafları hesapladığımızda, Kızıl Şafak'ın bir adeti satış fiyatı olan 1 DM'ın iki katından daha fazla miktarda bir paraya mal olmaktadır. Bu masraflar, yazarlar ve yayın evinde çalışan diğerleri için ödenen ücretlerden başlayarak, Yazı Kurulu için gazete aboneleri ve ihtisas literatürü giderlerini, Kızıl Şafak'ın büro kirasındaki payını, kalörifer, cerayan ve telefon masraflarını kapsamaktadır. Diğer gider faktörlerini ise paketleme materyalleri ve posta ücretleri, defter tutma, ve tabiki dizgi, film ve basım masrafları oluşturuyor.

Gerçekten gerekli olan çok tesirli bir fiyat artışı, şu an var olan mevcut açığı, partinin Kızıl Şafak'a yaptığı "para yardımlarını" düşürmekle, önlenebilir. Bunun en iyi yolu, muazzam bir şekilde trajı yükseltmektir. Bu hem siyasi hem de ekonomik olarak en iyi yoldur. Ne var ki, önümüzde bulunan yaz ayları ve "pazarın" gerçek değerlendirilmesi, tek bir yol olarak bu yolun pek başarılı olacağını göstermiyor. Bunun için tüm yoldaşları, arkadaşları ve Kızıl Şafak okurlarını KŞ'ın açığını 30 bin DM düşürmeye katkıda bulunmak için bağış kampanyasına katılmaya çağırıyoruz. Böylece gazetenin fiyatının yükseltilmesi önlenmiş ve Kızıl Şafak'ın gerekli yaygınlaştırılmasında "2 DM" engeli mani olmamış olur.

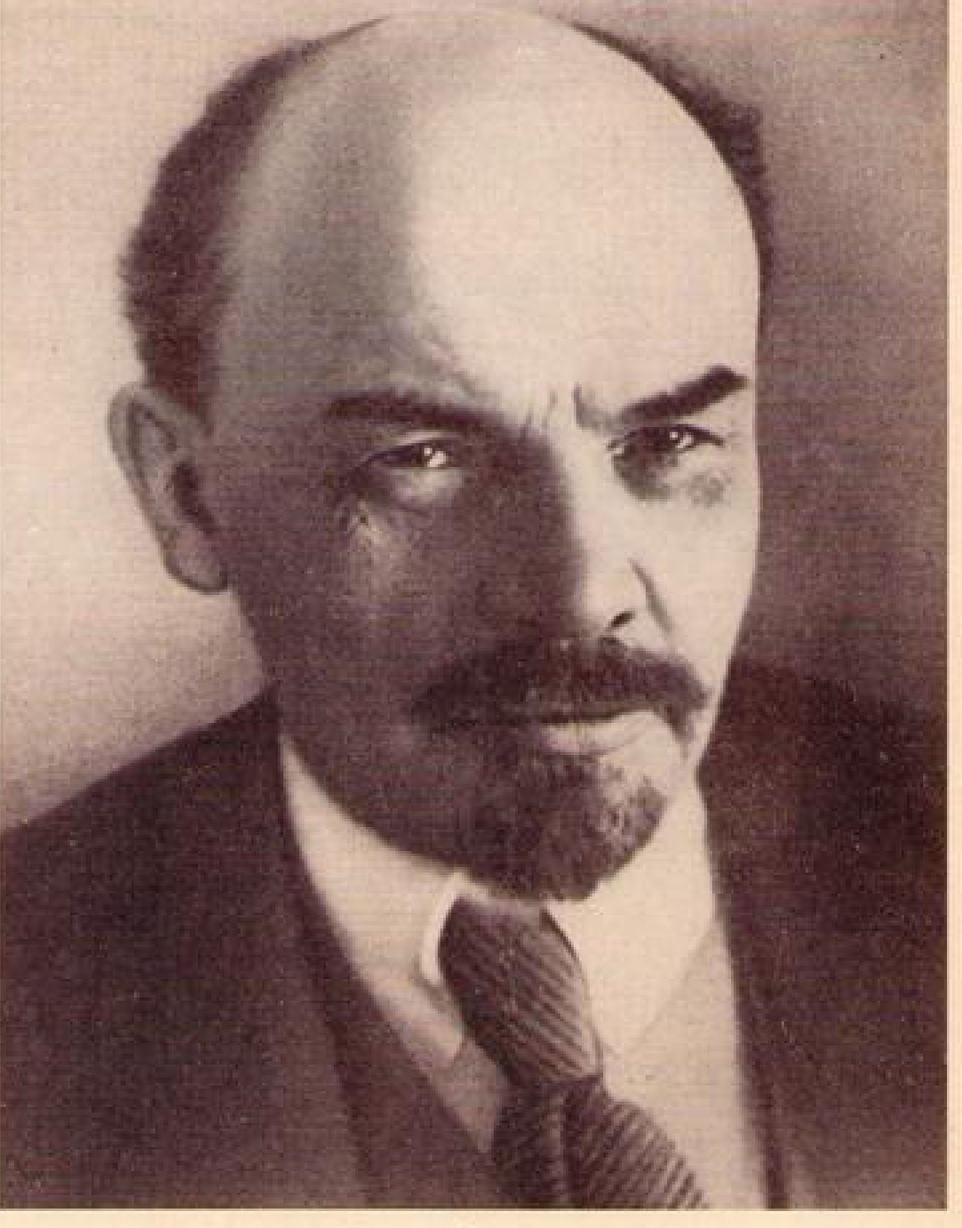
Bağışlarınızı şu hesap numarasına havale edin: KPD, 46 Dortmund 30
Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Konto-Nr. 321004547
ya da Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Konto-Nr. 6420-467

KARL MARX
5.5.1818 — 14.3.1883

1983 Marks Yılı üzerine yazılar

W. I. Lenin:

Marksizmin üç kaynağı ve üç öğesi



UYGAR dünyanın her köşesinde, Marx'ın öğretileri marksizme bir çeşit "zararlı mezhep" gözü ile bakan, (resmi ve liberal) bütün burjuva biliminin aşırı düşmanlığını ve nefretini uyandırmaktadır. Ve, başka bir tutum da beklenemez, çünkü sınıf çatışması temeline dayanan bir toplumda, "tarafsız" toplumsal bilim yoktur. *Bütün* resmi ve liberal bilim, şu ya da bu biçimde ücretli köleliği *savunmaktadır;* oysa marksizm bu köleliğe karşı amansız bir savaş açmıştır. Ücretli köle temeline dayanan bir toplumda bilimin tarafsız olmasını beklemek, sermayenin kârlarını azaltarak işçilerin ücretlerini çoğaltmak gerekip gerekmediği sorununda, fabrikatörlerden tarafsızlık ummak kadar aptalca bir saflıktır.

Dahası var. Felsefe tarihi ve toplumsal bilim tarihi bize tam bir açıklıkla gösteriyor ki, marksizmde, dünya uygarlığının gelişim çizgisi *dışında* doğmuş, dar görüşlü, taşlaşmış bir öğreti olan "sektarizm"e benzer hiç bir şey yoktur.

Tam tersine, Marx'ın dehası tamamen, insanlığın en önde gelen beyinlerinin getirdiği sorulara yanıtlar sağlamış olmasındadır. Onun öğretisi, felsefenin, ekonomi politiğin ve sosyalizmin en büyük temsilcilerinin öğretilerinin, dolaysız ve doğrudan bir *devamı* olarak doğmuştur.

Marksist öğreti güçlüdür, çünkü doğrudur. Kapsamlı ve uyumludur ve insana kör inancın, gericiliğin ve burjuva baskısını savunmanın hiç bir biçimiyle bağdaşmayan, eksiksiz bir dünya görüşü sağlar. Alman felsefesi, İngiliz ekonomi politiği ve Fransız sosyalizminin temsil ettiği, insanlığın 19. yüzyılda yarattığı en iyi ürünlerin, meşru mirasçısıdır.

İşte, kısaca özetleyebileceğimiz, marksizmin üç kaynağı ve aynı zamanda üç öğesi bunlardır.

1

Marksizmin felsefesi **materyalizmdir.** Avrupa'nın modern tarihi boyunca ve özellikle 18. yüzyıl sonlarında, her türlü ortaçağ saçmalığına, kuruluş ve düşüncelerdeki serfliğe karşı kesin bir savaş verilen Fransa'da, materyalizm, doğal bilimlerin öğretilerine bağlı, kör inanca, yobazlığa ve bunun gibi şeylere düşman tek tutarlı felsefe olarak ortaya çıkmıştır. Bu yüzden, demokrasi düşmanları, her zaman, materyalizmi, "çürütmek", yıkmak ve türlü lekemelerle gözden düşürmek için, çok çaba harcamışlar ve eninde sonunda dinin savunması ya da desteklenmesine indirgenen, felsefi idealizmin çeşitli biçimlerinin savunuculuğunu yapmışlardır.

Marx ve Engels, felsefi materyalizmi en kararlı bir tutumla savundular ve bu temelden her sapışta ne derin hatalar işlendiğini tekrar tekrar açıkladılar. Bu görüşler, Engels'in, *Komünist Manifesto* gibi her bilinçli işçinin el kitabı olan, *Ludwig Feuerbach* ve *Anti-Dühring* isimli yapıtlarında bütün açıklık ve ayrıntısıyla ortaya konmuştur.

Ama Marx 18. yüzyıl materyalizmi ile yetinmedi, felsefeyi daha yüksek bir düzeye çıkardı. Onu, Alman klasik felsefesinin başarılarıyla, özellikle sonradan Feuerbach'ın materyalizmine yolaçmış olan, Hegel sisteminin başarılarıyla zenginleştirdi. Esas başarı, *diyalektikti,* yani en tam, en derin ve en kapsamlı biçimiyle, gelişim öğretisi, bize, sonsuz bir biçimde gelişen maddeyi yansıtan insan bilgisinin göreciliği öğretisiydi. Doğal bilimlerin son buluşları — radyum, elektronlar, elementlerin biçim değiştirmeleri — eski ve çürümüş idealizme "yeniden" dönen, burjuva filozoflarının öğretilerine karşı, Marx'ın diyalektik materyalizmini kesinlikle doğrulamıştır.

Marx, felsefi materyalizmi, bütünüyle derinleştirmiş, geliştirmiş ve doğanın kavranmasını, *insan toplumunun* kavranması şeklinde genişletmiştir. Onun *tarihsel materyalizmi,* bilimsel düşüncede büyük bir başarıdır. O güne dek, tarih ve siyaset konusundaki görüşlere egemen olan karışıklık ve gelişigüzelliğin yerini, üretici güçlerin büyümesi sonucu, bir toplumsal yaşantı sisteminden daha üst düzeyde bir başka sistemin nasıl doğup geliştiğini — örneğin, feodalizmin bağrından kapitalizmin nasıl çıktığını — anlatan uyumlu ve çarpıcı bir bütünlüğe sahip, bilimsel bir teori aldı.

İnsanın bilgisi, nasıl ondan bağımsız olarak var olan doğayı (yani, maddenin gelişmesini) yansıtırsa, insanın *toplumsal bilgisi* (yani onun çeşitli felsefi, dini, siyasal vb. görüşleri ve öğretileri) de, toplumun *iktisadi sistemini* yansıtır. Siyasal kuruluşlar, iktisadi temele dayanan bir üstyapıdırlar. Örneğin, görüyoruz ki, çağdaş Avrupa devletlerindeki çeşitli siyasal biçimler, burjuvazinin proletarya üzerindeki egemenliğini güçlendirmeye yarıyor.

Marx'ın felsefesi, insanlığa ve özellikle işçi sınıfına, güçlü bilgi araçları veren, tam bir felsefi materyalizmdir.

2

İktisadi sistemin, siyasal üstyapının üzerinde yükseldiği temel olduğunu kavrayan Marx, bütün dikkatini bu iktisadi sistemin incelenmesine verdi. Marx'ın temel yapıtı *Kapital,* modern, yani kapitalist toplumun iktisat sisteminin incelenmesine ayrılmıştır.

Marx'tan önceki, klasik ekonomi politik, en gelişmiş kapitalist ülke olan İngiltere'de doğdu. Adam Smith ve David Ricardo, iktisadi sistemler üzerindeki araştırmalarıyla, *emek-değer teorisinin* temellerini attılar. Marx, onların çalışmalarını sürdürdü; teoriyi kanıtlandırdı ve tutarlı bir biçimde geliştirdi. Her metanın değerinin, onun üretiminde harcanan toplumsal bakımdan gerekli-emek zamanı miktarı ile belirlendiği gösterdi. Marx, burjuva iktisatçılarının, nesneler arasında bir ilişki olarak gördükleri şeyin, (bir metanın diğeri ile değişimi) *insanlar arasında bir ilişki olduğunu,* ortaya koydu. Metaların değişimi, tek tek üreticiler arasında pazar aracılığıyla kurulan bağlantıyı ifade eder. *Para,* bu bağlantının gitgide daha çok yakınlaştığının, tek tek üreticilerin bütün iktisadi yaşantısını ayrılmaz bir bütün halinde birleştirdiğinin belirtisidir. *Sermaye* ise bu bağlantının daha da geliştiğini gösterir: insanın emek gücü meta haline gelmiştir. Ücretli işçi, toprağı, fabrikaları ve iş aletlerini elinde tutanlara emek gücünü satar. İşçi, günün bir bölümünde, kendisinin ve ailesinin geçimini sağlamak için çalışır (ücretler), günün öteki bölümünde ise, karşılıksız çalışarak, kapitalist için, kapitalist sınıfın zenginliklerinin kaynağı, kârın kaynağı, *artı-değeri* yaratır.

Artı-değer öğretisi, Marx'ın iktisadi teorisinin temel taşıdır.

İşçinin emeği ile yaratılan sermaye, işçiyi ezer, küçük mülk sahiplerini mahveder ve bir işsizler ordusu yaratır. Sanayide, büyük üretimin zaferi hemen görülebilir, ama aynı olgu, geniş-ölçekli kapitalist tarımın üstünlüğünün ağır bastığı, makine kullanımının arttığı ve para-sermayenin tuzağına düşen köylü ekonomisinin kullanılan geri tekniğin yükü altında dağıldığı ve yıkıma sürüklendiği tarımda da gözlenebilir. Tarımda, küçük üretimin çöküşü değişik biçimler alır, ama, çöküşün kendisi tartışılamaz bir gerçektir.

Sermaye, küçük üretimi yıkarak, emeğin üretkenliğinin artmasına ve büyük kapitalistlerin birlikleri için bir tekel durumunun doğmasına yolaçar. Üretimin kendisi gitgide, daha çok toplumsallaşmaktadır, — yüzbinlerce ve milyonlarca işçi, düzenli bir iktisadi yapı altında birbirlerine bağlanırlar — ama bu ortak emeğin ürününe, bir avuç kapitalist el koymaktadır. Üretimdeki anarşi, bunalımlar, delice pazar peşinde koşma, nüfusun çoğunluğunun yaşantısındaki güvensizlik yoğunlaşmaktadır.

Kapitalist sistem, işçilerin sermayeye bağımlılığını artırarak, birleşmiş emeğin büyük gücünü yaratır.

Marx, kapitalizmin gelişmesini, rüşeym halindeki meta ekonomisinden, basit değişimden başlayarak, en yüksek biçimlerine, büyük üretime varıncaya kadar adım adım incelemiştir.

Ve eski, yeni, bütün kapitalist ülkelerin deneyimi, her geçen yıl, biraz daha çok sayıda işçiye, Marx'ın bu öğretisinin doğruluğunu, açıkca sergilemektedir.

Kapitalizm, bütün dünyada zafer kazanmıştır, ama bu zafer, emeğin sermayeye karşı kazanacağı zaferin başlangıcından başka bir şey değildir.

3

Feodalizm yıkılıp, "özgür" kapitalist toplum dünyaya gelir gelmez, bu özgürlüğün yeni bir baskı sistemi ve işçi sınıfının sömürülmesi anlamına geldiği hemen belli oldu. Bu baskının yansıması ve ona karşı bir protesto olarak, hemen çeşitli sosyalist öğretiler doğdu. Ancak, ilk sosyalizm, *ütopik* sosyalizmdi. Kapitalist toplumu eleştiriyor, mahkum ediyor ve lanetliyordu, onun yıkımını hayalliyordu, daha iyi bir düzen konusunda tasarılar kuruyor ve zenginleri, sömürünün ahlâksızlık olduğuna inandırmaya çabalıyordu.

Ama ütopik sosyalizm, gerçek çözümü bulamıyordu. Kapitalizmdeki ücretli köleliğin gerçek niteliğini açıklayamıyor, kapitalist gelişimin yasalarını ortaya koyamıyor, hangi *toplumsal gücün* yeni toplumun yaratcısı olabileceğini gösteremiyordu.

Bu arada, feodalizmin, serfliğin çöküşüyle Avrupa'nın her yerindeki ve özellikle Fransa'daki fırtınalı devrimler, bütün gelişmenin temelinin ve itici gücünün, *sınıfların mücadelesi* olduğunu gitgide daha büyük bir açıklıkla ortaya koydu.

Feodal sınıftan şiddetli bir direniş görmeden kazanılmış hiç bir siyasal özgürlük zaferi yoktur. Hiç bir kapitalist ülke, kapitalist toplumun çeşitli sınıfları arasında, bir ölüm kalım mücadelesi olmaksızın, az çok özgür ve demokratik bir temel üzerine oturtulmamıştır.

Marx'ın dehası, bundan, dünya tarihinin öğrettiği dersi çıkartan ve bu dersi tutarlı bir biçimde uygulayan ilk insan olmasında yatar. Onun çıkardığı bu sonuç, *sınıf mücadelesi* öğretisidir.

İnsanlar, her zaman, siyasetteki aldatmaların ve aldanmaların aptal kurbanları olmuşlardır ve bütün ahlâki, dini siyasal ve toplumsal sözler, bildiriler ve vaadler arkasındaki şu ya da bu sınıfın *çıkarlarını* aramayı öğrenmedikleri sürece de, böyle kalacaklardır. Reform ve ilerleme şampiyonları, ne kadar barbarca ve çürümüş görünürse görünsün, her eski kuruluşun, belirli egemen sınıfların zorlamasıyla ayakta durduğunu görmedikçe, her zaman eski düzenin savunucularının oyununa geleceklerdir. Ve bu sınıfların direnişini kırmanın *ancak bir tek* yolu vardır; bu da, çevremizdeki toplumun içinde, eskiyi silip atabilecek ve yeniyi yaratabilecek kuvveti oluşturabilen — ve toplumsal durumları yüzünden oluşturmak *zorunda olan* — güçleri bulmak ve bu güçleri, mücadele için bilinçlendirmek ve örgütlemektir.

Proletaryaya, o güne kadar, bütün ezilen sınıfların içinde boğulduğu manevi kölelikten kurtuluş yollarını gösteren, yalnızca Marx'ın felsefi materyalizmi olmuştur. Genel kapitalist sistem içinde, proletaryanın gerçek durumunu açıklayan, yalnızca Marx'ın ekonomik teorisi olmuştur.

Proletaryanın bağımsız örgütleri, Amerika'dan Japonya'ya, İsveç'ten Güney Afrika'ya kadar, dünyanın her yerinde çoğalıyor. Proletarya, sınıf mücadelesi vererek bilinçleniyor ve eğitiliyor; burjuva toplumun önyargılarından kurtuluyor; saflarını daha da sıklaştırıyor ve başarılarının ölçüsünü değerlendirmeyi öğreniyor; kuvvetlerini çelikleştiriyor ve karşı konulmaz bir biçimde büyüyor.

Mart.1913

Karl Marks'ın Joseph Weydemeyer'e gönderdiği bir mektuptan

London, 5 mart 1852

...Bana gelince, ne modern toplumda sınıfların varlığını keşfetmek ne de onların kendi aralarındaki mücadelelerini açığa çıkarmak katkısı bana layık değildir. Burjuva tarihçileri benden çok önce sınıfların bu mücadelelerinin tarihi gelişimini ve burjuva iktisatçıları ise aynı şekilde ekonomik yapısını ortaya koydular. Benim yeni tespit ettiğim ise, 1. ***sınıfların varlığının*** **yalnızca** ***üretimin bazı tarihi gelişme süreçlerine bağlı olduğunu ispatlamak;*** **2. sınıf mücadelesinin kaçınılmaz olarak** ***proletarya diktatörlüğüne*** **yol açacağı; 3. ve bu diktatörlüğün kendisinin bile yalnızca tüm sınıfların kaldırılmasına ve sınıfsız bir topluma geçişi teşkil ettiğidir...**

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.**